



27. November 1923

CONRAD SCHMIDT • EIN NEUES SCHLAGWORT

NEBEN anderen Erscheinungen ist es die geradezu frappant stupide Unehrlichkeit der Schlagworte, die es in diesen Zeiten zur Popularität gebracht haben, die den moralisch-intellektuellen Tiefstand unseres politischen Lebens kennzeichnet. Je sinnloser jene sind, um so größere Resonanz scheinen sie zu finden. Auch in der versunkenen Epoche der heute schon märchenhaften Goldmark war man in dieser Hinsicht an allerhand gewöhnt. Aber von bestimmten Perioden, namentlich der des Bismarckschen Ausnahme- und Schandgesetzes abgesehen, machten sich doch gewisse, durch die Genierlichkeit gesetzte Grenzen bemerkbar, über die man in der Presse und in öffentlichen Ansprachen nicht gern hinausging. Redensarten, die für jeden, auch den nur oberflächlich Orientierten das Stigma offenkundigster Unwissenheit oder, noch schlimmer, böswilliger Verdrehung an der Stirn trugen, pflegten sich nicht so dreist hervorzuwagen. Alle solche Hemmungen und Dämme scheinen heutzutage weggeschwemmt.

Der Bolschewismus, der den militaristisch brutalen Aberglauben an die Gewalt zunächst in eine mit Marxschen Floskeln garnierte Sprache und dann in eine beispiellos gewalttätige Praxis übersetzte, scheute sich in seiner intellektuellen Beschränktheit nicht seine Verachtung gegen jede Art von ethischer Bindung offen mit lautem Rühmen zu verkünden. Seine Führer fühlten sich als Auserkorene, denen es aufgetragen sei die Menschheit auch gegen ihren Willen zu beglücken, und die auf Grund dieses ihres Berufenseins im Kampf gegen Gegner berechtigt wären jedes Mittel, auch das der Fälschung und der Lüge, anzuwenden. Ein Standpunkt, der, einmal proklamiert, dann natürlich zur Deckung jedes, auch des zu den schäbigsten Zwecken begangenen Unrechts herhalten mußte. Diese ethische "Vorurteilslosigkeit", wie die Leninschen Schriften sie so charakteristisch widerspiegeln, gepaart mit der krassesten Verrantheit in kritiklos übernommene Zukunftskonstruktionen, glaubte das große Ansehen, das Marxens machtvoller Denkergeist in der proletarischen Bewegung seit Jahrzehnten genießt, vor ihren Wagen spannen zu können und konstruierte sich so einen Marxismus nach ihrem eigenen Bild. Irgendwie herausgerissene Äußerungen von Marx und Engels, die sich aus den jeweiligen Zeitumständen oder dem individuellen Temperament ihrer revolutionären Kämpfernatur ohne weiteres erklären, wurden als Wesenskern aller Weisheit, als Quintessenz des wirklichen und wahren Marxismus von bolschewistischer Seite ausgespielt, und

alle, die solcher Maskerade widersprachen (so Karl Kautsky), als Verräter an der reinen Lehre und der proletarischen Sache denunziert. Keine Beschimpfung und Verleumdung gab es, die den Wortführern und Parteigängern des Bolschewismus in diesem Feldzug zu arg erschienen wären. Und während sich dann das unvermeidliche Fiasko der bolschewistischen "Methode" von Jahr zu Jahr deprimierender enthüllte, während unter Massenschlächtereien, Hungersnöten und Zerrüttung der ganzen Volkswirtschaft die vom Bolschewismus ausgerufenen Heilsbotschaften von ihm selber eine nach der andern in ihr Gegenteil "revidiert" wurden, betätigte man seinen angeblichen Beruf zur Weltrevolution des weitern durch eine planmäßig in Angriff genommene Sabotierung der starken gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des westeuropäischen, insbesondere auch des deutschen Proletariats. Unter der Parole jenes oft geradezu parodistisch anmutenden Marxismus wurde der Zerstörungskampf gegen alle früheren Erregenschaften der Arbeiter geführt. Die dem Weltkrieg folgende ökonomische Misere schuf eine Verzweiflungsstimmung, die in breiten Schichten Willen und Fähigkeit zu klar vernünftiger Überlegung in der Wurzel lähmte, einen fruchtbaren Boden auch für die törichtsten, von der bolschewistischen Zentrale ausgegebenen Weisungen bot, mochte die Aufdeckung der Lügen, mit denen die sich kommunistisch nennende, von Moskau subventionierte Presse arbeitete, noch so schlagend, die Blamage der putschistischen Abenteurertaktik noch so offenkundig sein.

Wie ein Satyrspiel nach dieser tragisch verhängnisvollen Falschmünzerei des Bolschewismus mutet ein funkelnagelneues, seit ein paar Wochen von reaktionärer Seite in Deutschland in Kurs gesetztes bürgerliches Schlagwort vom "Kampf gegen den Marxismus" an. Die damit hausieren gehen, scheinen sich vorsichtigerweise gar nicht erst der Gefahr ausgesetzt zu haben, die ihrer bürgerlichen Seelenunschuld aus so gefährlicher Lektüre hätte erwachsen können. Marxismus ist für sie ein Sammelname, mit dem sich nach Belieben alles, was nicht gerade völkisch ist oder ihnen aus irgendwelchem Grund sonst wider den Strich geht, etikettieren läßt. Ungefähr in dem Sinn, wie die Antisemiten die Leute ihres Mißvergnügens als "Juden" respektive, wenn diesen keine jüdische Nase nachzuweisen ist, als "Judengenossen" zu qualifizieren belieben. Statt Argumenten, die gegen eine Sache sprechen, soll da ein bloßer Name herhalten. Wie denn überhaupt der Antisemitismus mit seiner robusten Unintelligenz und seinen dementsprechenden polemischen Manieren für Denk- und Tonart im politischen Kampf mehr und mehr die Rolle eines vorbildlich typischen Musters zu übernehmen scheint. Wenn man von Marx auch gar nichts anderes weiß, als daß er Jude war, so genügt das für die These, daß jedem braven deutschen Mann seine Lehre von Rechts wegen ein Gegenstand des Abscheus sein muß. Woraus dann wiederum weiter folgt, es werde ein guter und empfehlenswerter Trick sein politische Gegner, wenn es an Argumenten mangelt, in Bausch und Bogen des heimlichen Marxismus anzuklagen. Für die Komik der Selbstverspottung, die darin steckt, fehlt jeder Funke warnenden Gefühls.

Auch die zahmsten Repräsentanten bürgerlicher Denkart, wofern sie notgedrungen, um das schlimmste Chaos der Selbstvernichtung abzuwehren, einer Koalition mit der Sozialdemokratie zuneigen: Zentrum, Demokratie wie der Stresemannsche Flügel der Deutschen Volkspartei, sind vor dem fürchterlichen Vorwurf marxistisch infiziert zu sein nicht mehr geschützt.

Kahr höchstselbst, Hitlers "erpreßter" Freund und Schrittmacher des Münchener Putschskandals, hielt sich nicht für zu schade in dieser populären Mode mitzutun. Nachdem eine ironisch aufgelegte Schicksalslaune es erst so gefügt, daß die Münchener Handelskammer Kahrs finanzielle Maßnahmen, Gott weiß, warum, als »im marxistischen Geist befangen« angegriffen hatte, legte er, nach unwidersprochenen Zeitungsberichten, selbst in seiner großen, durch den Einfall der Hitlermannen unterbrochenen Bürgerbräurede am 9. November eine Probe seiner Gewandtheit in diesem neuen Schlagwortfußballspiel ab. Vom Genius Münchens, heißt es da, sei die erhebende »Lösung zum Kampf wider den Marxismus ausgegangen«. Es gelte »die Ausstrahlungen des Marxismus in den bürgerlichen Schichten zu vernichten«, die großen Massen aus dem finstern Bannkreis dieses Geistes »für die nationale Staatsgemeinschaft« wiederzugewinnen. Was alles heißen sollte: daß das früher auf die Koalition mit den Sozialisten gestützte Ministerium Stresemann, das gegen die partikularistischen Quertreibereien Bayerns notgedrungen pflichtgemäß für die Erhaltung der Reichseinheit eingetreten war, eben um der nationalen Staatsgemeinschaft willen gestürzt werden müsse. Kongenialer als in diesen Kahr'schen, vorher schon von einer gewissen reaktionären Presse breitgetretenen "Gedankengängen" konnte die Häufung sinnloser Widersprüche, wie sie das Hexeneinmaleins im Faust darstellt, auf das Gebiet der Politik nicht übertragen werden. Ein Dokument, das würdig wäre für spätere Geschlechter in einem nationalen Zeughaus geistiger Abnormitäten aufbewahrt zu werden.

Vielleicht, daß Kahr wie manchem aus dem Chor seiner Vor- und Nachsprecher einmal etwas von dem Marx'schen Wort über das »Absterben des Staates« in einer einstigen sozialistischen Gesellschaft zu Ohren gekommen und sich da auf dem Zickzackweg aller möglichen Ideenassoziationen zu der wunderlichen Vorstellung verdichtet hat, daß der Marxismus auf eine Sprengung des Staates ausgeht. Während doch in Wahrheit, wie Marx' Briefe zeigen, und wie es bei der historisch realistischen Fundierung seiner ganzen Auffassungsweise auch gar nicht anders möglich war, Marx den nationalen staatlichen Einheitsbestrebungen, speziell Deutschlands, außerordentliche Bedeutung zugemessen hat und ganz gewiß, wenn er noch lebte, ebenso wie die deutsche Sozialdemokratie ein Erzfeind aller Elemente wäre, die heute um irgendwelcher nichtiger Zwecke willen bereit sind das, was uns von Deutschland noch geblieben ist, zu zerbröckeln.

Aber es wäre naiv zu erwarten, daß ein Hinweis auf diesen Widerspruch wie auf die ganze Fracht sonstiger Selbstwidersprüche, die sich in jenem Schlagwort vom Marxismus einträchtiglich zusammenfinden, ihm den Garau machen würden. Was schadet auch eine Handvoll Widersprüche? Hauptsache ist der Brustton und Aplomb im Behaupten, das Klappern einer suggestiven Mache. Dann stellt sich am Ende die Überzeugung oder doch ein Surrogat dafür von selber ein, das die erwünschten Dienste tut.

Der feierliche Aufruf für die bedrohte Staatsgemeinschaft »wider den Marxismus«, erhoben just von eben denen, die aus Klassen- und Cliqueninteressen oder partikularistisch beschränkter Eigenbrötelei jene Gemeinschaft fort-dauernd unterhöhlen, erinnert an die Taktik derer, die, um bei ihrem Handwerk nicht ertappt zu werden, "Haltet den Dieb!" schreien.

LUDWIG QUESSEL · 0 + 0 = 12000000000



Am 13. Oktober der Reichstag dem Kabinett der Großen Koalition zur Führung der innern und äußern Politik diktatorische Vollmachten verliehen hatte, da wurde hier der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese dazu führen möchten durch die Rückkehr zur Wiedergutmachung Deutschland aus seinem Elend herauszubringen. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Zum Unglück Deutschlands ist das Kabinett Stresemann, das eine Regierung der Erfüllung werden sollte, unter englischem Einfluß wiederum zu einer Regierung der Nichterfüllung geworden, die Deutschland in immer tieferes Elend stoßen, in immer tiefere Erniedrigung hineinführen muß. Stresemann selbst ist darüber gestürzt. Es waren nicht die innenpolitischen Wirrungen, die ihn zwangen am 23. November zurückzutreten. Den ganzen innern Spuk, dessen Kläglichkeit am 9. November selbst dem unkritisch Aufgeputschten oder Eingängstigten offenbar wurde, hätte die Reichsregierung leicht verschweigen können, wenn sie sich nicht durch ihre Außenpolitik selber ohnmächtig gemacht hätte. Und wie es dieser Regierung erging, wird es auch jeder folgenden ergehen. Mag sie die Regierung eines rechtsgerichteten Bürgerblocks oder einer Koalition der Mitte, mag sie selbst eine sozialdemokratische oder Arbeiterregierung, mag sie endlich ein reines Geschäftskabinett sein: sie wird sich immer wieder vor die selbe Entscheidung gestellt sehen, die durch den festen Charakter der europäischen Politik Frankreichs bestimmt ist. Es gibt für das deutsche Volk eben nur *einen* Weg in die Freiheit. Und der führt über eine wirkliche Politik der Wiedergutmachung zu einer Zusammenarbeit des Festlands. Man höre auf nach Konstellationen und Konjunkturen auszuschaun, um den von inneren Schaffensnotwendigkeiten erhobenen Forderungen auszuweichen. Das Schicksal des Kabinetts Stresemanns, dem es schließlich doch an Mut gebrach das als richtig Erkannte auch wirklich durchzuführen, sollte uns die letzte Warnung sein. Wird man endlich die Kraft des Entschlusses zum Unumgänglichen finden?

Es ist wahr, daß eine ehrliche Wiedergutmachung für die besitzenden Klassen das Tragen schwerer steuerlicher und sozialer Lasten bedeutet. Aber es ist eine Täuschung, wenn man annimmt, daß ihre Ablehnung sich für die besitzenden Klassen billiger stellt. Vorübergehend mögen die Kosten der Nichterfüllung für den Besitz geringer sein, letzten Endes betragen sie aber doch ein Vielfaches der Erfüllungskosten. Für die besitzlosen Volksklassen liegen die Dinge so, daß jene Monate des Jahres 1920, wo eine Erfüllungspolitik begonnen, wo monatlich 200 Millionen Goldmark an die Siegerstaaten abgeführt wurden, die glücklichsten waren, die das deutsche Volk seit dem November des Jahres 1918 überhaupt erlebt hat. 1 Pfund Fleisch kostete damals 11 bis 14 Mark, 1 Pfund Mehl 4 Mark. Die Industrie, die heute in ihren Reihen bei vielen Gruppen 11 bis 38 % Erwerbslose und 10 bis 63 % Kurzarbeiter zählt, war dank der Erfüllungspolitik fast voll beschäftigt, so daß die Zahl der Erwerbslosen sehr gering war, und diese in der Hauptsache zu den älteren Arbeitskräften gehörten, die auch bei günstiger Wirtschaftskonjunktur nur schwer dauernde Beschäftigung finden. Aus diesem guten Zustand ist Deutschland durch die probritische Orientierung seiner Außenpolitik hinausgeschleudert worden, die uns selbstmörderisch zwang einmal den französischen Kampf um Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld

von 132 auf 50 Milliarden durch den interalliierten Schuldenausgleich *nicht* zu unterstützen und ferner Frankreichs und Belgiens Ansprüche auf den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete *nicht* zu erfüllen. Daß Deutschland diese ihm von England gestellten Aufgaben gelöst hat, ist leider eine unbestreitbare Tatsache. Der interalliierte Schuldenausgleich, der bei einer Einheitsfront Deutschlands mit Frankreich, Belgien und Italien gegen Amerika längst Wirklichkeit geworden wäre, liegt heute noch in weiter Ferne. Auch bei den Barleistungen hat Deutschland das ausgeführt, was England wünschte. Ein Blick auf das Jahr 1922 zeigt das. Schon in der 1. Hälfte dieses Jahres des Kampfes gegen die Wiedergutmachung wurden Deutschlands Barleistungen von 2000000000 auf 0 Goldmark reduziert. Dieser Vorgang läßt sich durch folgende Zahlenreihe verdeutlichen: Januar 1922 2000 Millionen Goldmark, März 720 Millionen Goldmark, August 0 Millionen Goldmark. das heißt, zu Beginn des Jahres 1922 betrug unsere Reparationsverpflichtung in bar 2000 Goldmillionen, im März wurde sie von der Reparationskommission auf 720 Goldmillionen herabgesetzt, im August auf deutschen Antrag schließlich auf 0 Goldmark für den Rest des Jahres 1922 ermäßigt, allerdings gegen Sicherheitsleistung für spätere Bezahlung. Was die Sachleistungen betrifft, so erhielten England, Italien und Jugoslawien die angeforderten Mengen. Anders jedoch wurde Frankreich behandelt. Die Entwicklung der Sachleistungen für Frankreich läßt sich aus folgender Zahlenreihe ersehen: März 1922 950 Goldmillionen, Juli 250 Goldmillionen, Dezember 150 Goldmillionen; das heißt, im März 1922 betrug unsere Sachleistungsverpflichtung Frankreich gegenüber 950 Goldmillionen, im Juli stand es fest, daß Frankreich uns ein besonderes Sachleistungsmoratorium im Betrag von 700 Goldmillionen gewähren, also nur für 250 Goldmillionen Sachwerte anfordern würde, und der Dezember ergab, daß wir mit 100 Goldmillionen Sachleistungen gegenüber Frankreich in Verzug geraten waren, also statt der angeforderten 250 Goldmillionen nur 100 geliefert hatten. Im Jahr 1922 erhielt Frankreich bar von uns überhaupt nichts, da das, was Deutschland bis zur Ermordung Rathenaus gezahlt hatte (etwa 1 Goldmark monatlich pro Kopf der Bevölkerung) Belgien zufiel, in Sachwerten dagegen 150 Goldmillionen (etwa 25 Goldpfennig monatlich pro Kopf der Bevölkerung). Man braucht sich diese winzigen Zahlen nur vor Augen zu halten, um zu wissen, was man von dem Geschrei der Gegner des Kabinetts Wirth, daß dessen "Nichts-als-Erfüllungspolitik" im Jahr 1922 Deutschland ruiniert hätte, zu halten hat.

Das Jahr 1921 war das Jahr des wirtschaftlichen und moralischen Aufstiegs, der Freude am Wiederaufbau und der Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft. Der Abstieg Deutschlands begann, als sich das Kabinett Wirth durch britische Umtriebe auf die schiefe Ebene der Moratoriumspolitik drängen ließ. Damit wurden alle bösen Geister entfesselt, und das Ende war das Reparationsangebot Cunos für 1923 und 1924, das, wenn man von seinen unverbindlichen Versprechungen absieht, sich durch die Gleichung $0 + 0 = 0$ ausdrücken läßt; das heißt, das Kabinett Cuno wollte in den Jahren 1923 und 1924 0 Mark in Sachen und 0 Mark bar an die Reparationskommission abführen. Dieses Angebot der Nullen war es, das Poincaré dazu trieb sich produktive Pfänder zu sichern. Wohin uns im Jahr 1923 nun die Nichterfüllung finanziell geführt hat, das hat niemand gründlicher und wahrheitsgemäßer dargestellt als der Abgeordnete Helfferich in der Sitzung des Reichstags vom 9. Oktober dieses Jahres, in der er folgendes ausführte:

»Wir sind jetzt so weit gekommen, daß die Reichsausgaben einen Umfang angenommen haben, vor dem man geradezu fassungslos steht. Der letzte Dekadenausweis (meine Herren, wir sind ja an Nullen so gewöhnt, daß man darüber hinliest) zeigt 40 000 Billionen, 40 000 Billionen Ausgaben in einer einzigen Dekade! 40 000 Billionen zu einer Zeit, wo der Dollarkurs noch unter 400 Millionen stand; es ist ja noch gar nicht so lange her, daß er darüber hinausgeklettert ist. Meine Herren, das bedeutet in einer einzigen Dekade mehr als 500 Millionen Goldmark. [»Hört! Hört!« und Bewegung rechts.] Das bedeutet in einem einzigen Monat mehr als 1500 Millionen Goldmark, und das bedeutet auf das Jahr ungerechnet mehr als 18 Milliarden Goldmark. [Lebhafte Rufe »Hört! Hört«, Unruhe.] Meine Herren, das ist mehr als 6mal so viel wie die Reichsausgaben vor dem Frieden in Gold gerechnet. [Lebhafte Rufe »Hört! Hört«, Bewegung. Zuruf von den Vereinigten Sozialdemokraten: »Sie sind der Vater dieser Finanzpolitik!«] Herr Kollege Dittmann, Sie haben offenbar bis zum heutigen Augenblick noch nichts gelernt. [»Sehr wahr!« bei den Deutschnationalen. Unruhe links.] Wenn Sie Sich die Mühe der Nachprüfung geben, werden Sie finden, daß in der Zeit, in der ich Schatzsekretär war, und wir Krieg gegen die ganze Welt zu führen hatten, die Reichsausgaben kaum wesentlich höher waren als die Zahlen, die ich Ihnen nannte. [»Sehr gut!« und »Hört! Hört!« bei den Deutschnationalen. Zuruf von den Vereinigten Sozialdemokraten: »Wenn Sie die Kriegsausgaben nicht hineinnehmen!«] Einschließlich dessen, was für den Krieg an Anleihen und Schatzanweisungen aufgebracht worden ist! [Zuruf von den Vereinigten Sozialdemokraten: »Einschließlich der Ausgaben für den Krieg?«] Jawohl, einschließlich der gesamten Ausgaben für den Krieg. [Zurufe von den Vereinigten Sozialdemokraten: »Wenn Sie die Geldentwertung nicht berücksichtigen!«] Nein, Herr Abgeordneter Breitscheid, ich rechne die Kriegsausgaben in Goldmark, und ich rechne die jetzigen Ausgaben gleichfalls in Goldmark auf Grund eines für Ihre Tendenz günstigen Dollarkurses. Im Kriege habe ich die Geschäfte im Februar 1915 übernommen, und damals waren die angekündigten Ausgaben 2 Milliarden Mark pro Monat. Ich habe 16 Monate lang das Schatzamt geführt. Ich habe den Daumen auf dem Reichssäckel gehalten. Ich bin mehr als einmal an die Front gereist, um durch eigene Wahrnehmungen und persönliche Rücksprachen bei den Korps- und bei den Armeeführern mir ein Bild davon zu machen, wo gespart werden konnte, und ich habe erreicht (das rechne ich mir zum Ruhmestitel an), daß in den 16 Monaten, in denen ich das Schatzamt führte, die Kriegskosten über 2 Milliarden Mark pro Monat höchstens vorübergehend gestiegen sind. Als ich im Mai 1916 das Schatzamt abgab, haben auch im Mai 1916 die Kriegskosten kaum mehr als 2 Milliarden Goldmark betragen. Heute ist die Ausgabe des Reichs 1500 Millionen Goldmark und mehr in einem Monat. [Stürmische Rufe bei den Deutschnationalen: »Hört! Hört!«. Zurufe von den Vereinigten Sozialdemokraten: »Sie haben alles auf die Zukunft geschoben!«] Meine Herren, ich stelle mit Befriedigung fest, daß Ihre Zwischenrufe bereits erheblich kleinlauter sind als früher. [»Sehr richtig!« bei den Deutschnationalen. Zurufe von den Vereinigten Sozialdemokraten.] Ich begrüße das, denn Sie müssen doch auch einmal zur Einsicht kommen. [Abgeordneter Müller /Franken/: »Sie waren auch Berater von Cuno!«] Der Berater in Ihrer Phantasie. Wenn Herr Cuno stets nur meine und meiner Freunde Ratschläge befolgt hätte, stünden wir heute vielleicht anders da. [Lebhafte Zustimmung rechts.] Aber ich habe mitunter den Eindruck gehabt, wenn ich bei Herrn Cuno zu der einen Tür hereinkam, waren Sie, Herr Abgeordneter Müller, aus der andern Tür gerade hinausgegangen . . . [Zurufe von den Vereinigten Sozialdemokraten.] Meine Herren, die 18 Milliarden Jahresausgabe des Reichs, auf die ich auf Grund der letzten Dekade schließe, sind nach meiner Überzeugung heute etwa ebensoviel wie das gesamte deutsche Volkseinkommen. Unser gesamtes deutsches Volkseinkommen hat vor dem Kriege vielleicht 40 Milliarden betragen. Wir haben Territorien verloren, haben unsere auswärtigen Unternehmungen verloren, und im Innern ist unsere Produktionskraft in einem Maße gesunken, daß ich der Überzeugung bin, daß wir heute kaum ein Volkseinkommen von 20 Milliarden, kaum 18 Milliarden haben. Wie können wir es uns leisten das ganze Volkseinkommen allein für das Reich und seine Bedürfnisse auszugeben? [Zurufe links.] Sie werden mir zugeben, meine Damen und Herren, daß, wenn Sie diese Zahlen betrachten, es ein unlösbares Problem ist unsere Finanzwirtschaft und alles, was damit zusammenhängt, auch unsere Währung, lediglich im Wege der Erhöhung der Steuerlast in Ordnung zu bringen. Denn so viel Einnahmen gibt es gar nicht in Deutschland, wie das Reich Ausgaben hat.«

Es ist wahr, so viel Einnahmen wie das Reich für seine Nichterfüllungspolitik braucht, werden in Deutschland bald nicht mehr zu finden sein. Vor dem Krieg betrug der Jahresverbrauch des Reichs 3, der der Länder 6, der der Gemeinden 2 Milliarden Goldmark. Von diesen 11 Milliarden Goldmark gingen aber 3,5 Milliarden als durch Einnahmen gedeckte Kosten der Staatsbetriebe ab. Trotz dem gewaltigen "Militarismus und Marinismus" des Kaiserreichs betrug also der Jahresverbrauch des Reichs, der Länder und Gemeinden zusammen nur 7,5 Milliarden Goldmark. Gegenwärtig geben Reich, Länder und Gemeinden für militärische, polizeiliche, soziale und administrative Zwecke etwa 6 Milliarden Goldmark aus. Wenn sich in diesem Jahr die Ausgaben, wie Helfferich nachweist, auf 18 Goldmilliarden erhöht haben, so erklärt sich dies daraus, daß 12 Goldmilliarden davon für die Nichterfüllung und ihre Folgen ausgegeben worden sind. Nimmt man an, daß das deutsche Volkseinkommen 30 Goldmilliarden beträgt (vor dem Krieg 42 Goldmilliarden), so sind tatsächlich über zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens für öffentliche Zwecke verbraucht worden, 12 Goldmilliarden davon allein zur Deckung der Kosten der Nichterfüllung. Herausgeholt wurden diese gewaltigen Summen aus den Volksmassen durch die Blutpumpe der Inflation, die jedem etwa 70 % seines realen Einkommens wegsog.

In diesen Zahlen ist die Erklärung des ganzen deutschen Elends enthalten. Ein Volk, dessen Staat für ein sinnloses Abenteuer wie den Ruhrkrieg fast so viel verbraucht wie das ganze Nationaleinkommen beträgt, ist dem Elend, dem Hunger, dem Bürgerkrieg preisgegeben. Sehr gut wäre es gewesen, wenn der Abgeordnete Helfferich die deutschen Reichsausgaben in dem einzigen Jahr der Erfüllung (1921) den Ausgaben des Reichs im Jahr grundsätzlicher Nichterfüllung gegenübergestellt hätte. Es hätte sich dann gezeigt, daß das deutsche Volk 1923 mindestens 12 Goldmilliarden weniger zu opfern genötigt gewesen wäre, wenn es die Erfüllungspolitik fortgesetzt hätte. Die Cunopolitik, die nach der Gleichung $0 + 0 = 0$ erfüllen wollte, hat tatsächlich dazu geführt, daß $0 + 0$ zu 12 Goldmilliarden geworden sind, so sehr auch ein solches Resultat aller arithmetischen Logik zu widersprechen scheint. Die Nichterfüllung, die die Reichsfinanzen völlig entlasten sollte, hat sie tatsächlich mit 12 Milliarden Goldmark belastet.

Hält man sich diese furchtbaren Resultate der Nichterfüllungspolitik vor Augen, so hätte man glauben können, daß das Kabinett Stresemann sich endlich von dieser verhängnisvollen Politik abwenden und die Wiedergutmachung wieder aufnehmen würde. Von dem Reichskanzler insbesondere mußte man annehmen, daß er, frei von der britischen Suggestion, einsehen würde, daß die Rettung Deutschlands nur durch energisches Abrücken von dem Cunoschen Reparationsangebot möglich sei. Leider sind aber alle diese auf die Macht der Vernunft gestützten Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen. Warum? Wir kennen die Kräfte, die Stresemann, wohl wider seine bessere Einsicht, auf die Cunosche Nullenformel $0 + 0$ zurückdrängten, nur ungenau. Immerhin wissen wir, aus der Enthüllung des frühern Reichsinnenministers Sollmann, daß im Kabinett der Großen Koalition mehrere Mitglieder (die offenbar, wenn vielleicht auch unbewußt, ganz und gar englisch orientiert waren) sich jedem Abweichen von der Cunoformel entgegenstellten. Das Resultat war, daß Stresemann am 12. Oktober an Stinnes schrieb: »Die Reichsregierung kann Ihnen gegenüber weder eine Garantie

für die Zahlung der Reparationskohle noch für den Ersatz der beschlagnahmten Kohle noch einen Ersatz für die Kohlensteuerbeträge übernehmen.« Auch als der Bergbauliche Verein sich bereit erklärte bis März 1924 die Reparationskohle auf eigene Rechnung zu liefern, wenn die Reichsregierung einwilligte, daß die vom Bergbau an das Reich zu entrichtenden Steuern zur Aufrechnung gebracht werden können, erhielt er einen ablehnenden Bescheid. In seiner Rede in Hagen unterstrich Stresemann diese Stellungnahme durch Ausführungen, deren Sinn sich nicht anders als mit den Worten wiedergeben läßt: Wir zahlen nichts, und wir liefern nichts. In diplomatische Formen wurde diese Rückkehr zum Cunoschen Angebot 0 bar + 0 Sachleistungen dann in der Note vom 3. November 1923 gebracht, in der Deutschland erklärt für absehbare Zeit nicht nur nichts bar zahlen zu können sondern auch alle Sachleistungen an die Siegerstaaten einstellen zu müssen.

Man weiß, daß die britische Industrie auf eine radikale Einstellung aller Sachleistungen lange gewartet hat. Nichts wurde in London seit dem Zusammenbruch der passiven Resistenz mehr gefürchtet als die Wiederaufnahme der Sachleistungen an Frankreich und Belgien, die zur Aufhebung der Ruhrblockade und damit zum Wiedererstarken der deutschen Exportkraft geführt hätte. In diesem Sinn erklärte Baldwin im Unterhaus am 15. November, man befürchte ein gewaltiges Anwachsen der deutschen Ausfuhr nach England, wenn Deutschland beginne Reparationen zu zahlen und wieder frei seinen Handel zu betreiben. Kein Wunder, daß die britischen Agenten in Berlin ihren ganzen Einfluß aufboten, um nur ja zu verhindern, daß die Sachleistungen von Deutschland aufgenommen würden. Ihren Einflüssen ist es auch zu danken, daß die deutsche Note vom 3. November 1923 zustande kam. Diese bringt der britischen Industrie endlich das, was sie schon lange ersehnte: die völlige Befreiung von der deutschen Einfuhr. Die Einstellung aller Sachleistungen an die Siegerstaaten, die sie ankündigt, bedeutet nicht nur die Ablehnung der Finanzierung der Kohlenlieferungen sondern auch die Aussetzung der Zahlung der Sanktionsabgabe. Alle Zahlungen zur Erstattung der von der englischen Regierung auf Grund des German Reparation (Recovery-) Act von 1921 erhobenen Reparationsabgabe werden ausgesetzt. Über die Wirkung dieser Nichterfüllung urteilte die Frankfurter Zeitung wie folgt: »Für die Regierung ist diese Verordnung ein Schritt ihrer Reparationspolitik, die den Gegnern die augenblickliche Unfähigkeit Deutschlands zur Zahlung von Reparationen deutlich und eindringlich machen soll. In England hat man dies auch erkannt und deshalb den Schritt mit Ruhe aufgenommen. Man rechnet dabei dort, daß in dem selben Maße, in dem die Einnahmen aus der Abgabe zurückgehen, auch der deutsche Export nach England selbst zurückgehen muß, und das dünkt heute vielen konkurrierenden englischen Industriellen und Arbeitnehmern höchst verlockend. Die überaus schwerwiegende Rückwirkung auf die deutsche Wirtschaft aber erhellt daraus. Nur bereits abgeschlossene Lieferungsverträge, die binnen 2 Wochen registriert werden, sollen bis Ende März noch abgewickelt werden dürfen. Für neue Verkäufe nach England findet eine Erstattung der 26 % durch das Reich nicht mehr statt. Und das bedeutet, daß, von den sicher nicht häufigen Fällen abgesehen, in denen der Exporteur diese 26 % wirklich selbst tragen kann, der direkte deutsche Export nach England tatsächlich in großem Umfang stillgelegt werden wird. Anwachsen der Arbeitsnot für viele Unternehmungen, Anwachsen der Erwerbslosigkeit für viele Arbeiter, aber auch Anwachsen der Last der Erwerbslosenunterstützung für die öffentliche Hand wird von neuem aus dieser Maßnahme folgen, die doch vor allem in der Absicht finanzieller Ersparnisse unternommen wurde. So kommt die deutsche Wirtschaft immer weiter herunter. Ein neuer Beleg dafür, wie unumgänglich nötig es ist endlich mit den Reparationsgläubigern zu einer Einigung über die Reparationsleistungen jetzt und in den nächsten Krisenjahren zu kommen.«

Wie man sieht, ist die Nichterfüllungspolitik für England ein ebenso gutes wie für Deutschland ein schlechtes Geschäft. Man kann ruhig annehmen, daß die Kosten, die Deutschland aus der Einstellung der Zahlung der Sanktionsabgabe in Form vermehrter Arbeitslosenunterstützung erwachsen werden, zweifellos 3mal so groß sein werden wie die Erstattung der britischen Reparationsabgabe an die deutschen Exporteure. Daß es bei der Nichtlieferung der Kohlen an Frankreich und Belgien nicht besser liegt, haben uns die letzten Tage gezeigt. Auch hier betragen die Kosten der Nichterfüllung ein Vielfaches der Erfüllung. Die Erfüllung der Sachleistungen würde dem Reich monatlich auf 100 Millionen Goldmark zu stehen kommen, was pro Kopf der Bevölkerung eine Belastung von 2 Goldmark monatlich bedeutete. Die Nichterfüllung der Sachleistungen hatte zur Folge, daß im Ruhrgebiet 2 Millionen Menschen durch Arbeitslosenunterstützung von dem Verhungern geschützt werden mußten. Kostenpunkt: 300 Millionen Goldmark monatlich, also 3mal so viel wie die Erfüllung. Daß ich nicht übertreibe, zeigt folgende Berliner Meldung der Frankfurter Zeitung vom 15. November 1923: »Was die finanziellen Leistungen des Reichs für das besetzte Gebiet betrifft, so erfordern die unproduktiven Unterstützungen für Erwerbslose und Kurzarbeiter nach der Schätzung des Reichsfinanzministers für die nächsten Tage bis zum 25. November einen Aufwand von 85 bis 100 Millionen Goldmark, nach der Berechnung des Reichsarbeitsministeriums würde der Betrag die Summe von 100 Millionen sogar überschreiten.«

Also, vom 15. bis zum 25. November erfordert die Nichterfüllung im Ruhrrevier allein gegen 100 Millionen Goldmark, im Monat also 300 Millionen Goldmark, während die Erfüllung auf 100 Millionen Goldmark monatlich zu stehen kommt. In Wirklichkeit liegen jetzt, wo die Inflationspumpe langsam zu funktionieren aufhört, die Dinge aber so, daß das Reich gar nicht mehr imstande ist die ungeheuren Kosten der Nichterfüllung aufzubringen. Es wird daher begreiflich, daß man in gewissen Kreisen kaltblütig den von der britischen Presse empfohlenen Vorschlag vertritt das durch den Ruhrkrieg teils zerstörte teils verelendete Rhein- und Ruhrgebiet den Franzosen zu überlassen, damit diese sich bei seiner Wiederherstellung finanziell verbluten. Natürlich ist man in England so vorsichtig die Preisgabe von Rhein und Ruhr als "vorübergehend" hinzustellen, um die deutschen Vertreter dieser britischen Idee vor der Anklage des Landesverrats zu schützen. Aber daß ein Staat, dem ein teils verelendetes teils zerstörtes Gebiet überlassen wird, es nach seiner, unter schweren finanziellen Opfern vollzogenen Wiederherstellung wieder an den zurückgeben wird, der es zerstörte und preisgab, wird wohl niemand annehmen wollen. Besser kann freilich der antinationale Charakter der Nichterfüllungspolitik nicht illustriert werden als durch die Tatsache, daß Frankreich jetzt durch sie gezwungen werden soll Rhein und Ruhr zu annektieren. Mit Recht hat Poincaré diesen Plan als ein »abscheuliches Manöver« gebrandmarkt, auf das sich Frankreich niemals einlassen wird. In Übereinstimmung mit Poincaré lehnt auch die französische Presse diese Pläne ab, die man vom deutschen Standpunkt aus nur als teuflisch bezeichnen könnte, wenn man nicht wüßte, daß sie englisch sind. Als Beispiel, wie man die Preisgabe von Rhein und Ruhr in Frankreich beurteilt, mag die folgende Äußerung des Journal des Débats angeführt werden:

»Es ist nicht zu leugnen, daß die deutsche Regierung uns auf diese Art sehr große Schwierigkeiten machen kann. Aber je mehr sie dies tut, um so mehr setzt sie das Schicksal des Rheinlands aufs Spiel. Wenn sie die Arbeiterbevölkerung im Stich läßt, wenn sie die Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung, der Beamtengehälter

und -pensionen einstellt, wenn sie mit einem Wort das Rheinland aufgibt, so werden wir ihr mit gleicher Münze heimzahlen. Es ist dann die deutsche Regierung selbst, die uns auf einen Weg gezwungen hat, den wir zu beschreiten bisher nicht gewagt haben. Für Frankreich bietet sich dann endlich die Gelegenheit wirklich praktische Reparationspolitik zu machen. Die im Friedensvertrag stipulierte Hypothek auf den deutschen Besitz ist heute ebenso wertlos wie der Londoner Zahlungsplan. Es bleibt also nur noch die Ausbeutung der Pfänder, die wir in den Händen haben. Das Resultat wird zwar in der ersten Zeit nicht groß sein, aber die deutschen Industriellen, die dabei das größte Risiko laufen, werden schließlich klein beigeben müssen. Unsere Hartnäckigkeit wird auch diesmal wieder über ihren Widerstand Sieger bleiben. Die Vorbedingung dafür ist nur, daß Frankreich sich in seinem Ziel beschränkt, daß es darauf verzichtet großangelegte politische Pläne zu verfolgen und sich damit begnügt das vom Reich aufgebene Rheinland wirtschaftlich und finanziell als ein nicht mehr zu Deutschland gehöriges Land zu behandeln.«

Aus diesen Äußerungen geht hervor, daß Frankreich sich schwerlich zwingen lassen wird das Rhein- und Ruhrgebiet "vorübergehend" zu annektieren. Auf diesen britischen Leim wird man in Paris nicht gehen. Ebensowenig wie man den Ruhrindustriellen gestatten wird die deutschen sozialpolitischen Gesetze aus eigener Machtvollkommenheit aufzuheben oder zu durchbrechen oder die Zechen stillzulegen und die Arbeitskräfte ohne Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage in das unbesetzte Deutschland abzuschieben. Einzig und allein Deutschland selber liegt es ob die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die deutsche Produktionskraft auszunutzen, die deutsche Produktion zu erhöhen. Sind dazu Änderungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik vorzunehmen, so ist allein die deutsche Gesetzgebung dazu da. Die französische Besatzungsbehörde ist verpflichtet darüber zu wachen, daß die bestehenden deutschen sozialen Gesetze respektiert werden, und sie hat ausdrücklich erklärt, daß sie davon nicht ablassen werde. Was Frankreich will, sind Sachlieferungen zum Wiederaufbau seiner Ruinen, zu deren Lieferung sich Deutschland in zahllosen Kundgebungen seiner politischen Führer feierlich verpflichtet hat. Und es wird diesen Wiederaufbau, der für Deutschland ebenso lebenswichtig ist wie für Frankreich, erreichen, da der innere Zwang der Dinge, auf den es seine Politik einstellt, sich auf die Dauer stärker erweisen wird als die äußeren Hindernisse, die die britische Politik aufrichtet. So ist gerade am selben Tag, an dem in Berlin das Kabinett Stresemann fiel, in Düsseldorf das Abkommen Frankreichs mit den deutschen Großindustriellen zustande gekommen, wobei die Streitfrage, die ausersehen war es zum Scheitern zu bringen: auf welches Konto der Wert der Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet gutgeschrieben werden soll, »auf die natürlichste Weise« gelöst wurde, wie der Temps am 24. November schrieb, indem man die Verwendung dieser Summen der Reparationskommission überließ.

Mit furchtbarer Klarheit hat das Jahr 1923 dem deutschen Volk gezeigt, daß die Gleichung der Nichterfüllung 0 Sachlieferungen + 0 Barleistungen = 12 Milliarden Goldmark lautet. Daß sie zutrifft, ergibt sich, wenn man den monatlichen Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln im 3. Quartal 1923 in Goldmark errechnet: Juni 479,1, August 1205,9, September 1900,7, zusammen also 3585,7 Millionen Goldmark. Von den 18 Goldmilliarden, die das Reich im Jahr 1923 verbraucht, entfallen mehr als 12 Milliarden auf die Kosten der Nichterfüllung. In diesem Jahr hat die Nichterfüllung das ganze Jahreseinkommen Deutschlands verschlungen. Mag das deutsche Volk sich vorsehen, daß sie es im nächsten Jahr nicht das Leben selbst kostet.



FRITZ BAADE · DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT NACH DEM KRIEG



WOLLEN wir uns ein Bild von der wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft seit dem Krieg machen, so kann gleich zu Anfang gar nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß diese Lage lange nicht so einheitlich und eindeutig ist, wie man meist glaubt. Es bestehen sowohl in der zeitlichen Entwicklung wie auch für die verschiedenen Wirtschaften im gleichen Zeitpunkt Unterschiede von einem geradezu enormen Ausmaß. Bevor wir die zeitlichen Schwankungen und Sprünge der Konjunkturentwicklung betrachten, müssen wir uns darüber klar werden, in wie völlig verschiedener Weise der Währungsverfall auf die einzelnen Mitglieder einer jeden Klasse eingewirkt hat. Es ist hiermit in der Landwirtschaft nicht anders bestellt als in allen Zweigen wirtschaftlicher Betätigung: Ob jemand Kartoffeln baute oder Bücher verlegte oder in Effekten spekulierte: überall hing der privatwirtschaftliche Erfolg seiner Tätigkeit in viel geringerem Maß von seiner beruflichen Tüchtigkeit und Sachkenntnis ab als vielmehr von seiner Geschicklichkeit die ungeheuren Möglichkeiten der Geldentwertung zu nutzen, statt ihnen zum Opfer zu fallen, Markschuldner statt Markgläubiger zu sein.

Hat sich nun auch die Landwirtschaft als Ganzes betrachtet in besonders großem Umfang, gewissermaßen automatisch (wegen der allgemeinen hypothekarischen Verschuldung) der Vorteile der Geldentwertung erfreut, so bot andererseits gerade der landwirtschaftliche Betrieb manche Möglichkeiten zu oft recht empfindlichen Geldentwertungsverlusten. Die Sitte des "Hamstern" von Banknoten, die aus der Psyche und den wirtschaftlichen Gewohnheiten des Bauern sehr verständlich ist, hat die Landwirtschaft mit einer recht beträchtlichen Inflationssteuer belastet, die obendrein recht ungleichmäßig verteilt war. Aber auch ohne ausgesprochenes Notenhamstern gab es für den Landwirt reichlich Gelegenheit infolge der Geldentwertung Schaden zu erleiden. Wer seine Ernte in gewohnter Weise im Herbst verkaufte und die zum Kunstdüngereinkauf benötigten Mittel bis zum Frühjahr oder auch nur einige Wochen liegen ließ, erlitt Verluste, weit höher als sie durch Mißernte, Seuchen oder Vernachlässigung der Wirtschaft entstehen können. Wer das Gegenteil tat, seinen Kunstdünger und sonstige Produktionsmittel auf Kredit kaufte und erst Wochen oder Monate später die zur Bezahlung nötigen Produkte verkaufte, dem fielen Gewinne in den Schoß, weit höher als sie durch größte berufliche Tüchtigkeit und Fleiß zu erzielen gewesen wären. Vergewärtigt man sich, daß es mehrere Jahre gedauert hat, bis die Tatsache der Geldentwertung allgemein erkannt und die einfachsten persönlichen Verhaltensmaßregeln dagegen, die heute jedem Schuljungen geläufig sind, verbreitet waren, so wird es klar, daß in diesen Jahren von einer gleichmäßigen allgemeinen Lage eines Wirtschaftszweiges keine Rede sein kann.

Viel weniger allgemein bekannt als die erwähnten direkten Folgen der Geldentwertung sind die ungeheuren Preisschwankungen der letzten Jahre, die sich auch bei wertbeständiger Rechnung ergeben. Selbst wer jede Spekulation für oder gegen die Papiermark dadurch zu vermeiden wußte, daß er seine Produkte ohne irgendwelche Zeitdifferenz gegen Produktionsmittel und Gegenstände des persönlichen Bedarfs eintauschte, wer also nur verkaufte,

wenn er gleichzeitig etwas zu kaufen hatte, war immer noch Gewinn- und Verlustmöglichkeiten ausgesetzt (meist ohne es zu wissen), die nach Friedensbegriffen geradezu phantastisch sind. So erhielt man für 1 Zentner Roggen vor dem Krieg etwa 6,5 Kilogramm Stickstoff, am 1. Mai 1922 etwa 10, am 31. Januar 1923 28, noch nicht 3 Wochen später, am 27. Februar 1923 aber nur 5,7 Kilogramm. Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, wie diese Gewinn- und Verlustmöglichkeiten durch Dazwischenschaltung von Markkrediten, von Markbesitz oder Markschuld während der Zeit zwischen Einkauf und Verkauf fast ins Unbegrenzte gesteigert werden konnten.

Wir sehen also in der Landwirtschaft die gleiche Erscheinung wie in allen Wirtschaftszweigen: Die nur kaufmännische, gewissermaßen spekulative Tätigkeit bekommt eine ungeahnte Bedeutung gegenüber der technischen, im engeren Sinn beruflichen Tüchtigkeit. So erklärt es sich auch, warum es für den Nichtlandwirt fast unmöglich war sich durch Umfragen ein zutreffendes Bild von der Lage der Landwirtschaft zu verschaffen. Erbitterte Klagen standen mit offenem und verschämtem Eingeständnis glänzender Gewinne in schroffem Gegensatz, und diese Gegensätze entsprachen in vielen Fällen durchaus der wirklichen Situation. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß diese Zeit an rasche Einsicht in immer neue wirtschaftliche Situationen, an selbständiges, von der Tradition sich loslösendes, bewegliches Denken, an Entschlußfähigkeit Anforderungen stellte und noch stellt, denen die Mehrzahl besonders der bäuerlichen Betriebsleiter eigentlich nicht gewachsen ist. Aus diesem Grunde ist, trotz glänzenden Gewinnen in der gleich zu erwähnenden Periode der Hochkonjunktur, die Landwirtschaft nicht weniger als jeder andere Stand an der Wiederherstellung stabiler Verhältnisse interessiert.

Seit 1919 kann man für die Landwirtschaft 3 Konjunkturperioden unterscheiden, die nun getrennt betrachtet werden sollen.

BIS Mitte 1921 etwa reicht die 1. Periode. Sie ist im wesentlichen durch die allmähliche Überwindung der Nachwirkungen des Krieges und durch den schrittweise erfolgenden Abbau der Zwangswirtschaft charakterisiert. Den Belastungen durch Kriegsschäden und durch die Reste der Zwangswirtschaft steht die automatische Schuldentilgung infolge der Geldentwertung gegenüber, die mit ihrem Hauptteil in diese Periode fällt.

Für die Belastung der Landwirtschaft durch Kriegsmaßnahmen und Zwangswirtschaft ist eine mengenmäßige Darstellung, im Gegensatz etwa zu der Getreideumlage der Jahre 1922 bis 1923, nicht möglich. Die Belastung war in jeder einzelnen Wirtschaft, je nach den örtlichen und persönlichen Verhältnissen, verschieden und wurde außerdem in ganz unkontrollierbarem Maß durch Verkäufe an den Schleichhandel ausgeglichen. Von der Bedeutung der Hypothekenentwertung können wir uns dagegen sehr wohl eine brauchbare Vorstellung machen. Zu diesem Zweck dürfte es sich empfehlen statt in Papiermark, in Roggen zu rechnen. Die Roggenrechnung soll damit in keiner Weise propagiert oder als vollkommen hingestellt werden. Sie ist lediglich ein mehr oder weniger brauchbares Hilfsmittel, um zeitlich auseinanderliegende Preise in einer Periode des Währungsverfalls einigermaßen vergleichbar zu machen. In diesem eingeschränkten Sinn soll die Roggenrechnung hier und in künftigen Fällen verwandt werden.

Die hypothekarische Belastung des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens vor dem Krieg dürfte mit 15 Milliarden Goldmark wohl keineswegs zu hoch eingeschätzt sein. Diese Schuld würde bei nur 4 bis 4½ % Verzinsung eine Zinsenlast von jährlich etwa 650 Millionen Goldmark, etwa 4 Millionen Tonnen Roggen, erfordert haben. Diese 4 Millionen Tonnen Roggen, die die Landwirtschaft also vor dem Krieg der Gesamtheit ihrer Hypothekengläubiger unentgeltlich zu liefern hatte, entsprechen ziemlich genau der gesamten, zur Ernährung der städtischen Bevölkerung erforderlichen Brotgetreidemenge, wenn man eine Menge von 285 Gramm Brot pro Tag und Kopf zugrunde legt. Am Schluß der erwähnten Periode, die bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide laufen soll, betrug diese Zinsenlast noch 200 000 Tonnen Roggen, umgerechnet nach den ersten am freien Markt notierten Roggenpreisen, im Sommer 1921, also ein Zwanzigstel der ursprünglichen Belastung.



VON dem Aufhören der Zwangswirtschaft für Brotgetreide bis zu der allerdings vorübergehenden Stabilisierung der Mark anläßlich des Ruhrkonflikts, also von August 1921 bis Februar 1923, kann man die 2. Periode rechnen. Sie erstreckt sich über einen Zeitraum von 1½ Jahren und erscheint dem Betrachter als eine Periode beispielloser, nur durch die eingangs erwähnten Ungleichmäßigkeiten eingezwängter Gewinnkonjunktur.

Die Schuldentwertung war schon zu Beginn dieser Periode, wie gezeigt, fast völlig vollzogen, der geringfügige Rest von einem Zwanzigstel der ursprünglichen Last schwand rasch völlig vor der rapiden Geldentwertung dahin, so daß während dieses ganzen Zeitraums die Landwirtschaft als praktisch von Hypotheken unbelastet betrachtet werden kann. Das gleiche kann von den Steuern gesagt werden, die zu vollkommener wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit herabsanken: Einkommen- und Umsatzsteuer durch die nachträgliche Erhebung für lange zurückliegende Zeiträume, die Vermögenssteuern durch viel zu weitgehende Anlehnung der Berechnungsgrundsätze an die Friedenspreise. Zur Kennzeichnung aller Geldentwertungsvorgänge während dieser Periode seien die Devisenkurse angeführt. Der Dollar stand Anfang August 1921 etwa 81 Mark, Anfang Januar 1922 190 Mark, Anfang August 1922 650 Mark, Ende Januar 1923 48 000 Mark.

Die wichtigste Quelle für den landwirtschaftlichen Unternehmergewinn war aber die Verschiebung in dem Verhältnis der Preise der Produkte zu denen der Produktionsmittel. Diese Relation ist der Schlüsselpunkt für die Beurteilung einer jeden Konjunkturlage. Von ihr muß die volkswirtschaftliche Betrachtungsweise ausgehen, die sich einen Begriff von der Lage der Landwirtschaft, von ihrer Leistungsfähigkeit zum Ertragen steuerlicher oder sozialpolitischer Lasten bilden will. Und nicht weniger muß von ihr die Kalkulation des einzelnen Unternehmers ausgehen, der sich über die zu treffenden wirtschaftlichen Maßnahmen, über die Intensität und Richtung seiner Betriebsführung ein Urteil bilden will. Es ist hier nicht möglich die Entwicklung der Preisrelation jedes einzelnen wichtigen landwirtschaftlichen Produkts ausführlich zu verfolgen, wir müssen uns daher mit einer Typisierung in Form der Roggenrechnung begnügen. Wenn also hier die Preisentwicklung der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittel, vor allem der 3 Pflanzennährstoffe im Kunstdünger: Stickstoff, Phosphorsäure und Kali,

in Roggen gerechnet zur Kennzeichnung der Konjunktorentwicklung benutzt wird, so müssen wir uns der nur relativen Richtigkeit dieses Verfahrens bewußt bleiben. Die Rechnung in Kartoffeln zum Beispiel würde, zumal für 1922, ein völlig anderes Bild ergeben; und eines, das nicht einmal die Rentabilität des Kartoffelbaus vollkommen richtig darstellte, denn die zu den jeweiligen Marktpreisen verkauften Kartoffeln stellen ja nur den Bedarf der städtischen Bevölkerung an Speisekartoffeln dar, einen kleinen Teil der gesamten Kartoffelernte, während der größte Teil in der Landwirtschaft selbst verbraucht, das heißt vor allem verfüttert wird, was bei den niedrigen Kartoffelpreisen von 1922 eine sehr viel rentablere Verwertung ergab.

Betrachten wir zunächst die Zahlen für den Kunstdünger. Für 1 Zentner Roggen erhielt man vor dem Krieg 6,5 Kilogramm Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak, am 1. Mai 1922 10,0, am 1. September 9,0, am 1. Oktober 10,5, am 1. November 19,0, am 1. Dezember 9,9, am 2. Januar 1923 10,6, am 31. Januar 28,0 Kilogramm. An Kali erhielt man für 1 Zentner Roggen vor dem Krieg 2,6 Zentner 40prozentiges Kalidüngesalz, am 1. Mai 1922 3,65, am 1. September 4,45, am 1. Oktober 6,14, am 1. November 14,44, am 1. Dezember 4,12, am 2. Januar 1923 4,42, am 31. Januar 7,89 Zentner. An Phosphorsäure erhielt man für 1 Zentner Roggen vor dem Krieg 25,6 Kilogramm wasserlösliche Phosphorsäure im Superphosphat, am 1. Mai 1922 29,3, am 1. September 26,7, am 1. Oktober 26,0, am 1. November 55,6, am 1. Dezember 27,7, am 2. Januar 1923 22,3, am 31. Januar 46,6 Kilogramm. Die Zahlen sind einer Übersicht entnommen, die der Staatssekretär Ramm in der 63. Sitzung über allgemeine Düngerangelegenheiten am 16. März 1923 im Preußischen Landwirtschaftsministerium gab. Sie stimmen ungefähr mit einer von mir selber fortlaufend geführten Umrechnungstabelle überein. Es ergibt sich also, daß in dem fraglichen Zeitabschnitt der Landwirt für 1 Zentner Roggen im Durchschnitt das Doppelte der Friedensmenge des Stickstoffs erhielt, an einigen besonders günstigen Zeitpunkten aber sogar das Dreifache, ja sogar das Vierfache. Auch beim Kali ergibt sich durchschnittlich etwa das Doppelte der Friedensmenge, nur daß die Schwankungen hier noch größer sind und bis zum Fünffachen der Friedensmenge hinaufgehen. Lediglich für Phosphorsäure, die ja im wesentlichen aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wird, bewegen sich die Mengen durchschnittlich nur wenig über den Friedensmengen. Phosphorsäure war also verhältnismäßig am teuersten, während Stickstoff und Kali etwa die Hälfte des Friedenspreises kosteten.

Diese Veränderung im Preisverhältnis zwischen Stickstoff und Phosphorsäure ist dann der Ausgangspunkt für das bekannte Aereboesche Düngungssystem gewesen, das an seinem Platz noch zu besprechen sein wird. In durchaus erfreulicher Weise hat die Landwirtschaft von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht, die der billige Kunstdüngerbezug ihr bot. Der Stickstoffverbrauch der deutschen Landwirtschaft betrug 1913 195 000, 1921-1922 300 000 Tonnen, der Verbrauch an Kali 1913 536 000, 1921-1922 775 000 Tonnen; nur der Verbrauch an Phosphorsäure ist zurückgegangen: von 667 000 Tonnen 1913 auf 312 000 1921-1922. Von welcher gewissermaßen agrarhistorischen Bedeutung die erwähnte Senkung der Düngemittelpreise ist, wird anschaulich durch eine Vergleichung mit der Entwicklung vor dem Krieg. In der ganzen Zeitspanne von 1879 bis 1912, in einer Periode unge-

heurer wirtschaftlicher Entwicklung also, in der sich die Industrialisierung Deutschlands vollzog, die Bevölkerung sich erheblich verdichtete, große technische Fortschritte gemacht wurden, stieg die für 1 Zentner Roggen erhältliche Kalimenge doch nur von 4,7 Doppelzentner Kainit (12,4 % Kaligehalt) in ganz allmählicher Steigerung auf 5,8 Doppelzentner; die Stickstoffmenge stieg im gleichen Zeitpunkt von 5,0 Kilogramm Stickstoff auf 6,8 Kilogramm Stickstoff im Chilesalpeter. Diese Senkung der Düngemittelpreise, die für eine jahrzehntelange Entwicklung steigender Intensität in der Landwirtschaft genügte, verschwindet neben den Schwankungen von 1921-1922.

In ähnlicher Weise wie bei dem Bezug des Kunstdüngers bot sich bei der Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte in den Jahren 1921 und 1922 der Landwirtschaft ein außerordentlich günstiges Preisverhältnis im Vergleich zu ihren Produkten. Motorpflüge, Dreschsätze, Mähmaschinen, Säemaschinen, bis herab zur Egge und zum Spaten, alles das kaufte, besonders in der ersten Zeit dieser Periode, als die Berücksichtigung der Geldentwertung bei Verkauf ab Lager noch fast unbekannt war, der Landwirt zu Preisen, die, in Roggen gerechnet, nur die Hälfte, zum Teil sogar nur ein Drittel des Vorkriegspreises betragen. Durch Inanspruchnahme von Kredit, der damals noch auf Wochen hinaus gegeben zu werden pflegte, war es möglich all diese Gegenstände so gut wie geschenkt zu erhalten.

Die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel waren durch 2 Umstände verursacht. Einmal sind es die Löhne der industriellen Arbeiter, die damals, in Roggen gerechnet, nur einen Bruchteil der Vorkriegslöhne betragen. Ich habe eine fortlaufende graphische Darstellung geführt, in der oben die Stickstoffmenge, die man für 1 Zentner Roggen erhielt, und darunter der Reallohn eines Berliner Arbeiters in Roggen verzeichnet wurde. Die eine Kurve ist das genaue Spiegelbild der andern. Jeder Höchststand der landwirtschaftlichen Gewinnmöglichkeiten fällt mit einem Tiefstand des städtischen Reallohns zusammen. Am 1. Mai 1922, als man für 1 Zentner Roggen 10 Kilogramm Stickstoff erhielt, gegen 6,5 Kilogramm vor dem Krieg, betrug der Reallohn wöchentlich 1,65 Zentner Roggen, gegen 4,20 Zentner Roggen Vorkriegslohn der gleichen Arbeiterkategorie. Dem Höhepunkt der Stickstoffmenge am 1. November 1922 mit 19 Kilogramm Stickstoff, dem Dreifachen der Vorkriegsmenge, steht ein Tiefstand des Reallohns, noch nicht 0,60 Zentner Roggen wöchentlich, also ein Siebentel des Vorkriegslohns gegenüber. Die andere Ursache des für die Landwirtschaft so günstigen Preisverhältnisses war, wie schon erwähnt, die Langsamkeit, mit der der Handel, besonders der kleinstädtische Detailhandel, sich der Tatsache der Geldentwertung bewußt geworden ist. Es hat lange gedauert, bis gegen Ende 1922, ehe der Detailhandel in Eisenwaren und Maschinen allgemein zum Verkauf auf der Basis des Wiedereinkaufspreises überging. Bis dahin hat ein beispielloser Ausverkauf der Läger stattgefunden. Volkswirtschaftlich stellt sich dieser Vorgang als eine Vermögensübertragung dar. Von den im Handel angelegten Kapitalien ging ein großer Teil ohne Gegenleistung an die damals kaufkräftigste Bevölkerungsschicht, die Landwirtschaft, über. Die günstigen Wirkungen dieses Zustands verminderten sich dann in dem Maß, in dem der Handel es lernte sich gegen Substanzverluste zu schützen, und in dem die Industrie die Gewinne aus den niedrigen Reallohnen in ihre eigene Tasche zu lenken wußte.

Natürlich war die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produkte nicht nur für landwirtschaftliche Produktionsmittel gesteigert sondern auch für alle Artikel, die Gegenstände des persönlichen Konsumbedarfs der Landwirte waren oder es in jener Periode erst wurden. Automobile, Fahrräder, Nähmaschinen, Badeeinrichtungen, nicht zu vergessen die sprichwörtlich gewordenen Klaviere, Wäsche und Kleidung, sind (es ist dabei freilich auch von der Fama stark übertrieben worden) in dieser Zeitspanne von der Landwirtschaft in einem früher nie gekannten Maß gekauft worden. Und es konnte gekauft werden, weil es einmal, in Roggen gerechnet, viel billiger war als vor dem Krieg, und weil ferner, wiederum in Roggen gerechnet, der Landwirt fast ausnahmslos ein erheblich höheres persönliches Einkommen hatte als vor dem Krieg. Es treffen hier Faktoren zusammen, die einander steigerten: 1. Eine gleich große Ernte vorausgesetzt (mit den Fehlern der völlig unbrauchbaren offiziellen Anbau- und Erntestatistik müssen wir uns an gegebener Stelle noch befassen), war der in Getreide gerechnete Nettoertrag jeder einzelnen Wirtschaft größer als vor dem Krieg, nämlich um den Betrag, der beim Einkauf der Produktionsmittel erspart werden konnte. 2. Dieser Nettoertrag, der früher durchschnittlich mindestens zur Hälfte mit dem Hypothekengläubiger zu teilen war, fiel jetzt fast völlig dem Landwirt zu. 3. Dieser vermehrte und nicht mehr geteilte Nettoertrag hatte für die meisten Gegenstände des täglichen Bedarfs eine verdoppelte, zum Teil sogar eine verdreifachte Kaufkraft.

Allen diesen für die Landwirtschaft so günstigen Momenten standen entgegengesetzt wirkende Umstände nur in geringem Maß gegenüber. Von den Löhnen, die die Landwirtschaft selber zu zahlen hatte, können wir, eine genauere Darstellung vorbehalten, annehmen, daß sie in ihrem Realbetrag praktisch unverändert geblieben waren. Die Steigerung der Deputate dürfte, auf das Ganze der Landwirtschaft gerechnet (nicht aber in jeder einzelnen Wirtschaft), durch die Entwertung der Barlöhne ausgeglichen worden sein. Die Leistung pro Arbeiter müssen wir allerdings als vermindert einsetzen, vor allem im Großbetrieb und in allen den Fällen, wo mit einer Verkürzung der Arbeitszeit eine verminderte Ausnutzung von Gespannen verbunden ist. (Dieser letzte Umstand kann übrigens in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Man muß bedenken, daß ein Gespann ausreichend genährter Ackerpferde im Herbst 1922 etwa den doppelten Reallohn bezog wie eine großstädtische Arbeiterfamilie.) Steuerliche Belastungen hatte, wie gesagt, die Landwirtschaft in dieser Periode in einem irgendwie ernsthaften Maß nicht zu tragen. So bleibt nur noch die einzige Maßnahme zu untersuchen, die als öffentlichrechtliche Belastung und als "Rest der Zwangswirtschaft" im Mittelpunkt des Interesses stand: die Getreideumlage. Da muß man versuchen über die Bedeutung der Umlage zu einer wenigstens annähernden quantitativen Übersicht zu gelangen, die meines Wissens in dem ganzen Streit über die Umlage niemals gegeben worden ist. Das Umlagesoll für das Erntejahr 1922 betrug 2,5 Millionen Tonnen. Der Umlagepreis sollte nach der Absicht des Gesetzgebers etwa drei Viertel des Marktpreises betragen und ist, nachdem er mehrmals durch die Geldentwertung auf eine viel geringere Quote herabgedrückt war, für die einzelnen Raten der Umlage, allerdings jedesmal erst nach heftigen Kämpfen, etwa auf zwei Drittel des Marktpreises festgesetzt worden. Eine Umlage von 2,5 Millionen Tonnen zu zwei Drittel des Marktpreises bedeutet aber,

wenn man diese Preisberechnung von dem Nimbus des *justum pretium* und des Produktionskostenschlüssels befreit und sie offen als Sondersteuer auf-faßt, eine Realsteuer von etwa 800 000 Tonnen Brotgetreide. Denn die Wirkung ist die gleiche, ob man 2,5 Millionen Tonnen zu zwei Drittel des Marktpreises liefern muß, oder ob man zwei Drittel dieser Menge voll zu Marktpreisen bezahlt bekommt, und das letzte Drittel, also etwa 800 000 Tonnen, völlig umsonst als Steuer liefern muß. Wenn wir einen Begriff haben wollen, ob diese Steuer berechtigt oder unberechtigt, tragbar oder nicht tragbar war, so müssen wir dieses Quantum von 800 000 Tonnen Roggen anderen Größen gegenüberstellen, die etwa als Sondergewinne der Landwirtschaft eine solche Sondersteuer hätten rechtfertigen können. Wir haben da außer den 4 Millionen Tonnen jährlich ersparter Hypothekenzinsen die Gewinne an den auf Kosten der niedrigen Reallöhne verbilligten Produktionsmitteln. Nehmen wir an, daß der Stickstoffpreis ohne Berücksichtigung der Kreditmöglichkeiten und ohne Berücksichtigung der höchsten Konjunkturgipfel im Jahr 1922 ungefähr die Hälfte des Vorkriegspreises betragen hat. Dann hätte die Landwirtschaft für ihren tatsächlichen Stickstoffverbrauch von 300 000 Tonnen Stickstoff nach Vorkriegspreis 2,25 Millionen Tonnen Roggen zu bezahlen gehabt. Tatsächlich bezahlte sie 1922 aber nur die Hälfte, 1 125 000 Tonnen Roggen ersparte die Landwirtschaft also insgesamt am Stickstoffbezug. Dem steht eine Umlagebelastung von 800 000 Tonnen Roggen gegenüber. Es kann somit wohl kaum bestritten werden, daß die Umlage für die Landwirtschaft, als Ganzes betrachtet, zwar eine Belastung, aber durchaus tragbar war, und daß sie auch von denjenigen, die durch die Konjunktur gewonnen hatten, zugunsten der von der Konjunktur Geschädigten, der städtischen Bevölkerung, getragen werden mußte. Damit ist natürlich keineswegs gesagt, daß diese Besteuerung durch die Umlage in vollendeter Form, das heißt mit einem Maximum von Gerechtigkeit in der Einzelverteilung und mit einem Minimum von Schädigung der Produktion, vollzogen worden wäre. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Umlage für manche, vielleicht sogar für viele Einzelwirtschaften eine drückende Last und in einzelnen Fällen sogar eine objektive Produktionshemmung darstellte. Trotzdem bleibt für die Gesamtheit der Landwirtschaft die Zeit vom August 1921 bis zum Februar 1923 eine Zeit glänzender Gewinnmöglichkeiten.



Im Februar 1923 fand diese Hochkonjunktur für die Landwirtschaft plötzlich ein Ende. Eingeleitet wurde dieser Umschwung durch die sogenannte Marktstabilisierung, die bei Beginn des Ruhrkriegs versucht, und die 3 Monate lang gehalten wurde. Es trat dasjenige ein, was bei jedem Rückschlag der Marktentwertung in kleinerem oder größerem Maß zu beobachten war: Die Preise, die am stärksten an die Weltmarktpreise angepaßt waren, und dazu gehören auch die Getreidepreise, fielen plötzlich und stark, während die Preise gewisser Inlandserzeugnisse nicht fielen oder sogar zunächst noch weiter stiegen.

Dies trifft vor allem für die Arbeitslöhne und für diejenigen Artikel zu, deren Preisbildung ganz auf den Löhnen aufgebaut ist, zum Beispiel Stickstoff und Kali. Für Stickstoff und Kali kommt noch hinzu, daß für ihre Produktionskosten nicht nur die Löhne in der eigentlichen Düngerindustrie, sondern vor allem die Löhne und die Ergiebigkeit der Arbeitsleistung im

Kohlenbergbau maßgebend sind. Infolge der Ruhrbesetzung mußten aber die Löhne im Ruhrkohlenbergbau ganz besonders gesteigert werden, während die Arbeitsleistung sank. Der Kohlenpreis stieg, in Gold gerechnet, sehr stark, und mit ihm stiegen die Preise der Düngemittel. Die Preise für Stickstoff überschritten, in Roggen gerechnet, zum erstenmal Ende Februar und Anfang März die Vorkriegspreise und konnten auch durch eine, erst nach fühlbarer Absatzstockung dem Kalisyndikat abgerungene Preisermäßigung nur knapp unter den Vorkriegspreisen gehalten werden. Der Preis für Superphosphat stieg bereits Mitte Februar erheblich über den Vorkriegspreis, war Mitte März fast doppelt so hoch wie er und sank erst Anfang Mai wieder auf ihn zurück. Bei den Kalipreisen wurde ohne ausdrückliche Preissenkung durch starke Rabatte des Kalisyndikats ein Überschreiten der Vorkriegspreise vermieden; immerhin standen auch die Kalipreise in der Stabilisierungszeit, in Roggen gerechnet, etwa doppelt so hoch wie im Jahr 1921-1922. Der Zusammenbruch der Stützungsaktion, der am 18. April 1923 begann, brachte noch einmal im Mai vorübergehend Preisrelationen, die an die Hochkonjunktur von 1921-1922 erinnerten. Die für 1 Zentner Roggen erhältliche Stickstoffmenge stieg noch einmal auf 11,3 Kilogramm (gegen 6,5 Kilogramm vor dem Krieg), die Phosphorsäuremenge auf 33,9 Kilogramm (gegen 25,6), die Kalimenge auf 6,6 Zentner 40prozentiges Kalidüngesalz (gegen 2,6).

Jedoch trat nun ein ganz neues Moment in die wirtschaftliche Entwicklung ein: Trotz unaufhaltsamer weiterer Markentwertung wurde die günstige Preisrelation nicht verstärkt und nicht verewigt. Die Preise für Inlandswaren hatten es mit einemmal gelernt mit dem rasenden Tempo der Geldentwertung und mit den Preisen der Weltmarktsartikel gleichen Schritt zu halten. Die Ursache dieses neuen Zustands ist der immer allgemeiner sich vollziehende Übergang zur Goldrechnung in Produktion und Handel. Mengenmäßig den größten Einfluß hatte dabei die Forderung der Arbeiterschaft nach Goldlöhnen, die zwar nicht völlig, aber doch in einer gewissen Annäherung an das Vorkriegsniveau erreicht wurde. In dem Maß, wie der Reallohn, in Roggen gerechnet, stieg, stiegen auch die Kunstdüngerpreise. Nach heftig und rasch aufeinanderfolgenden Schwankungen im Juni und Juli 1923 erreichten im August die Preise für Stickstoff und Kali den Vorkriegspreis, die Preise für Superphosphat etwa das Doppelte des Vorkriegspreises. Am 12. August wurde für Stickstoff die Papiermarkberechnung überhaupt aufgehoben, und die Preise wurden in Roggenrechnung etwa auf der Höhe der Vorkriegspreise notiert. Ungefähr gleichzeitig wurden die Höchstpreise für Superphosphat aufgehoben. Die Preisgestaltung nach Roggenrechnung konnte nicht lange aufrechterhalten werden, infolge der steten Steigerung der Kohlenpreise, die, in Gold gerechnet, ein Mehrfaches der Vorkriegspreise erreichten. Es wurden auch für Stickstoff statt der Roggenpreise Goldpreise festgesetzt, die erheblich über den Vorkriegspreisen lagen und bald noch weiter erhöht werden mußten, ebenso für Phosphorsäure. Schließlich wurde Anfang Oktober auch für die Kalipreise, die noch immer relativ am günstigsten gewesen waren, die Goldrechnung eingeführt, was mit einer gewaltigen ruckartigen Erhöhung und einem erheblichen Überschreiten der Vorkriegspreise verbunden war. Die gleiche Entwicklung machten die Preise aller übrigen landwirtschaftlichen Produktionsmittel, wie Maschinen, Kohle, Frachten, und die Gegenstände des persönlichen Bedarfs durch. Alle diese Preise überschritten spätestens seit August 1923 die Vorkriegspreise, in Gold ge-

rechnet. Für die Landwirtschaft wurden alle diese Artikel noch aus dem Grund besonders teuer, weil fast die einzigen Preise, die in dieser Periode des Übergangs zur Goldrechnung unter den Vorkriegspreisen blieben, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, einschließlich der Getreidepreise, waren. Die Einführung der Goldlöhne hatte noch eine weitere wichtige Folge. Diese Goldlöhne stellen einen Versuch der Arbeiterschaft dar sich der Inflationssteuer dadurch zu entziehen, daß die Löhne zwar immer noch in Papiermark festgesetzt und in Papiermark gezahlt wurden, daß aber die Frist, innerhalb derer die Löhne jeweils fest blieben, also der Entwertung ausgesetzt waren, von 4 Wochen oder 14 Tagen auf 1 Woche und schließlich auf Tage herabgesetzt wurde. Da aber die Quelle der Inflation, das staatliche Defizit, unverändert fortbestand, so konnte die Folge dieser Maßnahme nur eine rapide Zunahme im Tempo der Geldentwertung sein. Die Notenpresse mußte von nun ab so rasch arbeiten, daß statt einer 4wöchigen eine 3tägige Frist genügte, um alle Einzeleinkommen so stark zu entwerten, daß die Summe dieser Einzelverluste gerade das staatliche Defizit deckte. Der einzige Erfolg, den die Arbeiterschaft mit ihrer Maßnahme hatte, war, außer einer Annäherung der Grundlöhne an die Vorkriegslöhne, daß ein Teil der Inflationssteuer, die bis dahin fast ausschließlich eine Lohnsteuer gewesen war, sich in eine allgemeine Umsatzsteuer verwandelte. Denn bei fast jedem Umsatz vergehen, auch bei promptester Bezahlung, immer 2 bis 3 Tage zwischen dem Zeitpunkt des Kaufs und dem des Wiederverkaufs, genauer gesagt: zwischen dem Zeitpunkt des Kaufes, auf Grund dessen der Verkauf stattfand, und dem des Kaufes, auf Grund dessen der Wiedereinkauf stattfinden kann. Die hohen, prohibitiven Zinssätze der Banken verhindern die Abwälzung dieser Umsatzsteuer (gewöhnlich Geldentwertungsrisiko genannt) auf dem Weg des Kredits. Der Kampf um die Abwälzung dieser Umsatzsteuer wird zurzeit zwischen allen Stufen der Produktion und des Handels, vor allem aber zwischen Produktion, Handel und Konsum ausgefochten. Die Mittel dieses Kampfes sind möglichst rigorose Zahlungsbedingungen und Aufschläge auf die Goldpreise. Der Landwirtschaft ist in diesem Kampf bisher die Abwälzung am allerwenigsten gelungen, wie aus den in Goldmark zurückbleibenden Preisen ihrer Produkte hervorgeht. Zudem ist in der Provinz ein Verkauf landwirtschaftlicher Produkte aus technischen Gründen in der Regel nur auf Grund der Kurse des Vortags möglich. Daß die Getreidepreise, in Gold gerechnet, augenblicklich so niedrig sind, scheint mir außerdem aus der ganzen gegenwärtigen Verfassung des Markts und des Handels erklärlich zu sein. Der Handel, als Ganzes betrachtet, kann der Landwirtschaft heute eigentlich nur diejenigen Beträge abnehmen, die ihm selber laufend aus dem Konsum zufließen. Diese Beträge, die sich also mit dem wöchentlichen Brot- und Mehlkonsum decken, sind aber viel geringer als die Beträge, die die Landwirtschaft in den Wochen nach der Ernte, in der Zeit der Herbstbestellung und der dazu erforderlichen Kunstdüngerkäufe, und infolge umfangreicher Steuerzahlung eigentlich verkaufen müßte. Die Differenz kann aber nicht, wie in normalen Zeiten, von den disponiblen Mitteln des Handels aufgenommen werden, weil solche disponiblen Mittel zurzeit überhaupt nicht vorhanden sind. Das umlaufende Betriebskapital des Getreidehandels, das in den letzten Jahren durch ungenügende Berücksichtigung der Geldentwertung fast überall stark zusammengeschrumpft ist, steckt bereits in Getreide. Es dürfte insgesamt nicht größer sein als das Quantum,

das als Speicherreserve und rollende Menge technisch erforderlich ist, um einen lückenlosen Strom der Verteilung vom Erzeuger zum Verbraucher zu unterhalten. Die zusätzliche Menge, das heißt die Menge, die der Konsum vorerst nicht benötigt, der Produzent aber zu diesem Zeitpunkt zur Bestreitung seiner Herbstausgaben verkaufen muß, findet nur unter Preisdruck Abnehmer, nämlich nur in dem Maß, wie die Aussicht auf außergewöhnlichen Handelsgewinn Kapital, und zwar kein fiktives Kapital sondern wirklich zurzeit disponible Kaufkraft, in den Handel hineinzieht. Zu allen diesen für die Landwirtschaft ungünstigen Momenten tritt noch das hinzu, daß gerade jetzt zum erstenmal seit Jahren von ihr wirklich ernsthafte Steuern verlangt und mit unausweichbaren Zahlungsbedingungen eingetrieben werden. Diese Steuern, die zur Zeit der Gewinnkonjunktur, aus der sie ja auch größtenteils ihre Berechtigung herleiten, leicht zu tragen gewesen wären, bedeuten heute eine sehr fühlbare, für manche Wirtschaften sogar gefährliche Belastung.

Ailes in allem ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Umschwung, wie er vollständiger gar nicht sein kann. Die nötigen Aufwendungen für die Herbstbestellung können auf der Grundlage der heutigen Preise für die meisten Wirtschaften nur so gemacht werden, daß Reserven aus der Zeit der Hochkonjunktur, die glücklicherweise wohl fast überall vorhanden sind, in Anspruch genommen werden. Nur auf diesem Weg ist an eine Fortsetzung der intensiven Betriebsweise zu denken, die auf Grund der augenblicklichen Preisrelation eine Rentabilität zweifellos nicht ergibt. Erleichtert wird diese Entscheidung durch die natürliche Kontinuität des landwirtschaftlichen Betriebs, der radikale Umstellungen nicht verträgt. Es muß dabei die augenblickliche Rentabilität durch die Hoffnung ersetzt werden, daß die Preisgestaltung des Augenblicks vollkommen anormal ist, daß es sich hier um ein sogenanntes Überschlagen der Entwicklung handelt.

MAX SCHIPPEL · DIE AGRARBEWEGUNG IN AMERIKA

WÄHREND wir innerhalb des festländischen alten Europas, meist im Zusammenhang und Gleichschritt mit der Geldentwertung, eine große Entschuldung und (relative) Kräftigung der landwirtschaftlichen Massen erleben, setzt sich in den noch immer siedelungskolonial jungen Vereinigten Staaten vorläufig wieder einmal eine umgekehrte Klassenentwicklung fort. Die Kaufkraft des Farmertums bleibt gegenüber anderen Klassen weit zurück. Kreditnot und Preisdruck drängen die Gesetzgebung mehr und mehr zu außerordentlichen Schritten. Und was uns in der, mit vererbten, verfallenen und weiter verfallenden Klassenideologien belasteten alten Welt fast unfaßbar scheint: Die organisierten Arbeiter, in diesem Fall vor allem Gompers von der Federation und Stone von der Bruderschaft der Lokomotivführer, stellen sich den Farmern bei deren Klagen und Forderungen in bewußter, überzeugter, fast traditionell gewordener Bundesgenossenschaft zur Seite und erklären auf der aufsehenerregenden "Weizenkonferenz", die am 19. und 20. Juni unter regster Teilnahme aller maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreise in Chicago tagte, sie und ihre Organisationen würden jeden Versuch der Farmer die Weizenpreise aufzubessern tatkräftig unterstützen.

Die überraschende klassenmäßige zeitweilige *Einkommensverschiebung*, die einen solchen sozialen Gärungsprozeß erzeugte, wurde hier bereits früher ausführlicher geschildert.¹ Nach kurzen Kriegsglück sanken in Amerika für fast alle Unternehmer die Preise. Aber sie sanken auf verschiedenen Produktionsgebieten sehr verschieden, und hauptsächlich vollzog sich andauernd eine tiefwirkende Abweichung zwischen Industrie und Landwirtschaft, ausschließlich zum Nachteil der agrarischen Schichten. Die Preise von 1913 gleich 100 gesetzt, standen im Juni 1921, seit dem allerdings eine gewisse Milderung, aber keineswegs eine gründliche Wendung zum Bessern eingetreten ist, nach der Bundesstatistik die Farmerzeugnisse auf 114, gegenüber 172 bei der Kleidung, 191 bei Heizung und Beleuchtung, 163 bei Baumaterialien, 196 bei Hauseinrichtungsgegenständen. Nach der früher schon erwähnten verblüffenden Statistik des Washingtoner Landwirtschaftsamts konnte Mitte 1921, auf dem Höhepunkt des agrarisch-industriellen Preisauseinandergehens, ein Bushel Mais nur noch 61 % der übrigen Waren zu produktivem oder persönlichem Konsum kaufen, die er vor dem Krieg zu kaufen befähigt oder gewohnt war, der Hafer nach seinem nunmehrigen Preisstand nur 60 %, die Gerste nur 53 %, die Kartoffeln 64 %, das Heu 68 %, das Schlachtrind 69 %, das Schlachtkalb 73 %, das Schaf 66 %, das Schwein 67 %, das Pferd 45 %, die Baumwolle, das entscheidende Agrarerzeugnis des Südens, nur 51 %, die Wolle 58 %. Der Weizen stand damals allerdings vorübergehend günstiger, mit 93 %, und ähnlich die Butter mit 83 % und die sonstige Milchverwertung, die sich fast überall in der alten und neuen Welt eine Ausnahmestellung errungen hat, mit 80 %. Aber alle agrarischen Erzeugnisse zusammen, je nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Schätzung verwendet, verkörperten damals nur noch 70 % ihrer frühern Kaufkraft.

Wie die Arbeiterschaft unserer valutaschwachen Länder, Deutschland voran, nach Wertbeständigkeit der Löhne, des Verkaufspreises ihrer Ware Arbeitskraft, so strebt eine wirtschaftlich derart bedrängte und bedrohte Farmerklasse selbstverständlich ähnlich nach eigener *Kaufkraftsicherung*, das heißt in diesem Fall: nach möglichster Preishebung des Landwirtschaftsproduktes, häufig noch in Verbindung gedacht mit erweitertem Binnen- und Außenabsatz.

NACH einer Richtung war das amerikanische Farmertum bereits siegreich, wenigstens äußerlich in der Gestaltung der Gesetzgebung. Sowohl das *Zolltarifgesetz* vom Mai 1921 wie der endgültige Fordney-McCumber-Tarif vom 19. September 1922 sind durch einen starken Einschlag von Agrarschutz gekennzeichnet. Weizen, Mais, die verschiedenen Fleischsorten, Eier, Zucker, Wolle, Obst, Südfrüchte, Nüsse sind hier in gleicher Weise zu begünstigen versucht worden, während in der Freiliste die landwirtschaftlichen Bedarfsgegenstände einen breitem Raum als sonst einnehmen. Gegen die canadische und mexicanische Nachbarschaftszufuhr mag sich hier und da auch, besonders in den ausgedehnten Grenzstrichen des Nordens und Südens, eine gewisse Absatz- und Preisverschiebung zum Vorteil des inländischen Farmers vollziehen. Jedoch im großen und ganzen bleibt ein agrarisches Ausfuhrland, wie es die Vereinigten Staaten trotz aller industriellen Entfaltung noch immer sind, an die Weltmarktpreise gebunden, und an diesen wird natürlich nichts ge-

1) Siehe Schippel Die Gärung unter den amerikanischen Farmern und Die Änderung der Kräfteverhältnisse zuungunsten der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 I Seite 475 ff. und 1922 II. Seite 918 ff.

ändert, wenn an den Platz des mehr im Innern untergebrachten vereinsstaatlichen Weizens oder Fleisches mehr das vom amerikanischen Markt abgedrängte canadische Brotkorn oder mexicanische Schlachterzeugnis tritt. Landwirtschaftsgeräte wiederum wie Pflüge, Eggen, Mähmaschinen, Baumwollgins und selbst Wagen und Karren kannten so gut wie gar keinen ausländischen Wettbewerb und sind deshalb in ihrer Preisgestaltung von ihrer Eingliederung in die Zollfreiliste so gut wie vollkommen unabhängig. Es handelt sich insoweit also um recht zweifelhafte Erfolge, so stark ihr äußerlicher, mehr parteipolitischer, Eindruck auf Stimmung und Haltung der bäuerlichen Massen zunächst gewesen sein mag.

Mit dem Anlauf zu einer unmittelbaren *staatlichen Preisregulierung*, dem neuweltlichen proagrarisches Gegenstück zu unserer antiagrarisches Zwangswirtschaft, scheiterte man natürlich. Die Forderung, die Regierung solle den wichtigsten Agrarerzeugnissen einen angemessenen Preis (a fair price) verbürgen, hatte in den agrarischen Gebieten einen starken Anklang gefunden. Der Senator Goding vom Staat Idaho brachte in der Tat einen förmlichen Antrag ein: 300 Millionen Dollars sollten zur Festhaltung des Weizenpreises verwendet werden und zwar zur Stabilisierung auf 1,75 Dollars pro Bushel für die Ernte von 1923, und dann für 1924 und 1925 je nach den Erwägungen und Entscheidungen einer neuzubildenden Wheat Stabilizing Corporation. Der Landwirtschaftsausschuß des Senats empfahl zwar den Grundgedanken, der Schluß der Kongreßtagung schnitt jedoch den Fortgang dieses Experiments kurzerhand ab.

Gegen die *Börse* und den spekulativen Handel, ferner gegen das Transport- und Speichermonopol der großen Eisenbahn- und Elevatorgesellschaften wandte man sich erklärlicherweise mit stärkstem Nachdruck. Die Nationalisierung der Eisenbahnen war seit jeher in den Vereinigten Staaten viel mehr eine Klassenforderung der Farmer als der Arbeiter, und in den Plattformen der jüngsten mittel- und fernwestlichen Farmerparteien fehlte dieser Programmpunkt niemals, freilich ohne daß seine Verwirklichung irgendwie näher gerückt wäre. In der staatlichen Börsenbeaufsichtigung rückte man eher einige Schritte vorwärts, was freilich noch lange nicht sagen will, daß das reale Ergebnis halbwegs den geäußerten Erwartungen entsprechen könnte. Das ursprüngliche Capper-Tincher-Gesetz stand zunächst auf wenig festem Boden, weil nach der Bundesverfassung nur der "zwischenstaatliche" Handel dem Bundeseinfluß unterworfen schien, nicht aber der Börsenhandel an sich, der sich häufig zunächst im Händewechsel der Ware oder der Warenweisung am Ort oder doch innerhalb des gleichen Staates vollziehen wird. Um diesem Einwand vorzubeugen, hatte der Kongreß sich in höchst eigentümlicher Weise hinter sein Besteuerungsrecht versteckt: Er verbot unliebsame Börsenbetätigungen nicht direkt, wohl aber hatte er gegen sie jedesmal eine recht fühlbare Strafsteuer vorgesehen. Das Oberste Bundesgericht erklärte dies für einen unzulässigen Mißbrauch des Besteuerungsrechts, legte jedoch zugleich eine Umgehung der Schwierigkeiten nahe, und der Kongreß bequeme sich in einer neuen Wortfassung diesem Rat an. Der Börse sind nunmehr mehrfache Einschränkungen in der Nachrichtenverbreitung und Meinungsmache, der Ringbildung und Preisbeeinflussung auferlegt. Ferner sind einige Sonderrechte der landwirtschaftlichen Genossenschaften vorgesehen, die sich eines wachsenden Aufschwungs auch in der Union rühmen.

In der äußern Einkleidung erinnert hierbei manches an unsere deutsche, französische und überhaupt europäische Börsengesetzgebung; nur geht die amerikanische Farmerbewegung stets von der Grundauffassung aus, die Spekulation senke, wenigstens dem Farmerproduzenten gegenüber, die Preise, Börsenregelung falle deshalb stets in erster Linie mit Preisaufbesserung zusammen. Auch übersee ist das berechtigte und durchaus moderne Streben der Produktion einen größern Einfluß neben den einseitigen Handelsinteressen (und oft nur Handelsbequemlichkeiten) zu erkämpfen, schier unlösbar verkoppelt mit naiven Einbildungen über die tieferen Marktzusammenhänge.



FRUCHTBARER wird wahrscheinlich das mehr an die Selbsthilfe und die Genossenschaftsorganisation anknüpfende Bemühen sein den in den Vereinigten Staaten überaus großen Abstand zwischen dem Absatzpreis der agrarischen Produzenten und dem Einkaufspreis der Lebensmittelverbraucher in den Städten und Industriebezirken zu ermäßigen. Ein besonderer Kongreßausschuß (Joint Congressional Commission of Agricultural Inquiry) hat vor kurzem unter dem Abgeordneten Sydney Anderson /Minnesota/ mit Beibringung eines ungemünzten Tatsachenmaterials sich der Untersuchung dieses Problems gewidmet, für das in der Union bisher Konsumentenorganisationen kaum in Frage kommen (erst ganz neuerdings hat die Konsumvereinsgründung stärker und planmäßiger begonnen, während die Arbeitermassen und die ihnen nahestehenden Kleinbürger sich vorher auf die allgemeine Höhe und Steigerung der Löhne und Einkommen verließen).

Über die Mängel und die Planlosigkeit des heutigen Warenverkehrs macht der Ausschußbericht recht peinliche Feststellungen. Von je 1 Dollar Verbraucherausgabe beanspruchten Großhandel und Transport 49 Cents, während nur 20 Cents dem Rohproduzenten zuströmen, weitere 17 Cents dem Höherverarbeiter und 14 Cents dem Kleinverschleiß. Die amerikanischen Städte haben bisher für zweckmäßige Markt- und Lagereinrichtungen, gerade für rasch verderbliche Lebensmittel, so gut wie nichts getan. Auf der einen Seite entbehrt die Warenklassifizierung jeder anerkannten Ordnung, und die Farmer selber haben hierauf kaum irgendwelchen Einfluß. Auf der andern Seite zwingt eine Überzahl von an sich belanglosen Unterscheidungen zu überflüssigen Vorrathaltungen und zu großer Warenvergeudung. Für die vielbeliebte Legende von der bewußten Lebensmittelzerstörung zum Zweck der Preistreiberei vermochte man allerdings keinerlei Beweismaterial beizubringen; der einzige tatsächlich erweisbare Fall von Lebensmittelvernichtung ließ sich auf die Anordnung eines Gesundheitsamts zurückführen.²

2) In unserer sozialdemokratischen Parteipresse hat die artige Räuberpistole von den Getreide- (oder Baumwoll-) -massenverbrennungen im Lauf der Zeit eine überraschende Wesensumbildung erdulden müssen. Anfangs hatte "man" verbrannt, um Hungersnotpreise noch höher ins Ungemessene emporzutreiben: kapitalistische Niedertracht und Machtversteigerung. Ende August lief dagegen ein Brief aus Colorado durch die gleiche Presse: "man" verbrenne in Amerika nach wie vor den Weizen, weil bei den erschreckend niedrigen Preisen Versendung und Verkauf absolut nicht mehr lohnten: Verzweiflung und Ohnmacht des Kapitalismus. Beide Lesarten natürlich unter dem Motto "Kapitalismus, du bist durchschau!" Unterdies hat der etwas dunkle Vorgang sogar einen Dichter seine Augen in solchem schönen Wahnsinn rollen lassen. Eine sonst ganz hoffnungsvolle jüngere Kraft, die ich deshalb durch Namensnennung nicht kränken will, läßt auf das heuchlerische Rühmen der kapitalistischen Produktionssteigerung (»Dea Moloch preiset, dea Urbarmacher fornterner Länder: dem Landbebauer beugt die Knic«) die »Spekulanten«, also diesmal nicht die Farmer-Agrarier, entgegenheulen: »Getreide sinkt, die Preise fallen. Ins Meer damit, ersäuft die Frucht! Die Kessel schürt mit Weizen! Ersäuft, ersäuft, verbrennt die Frucht!« Vorher begnügte sich der Kapitalismus immerhin noch mit dem Verbrennen, nun macht er sich zugleich an das Ersäufen, noch dazu das verdoppelte. »Wenn er's so weitertreibt, wo wird er enden?«

Die jüngste Not der Farmer fiel zeitlich zunächst mit einer Versteifung des Geldmarkts und einer Einschränkung der Bankkredite, nach der (vorwiegend industriellen) Überanspannung der Kriegszeit und der ersten Nachkriegsjahre, zusammen. In der Erregung der um sich greifenden Panik erblickten die Farmer hierin ein wohlüberlegtes System des Finanzkapitals, und die staatliche (bundes- oder einzelstaatliche) *Kreditfürsorge* rückte noch mehr als früher mit in den Vordergrund des agrarischen Reformprogramms. Im Frühjahr reiften so im Kongreß mehrere Anträge, vor allem die von Lenroot und Capper zu dem Agricultural Credits Act of 1923, heran: einem sogenannten Omnibusgesetz, das innerlich ziemlich ungleichartige Vorschriften äußerlich zu einer Einheit verband.

Ein Hauptziel ist hierbei: dem Farmer einen erleichterten längerfristigen Kredit zu erschließen, für Zwecke, denen sowohl die hypothekarische Verpfändung wie der übliche kurzfristige Bankkredit wenig angemessen ist. In den Vorerörterungen und bei den parlamentarischen Verhandlungen ist dieses Ziel erkannt und in den Einzelheiten näher bestimmt worden. Als notwendige Maßnahmen, für deren Durchführung man zu sorgen hätte, nannte man besonders: die Anschaffung von höherwertigem Viehzuchtmaterial, die Errichtung von Einhegungen und Speichern, den Erwerb von landwirtschaftlichen Maschinen, die Anlage von Obstpflanzungen oder Bewässerungen. 12 neugeschaffene Bundesbanken (Federal Intermediate Credit Banks) sollen hier landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften unmittelbar mit Vorschüssen beispringen oder die Darlehnsurkunden aller Art von Banken, Viehbeleihungs- und Vorschußgesellschaften mit 6monatiger bis 3jähriger Laufzeit rediskontieren. Jede solche Bank beginnt ihre Tätigkeit mit einem Kapital von mindesten 5 Millionen Dollars und hat das Recht Obligationen (bonds) bis zur 10fachen Höhe von Stammkapital und Kapitalsreserven auszugeben.

Ein anderer Teil des Gesetzes ist durch die wenig erfreulichen Erfahrungen mit den unter Einzelstaatscharter gegründeten Viehbeleihungsgesellschaften während des krisenhaften Preissturzes 1920 und 1921 veranlaßt worden. Neben diese ungenügenden und zweifelhaften Unternehmungen sollen nunmehr Banken mit Bundeskonzession und unter Bundesaufsicht, mit bestimmt umschriebenen Wirkungskreisen und Geschäftsnormen treten; über das Gebiet der Viehproduktion hinaus erhalten sie die Vollmacht Papiere zu diskontieren, die durch zweckmäßig eingelagerte (properly warehoused) landwirtschaftliche Dauererzeugnisse (nonperishable commodities) gesichert sind. Außerdem können, in Rücksicht auf die längere Umschlagszeit der landwirtschaftlichen Produktion, die seit dem Dezembergesetz vom Jahr 1913 bestehenden Bundesreservebanken landwirtschaftliche Papiere mit längerer Laufzeit (bis zu 9, statt wie bisher bis zu 6, Monaten) rediskontieren, und den kleineren Banken ist ganz allgemein der Anschluß an das Bundesreservesystem erleichtert: was im wesentlichen abermals den landwirtschaftlichen Bezirken und Schichten zugute kommen wird.

Da der ganze in Aussicht genommene neue Kreditapparat nicht sofort funktionieren kann, so ist für die im Abbau begriffene Kriegsfinanzkorporation die Endfrist verlängert worden, und zwar bis zum 31. Mai 1924. Bis zu diesem Termin kann jene Korporation also für die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Ausfuhr, die man zur Entlastung des Binnenmarkts bitter nötig hat, Vorschüsse gewähren.



ON Interesse ist bei alledem, wie das Farmertum seine seit altersher ganz überwiegend partikularstaatlichen Neigungen zugunsten des zentralistischen Eingreifens umbildet, ja sie auch ganz und gar preisgibt, sobald dies nur eine wirksamere Hilfe gegen wirtschaftliche Katastrophen und Schäden verspricht.

Schon das Packers- und Stockyardgesetz vom Jahr 1921 stellte den Viehhandel, die Schlachthäuser und den Fleischgroßhandel unter Bundesregelung und errichtete für diese Bundeskontrolle, verkörpert im Landwirtschaftsministerium in Washington, ausdrücklich einen umfassenden Verwaltungsapparat. Ähnliches vollzog sich durch das Terminhandelsgesetz (Future Trading Act) von 1921 und das Getreidebörsengesetz (Grain Futures Act) von 1922. Die wachsende Neigung zu Agrarzöllen wies natürlich ebenfalls mehr und mehr auf die Bundesgesetzgebung hin. Und was schließlich die Förderung des landwirtschaftlichen Kredits anlangt, so hat man hier nicht zum erstenmal in Washington an das Tor des Parlaments geklopft. Das Federal Farm Loan-Gesetz von 1916 stellte bereits vor der amerikanischen Kriegsära einen Höhepunkt dar. Die Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren Kornpreissicherungen und ihrer Grain Corporation setzten diesen Entwicklungsgang fort, und für das Aufbäumen gegen die Agrarkrisis der heutigen Übergangsperiode erscheint der einzelstaatliche Rahmen abermals zu eng. Politische und vollends rein parteipolitische Überlieferungen zerschellen zuletzt an den wirtschaftlichen Geboten des Tages oder doch der Jahre.



META KRAUS-FESSEL . FÜRSORGEWESEN UND ARBEITERKLASSE



NIEMAND wird in Abrede stellen wollen, daß die Not der Bevölkerung in Deutschland von Tag zu Tag, von Monat zu Monat zunimmt. Waren es zuerst einzelne Gruppen wirtschaftlich besonders Schwacher, wie die Kriegsinvaliden, die Kriegshinterbliebenen, Sozialrentner, Kleinrentner, Erwerbslosen, die Wöchnerinnen, Schwangeren und die stillenden Frauen, die Kranken und die Alten, die sich nicht mehr mit dem Notwendigsten an Nahrung und Kleidung versehen konnten, so wurden bald weitere Gruppen mit ihnen in den Strudel der allgemeinen Verelendung der arbeitenden Schichten Deutschlands herein gerissen. Die zur Versorgung der einzelnen Gruppen geschaffenen Gesetze wurden wirkungslos, und die Not unter den zertrümmernden Schlägen der Geldentwertung so groß und so allgemein, daß alle Mittel der Fürsorge versagen mußten, und geradezu ungeheure Massen der Verzweiflung preisgegeben sind. Gehörte Ende September doch schon ein Drittel der Bevölkerung in Wiesbaden zu den Unterstützten, in Frankfurt die Hälfte; aus dem Verwaltungsbezirk Wedding in Groß Berlin nennt ein Bericht Ende Oktober jede zweite Person als ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Bei allen diesen Unterstützten sind die Unterstützungsmittel nicht ausreichend zur Anschaffung auch nur der notwendigsten Lebensmittel: Brot, Kartoffeln, Fett, Milch für die kleinen Kinder. Jede neue Teuerungswelle stellt sie vor das Nichts. Und die Teuerungswellen überstürzen sich.

Die Arbeiterklasse als solche steht noch nicht lange mitwirkend in der Fürsorge, die von Reich und Ländern entfaltet wird. Ihre aktive Beteiligung an

der Wohlfahrtspflege hat erst während des Krieges begonnen, der unvorhergesehen große Massen der Bevölkerung in den Zustand der Hilfsbedürftigkeit warf. Die Gewerkschaften, denen während des Krieges Regierung und Bürgertum ihre Unentbehrlichkeit versichern zu sollen glaubten, wurden zur Mitwirkung aufgefordert und traten mit dem Gewicht ihrer Mittel und unter Gestellung fürsorglicher Hilfskräfte in der "Kriegsfürsorge" zum erstenmal in den Kreis der Fürsorge übenden Organisationen und Personen ein. Die Arbeiterklasse fand ein großes Feld der Betätigung vor und machte in der praktischen Arbeit bald Erfahrungen, die ihr zeigten, daß sie allzu lange nur Objekt der Fürsorge gewesen war und zum Schaden ihrer Klasse beiseite gestanden war. Die Entgegennahme wirtschaftlicher Hilfe auf der Grundlage des Solidaritätsgefühls ist etwas anderes als das Empfangen von Gaben, die als Almosen gereicht werden. Jenes richtet auf und macht frei, dieses drückt nieder, lastet. War man erst geneigt soziale Fürsorge, ihrem geschichtlichen Ursprung gemäß, als Wohltätigkeit anzusehen und als solche gerade vom Standpunkt des entwickelten Klassenbewußtseins zu verwerfen, so trat man nach Erkennen der hier der Arbeiterklasse neu zugefallenen Aufgabe mit der wärmsten Hingabe für die zweckmäßige Gestaltung der Fürsorge ein. Man fand Wege, trotz der zunehmenden Verelendung, aus eigener Kraft Mittel aufzubringen, nicht nur für die in den Gewerkschaften schon seit langem gepflegte Kinderfürsorge sondern auch für besondere Fürsorgezwecke der gemeindlichen Wohlfahrts- und Jugendämter.

Die Arbeiterklasse hat auf dem Gebiet des Fürsorgewesens in der kurzen Spanne Zeit ihrer Mitwirkung und unter Berücksichtigung der ihr selbst und ihrem Organisationsapparat anhaftenden Schwerfälligkeit tatsächlich Wesentliches geleistet.¹ Sie hat nicht nur bei der Gesetzgebung, bei der Durchführung der Fürsorgemaßnahmen auf Grund der erlassenen Gesetze in den Gemeinden und Gemeindeverbänden mitgewirkt, sie hat auch, einmal für die Aufgaben der Fürsorge wach geworden, den Weg beschritten eigene Fürsorgeeinrichtungen zu schaffen und hat diesen ihren besondern Charakter zu geben gewußt. Sie hat ihren Platz in der Geschichte der Jugendfürsorge und der Wohlfahrtspflege eingenommen. Ihr Weg ist nicht glatt gewesen. Als Letztgekommene und Nächstbeteiligte hat sie gegen Widerstände in den Parlamenten, bei den Regierungen, bei den konfessionellen und freien Wohlfahrtsorganisationen und bei allen anderen angehen müssen, die, mit sozialem Gewissen nicht belastet, jeder vermehrten oder öffentlich gesicherten sozialen Fürsorge abhold sind.

Sie begann ihre Mitarbeit in der Zeit unaufhaltsam steigender Not und fortwährender Wertverminderung der zur Verfügung stehenden Gelder bis zu dem jetzigen katastrophalen Sturz; in der Zeit, wo ungezählte Anstalten und Einrichtungen ihre Pforten geschlossen haben. Nicht allein, daß das von Reichs- und Staatsregierung den Spitzenorganisationen, den Ober- und Regierungspräsidenten für Wohlfahrtzwecke zur Verfügung gestellte Geld, einschließlich der auf Grund des § 61 des Finanzausgleichsgesetzes überwiesenen Mittel, sich vom Tag der Bereitstellung bis zum Tag der Zahlung an den Empfänger entwertete, auch die Höhe der bereitgestellten Gelder wurde immer geringer. Begründet wurde dies mit der wachsenden Finanznot des Reiches und der Länder. Vergleicht man aber die Ausgaben für Wohlfahrtzwecke mit den anderen Ausgaben des Reichs- und Staatshaushalts

1) Siehe hierüber auch *Binder Arbeiter und Wohlfahrtspflege*, in der Sozialen Praxis 1923 Seite 812 ff.

oder gar mit den Summen, die dem Ruhrkrieg geopfert wurden², so muß man sich bestürzt fragen, wie es möglich ist, daß jene Summen, die in Jugendfürsorge und Wohlfahrtspflege für die Erhaltung der Volkskraft eingesetzt werden, und die einen so geringen Bruchteil anderer Ausgaben ausmachen, nicht so weit erhöht werden, um wenigstens die lebensnotwendigsten Einrichtungen der Fürsorge in Funktion zu erhalten. Doch Preußens geringe Fonds werden trotz der rapide fortschreitenden Geldentwertung nicht weiter verstärkt, da der preußische Finanzminister angesichts der Finanzlage die Förderung der Bestrebungen für die gefährdete und verwahrloste Jugend einschließlich der sozialen Kleinkinderfürsorge nicht mehr zu den absolut lebensnotwendigen Aufgaben des Staates rechnet. Anteile, die auf die Ober- und Regierungspräsidenten entfallen, reichen bei Eingang nicht mehr aus, um nur eine Straßenbahnfahrt zu bezahlen; Mittel, für den Bereich einer Provinz bestimmt, können nur einer bedürftigen Anstalt zugewiesen werden, da der Betrag bei Eingang nicht mehr so viel beträgt, um auch nur 1 Zentner Kohle zu bezahlen. Die einer Sozialen Frauenschule für Stipendien überwiesenen Mittel decken bei Eingang gerade den Preis für ein halbes Pfund Margarine. Waren die staatlichen Zuschüsse immer nur gering, so geraten sie jetzt geradezu ins Grotleske. Die Finanznot der Gemeinden und Gemeindeverbände hat ebenfalls eine weitere Einschränkung der Ausgaben für soziale Zwecke herbeigeführt. Kräfte werden entlassen, Anstalten zusammengelegt. Der Meldung einer Säuglingsfürsorgestelle Groß Berlins zufolge ist die unentgeltliche Abgabe von Milch für bedürftige Säuglinge von $\frac{3}{4}$ auf $\frac{1}{2}$, dann auf $\frac{1}{4}$ Liter herabgesetzt worden. Die Beispiele solcher zu schrecklicher Auswirkung führenden Maßnahmen ließen sich beliebig vermehren.

Ist man vielleicht noch in der Lage das Verständnis für die Beweggründe der Finanzminister und Finanzreferenten aufzubringen, so meint man doch, die gesamten Wohlfahrtsorganisationen müßten im Namen ihrer Schützlinge öffentlich Protest gegen diese Vernichtung der wenigen Hilfseinrichtungen erheben, deren es ja schon in Friedenszeiten zu wenig gab, ein Schrei müßte zu hören sein nach Hilfe für die verkommenen Kinder und Jugendlichen, für alle anderen zugrunde gehenden Hilfsbedürftigen. Appellierten wir nicht im Ruhrkrieg an das Gewissen der Welt? Nannten wir es nicht eine Kulturschande unschuldige Kinder hungern zu lassen, Säuglingen die Milch abzusperren? Und jetzt? Wer sperrt unseren Säuglingen die Milch ab? Was haben wir zu der Not der Bevölkerung zu sagen, die dem vernichtenden Hunger preisgegeben ist?

Der Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (früher Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit) brachte im September dieses Jahres eine Auslassung, in der es hieß: »Das Programm für eine der Verarmung Deutschlands entsprechende Wohlfahrts politik kann nur in einer Synthese bestehen, die auf einer wohlverstandenen Kombination des Interesses des Staates und der Wirtschaft beruht.« Man lese noch die anderen Sätze, insbesondere den nachfolgenden: »Soll sich die unvermeidliche Umwälzung in der öffentlichen Wohlfahrtspflege nicht chaotisch vollziehen und zum Untergang zahlreicher Einrichtungen und Anstalten führen, die wir auch bei einer eingeschränkten Wohlfahrtspflege nicht ent-

²) Siehe *Quessel* Die Wahrheit über den Ruhrkrieg, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 523 ff.

behren können, so sind schleunige Vorkehrungen zu treffen, um die Anpassung der Wohlfahrtspflege an die veränderten Verhältnisse rechtzeitig einzuleiten.« Dieser Satz erhält unter dem vorhergehenden seine besondere Beleuchtung, zumal sich ja der Untergang zahlloser Anstalten und Einrichtungen schon vollzogen hat. Der genannte Verein, seit 1869 die Vereinigung kommunaler Sozialdezernenten, Bürgermeister, Vertreter der freien Liebestätigkeit, den Gesetzgebern seit einer so langen Reihe von Jahren Ratgeber auf dem Gebiet der Armenpflege und sozialen Fürsorge, der berufene Sachwalter der Armen, Witwen, Waisen, Hilfsbedürftigen, erfüllt seine Aufgabe nicht, wenn er in dieser Zeit furchtbarster Not nicht zu positiven Forderungen kommt, besonders da seine Forderungen richtunggebend sein sollen, sondern, während die Verhungerten das Brot aus den Bäckerläden wegnehmen, das Programm der Wohlfahrtspflege wie oben bezeichnet. An keiner Stelle findet man irgendwie eine Betonung der unerträglichen Verschärfung der Notlage der Hilfsbedürftigen in der Bevölkerung, der unerhörten Gefährdung unserer Kinder und unserer Jugendlichen, unserer Schwangeren und Wöchnerinnen. Und unter den von ihm aufgestellten 6 Forderungen, die alle auf »Vereinfachung«, »Aufhebung der bisherigen Sondergesetzgebung auf dem Gebiet der Fürsorge«, »Einschränkung«, Änderung der Finanzierung abzielen, ist eine einzige positive Forderung enthalten: die »auf eine erhebliche Verstärkung ehrenamtlicher Kräfte zu dringen«. Ob man hierbei an die Arbeiter, an die Klassengenossen der großen Menge der Hilfsbedürftigen, an die Eltern gedacht hat oder an die ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen der bis 1918 betriebenen Wohlfahrtspflege, deren Auffassung der Armenpflege es ihnen gestattete mit Perlen- und Brillantgehängen angetan in die Wohnungen der Armen zu gehen, wird leider nicht gesagt. So bleibt man im Dunkeln darüber, ob die Arbeiterschaft nach den Forderungen des Deutschen Vereins etwa wieder die Entmündigung auf dem Gebiet der Armenpflege und Jugendfürsorge zu erwarten hat. Unausgesprochen hätte eine so wichtige Forderung wie die Mitwirkung der Arbeiterklasse und Elternschaft, bestand sie, nicht bleiben können. Man hört noch nicht, ob die Arbeiterklasse das Recht der Mitwirkung in Beiräten (in den vielfach als Kontrollorganen so unangenehm empfundenen Beiräten), das ihr zuerst bei der Hinterbliebenenfürsorge eingeräumt wurde, wieder verlieren soll. Da die ehrenamtliche Mitarbeit des Arbeiters, der Arbeiterfrau mit Opfern an Arbeitsverdienst und anderen für den Arbeiter erheblichen materiellen Opfern verbunden ist, die sich nur ein Teil der Arbeiterklasse gestatten kann, ist diese Mitarbeit von vornherein einer bestimmten Beschränkung unterworfen. Eine weitere Beschränkung der Möglichkeit an der Heilung der Schäden mitzuwirken, unter denen die Arbeiterklasse selbst am meisten leidet: Kinderelend, Altersnot, Wohnungsjammer, Tuberkulose, Alkoholismus, würde sich zu einem Verhängnis für die Arbeiter gestalten, denn sie würde sie in ihren hilfsbedürftigen Gliedern von dem guten Willen oder bösen Nichtwollen, dem Gewähren oder Versagen anderer abhängig, sie zu Kostgängern machen, sie korrumpieren. Den Genossen und Genossinnen, die am Aufbau und am Ausbau der heutigen Fürsorge mitgewirkt haben, liegt es ob dieses erste Recht der Arbeiterschaft, das Recht der Hilfe für die im Wirtschafts- und Lebenskampf geschädigten, vom Untergang bedrohten eigenen Klassengenossen, als das ihre zu verteidigen. Den Vertretern bei der Fürsorge der Gemeinden und Gemeindeverbände fällt hier noch eine besondere Aufgabe zu. Von ihnen sind möglichst bald Vor-

schläge für den angekündigten Abbau bei den örtlichen Instanzen zu machen, denn die Genossen im Reichstag und in den Landtagen werden infolge der Ausschaltung des Parlaments durch das Ermächtigungsgesetz verhindert sein ihren Einfluß entsprechend geltend zu machen. Es muß noch hinzugefügt werden, daß natürlich mit dem Hineinströmen des proletarischen Elements in die bisher rein bürgerliche Fürsorge eine Kritik an den selbst in den eigenen Reihen des Bürgertums vielfach als verknöchert, überlebt, verrostet usw. bezeichneten Einrichtungen verbunden war, so daß manche der Betroffenen diese proletarische Mitwirkung fürchteten, ihre Beibehaltung daher nicht wünschten. Es ist begreiflich, daß gewisse Methoden der Fürsorge wie der Ausbildung der Fürsorgekräfte sich unter der sachlichen Beanstandung der Neuhinzugekommenen nicht mehr halten lassen, und es hat bisher schon manche Umstellung gegeben. Dennoch bedeutet dies alles erst den Anfang.

Die Arbeiterklasse hat gelernt, daß Fürsorge durch eigene Mitarbeit etwas ganz anderes als Wohltätigkeit sein kann und werden muß. Die Arbeiterklasse wird dies menschlichste Recht zu verteidigen haben. Ihre verantwortungsfreudige Mitarbeit in einem Augenblick so brennender Not auszuschließen käme einem Verbrechen gleich.

GEORG STERN · ZUR MUSIKGESCHICHTLICHEN STELLUNG MAX REGERS

REGERS musikalische Persönlichkeit ist hier bereits zweimal von mir ausführlich gewürdigt worden¹, das letztmal unmittelbar nach seinem frühzeitigen Tod. Nun sind 7 Jahre hingegangen, in denen sein Werk weiterwirkte, ohne ihn, der der mächtigste Interpret und Propagator seiner eigenen Kunst war. Die Leidenschaftlichkeit in der Stellungnahme für und wider ist stets gegen den Mitlebenden am stärksten; die flüchtige Tageskritik, die nach einmaligem Hören seiner neuen Werke ihr absprechendes Urteil fertigt hatte, gebärdet sich heute, als hätte sie nie mit ihrer Anerkennung hinterm Berge gehalten und nennt sein Werk den gesicherten Besitz der deutschen Kunst. Seine Freunde haben sich zu Max Reger-Gesellschaften zusammengeschlossen, deren jüngste Ortsgruppe kürzlich in Berlin ins Leben getreten ist. Diese Gesellschaften machen keine lärmende Propaganda sondern sind mehr ein stiller Zusammenschluß künstlerisch Gleichgesinnter, die Aufführungen Regerscher Werke unterstützen wollen. Die Literatur um Reger hat sich wesentlich erweitert, und über sie ist mehrfach in der Musikrundschau der Sozialistischen Monatshefte berichtet worden; zu erwähnen wäre noch die Biographie der Jugendjahre Regers, ein Buch von wohlwunder Wärme, das Adalbert Lindner, der Lehrer und Freund Regers, schrieb.² Am wichtigsten für die musikalische Beurteilung Regers scheint mir indes ein Buch Ernst Kurths zu sein, wenngleich es sich mit Reger selbst nur ganz nebenher befaßt; aber die Perspektiven, die sich aus diesem speziell dem Stil Bachs gewidmeten Werk³ für die Auffassung und Gruppierung der musikalischen Entwicklung ergeben, sind so außerordentlich weittragend, daß sie gleichzeitig die musikhistorische

1) Siehe *Stern Die Kunst Max Regers und Max Reger*, in den Sozialistischen Monatsheften 1910 I Seite 46 ff. und 1916 II Seite 551 ff.

2) Siehe *Lindner Max Reger, ein Bild seines Jugendlebens und künstlerischen Werdens* / Stuttgart 1922/.

3) Siehe *Kurth Grundlagen des linearen Kontrapunkts, Einführung in Stil und Technik von Bachs melodischer Polyphonie* / Bern 1917/.

Stellung Regers in voller Schärfe beleuchten. Nicht daß sich für die Auffassung dieser Stellung nun ein ganz neues Resultat ergäbe. Aber was man gefühlsmäßig wußte: die starke Verwandtschaft des Regerschen und des Bachschen Stils, dafür wird in Kurths Buch gleichsam das Werkzeug geschmiedet, mit dem man das Problem dieser Verwandtschaft anpacken kann. Mir scheinen die musikhistorischen Ideen Kurths so gut fundiert und so fruchtbar zu sein, daß ich mir ein Wiedergeben wichtiger Stellen seines Buches mit seinen eigenen Worten nicht versagen möchte.

Kurth geht von einem Begriff der Melodie aus, der viel weiter gespannt ist als in der üblichen Auffassung. Was im allgemeinen Sprachgebrauch als Melodie bezeichnet wird, stammt aus der sogenannten klassischen Periode der Musik, die mit Haydn beginnt, und pflegt mit der Vorstellung von liedmäßig gebauter und sangbarer Ausdrucksmelodie verknüpft zu sein, in der sich 2, 4 oder 8 Takte in gleichmäßiger rhythmischer Akzentuierung zusammenschließen; der Charakter der klassischen Melodik wurzelt in dem zur stärksten Auswirkung gediehenen lebensvollen Grundgefühl rhythmischer Kraft. Die Schärfe der Akzentuierung im Klassizismus durchschneidet die melodische Energie und bewirkt die konstante Unterbrechung des linearen Bewegungszugs durch regelmäßige, rhythmische Einkerbungen. Unter diesen Begriff läßt sich die Bachsche Melodik nicht subsummieren, sie stellt ein ganz anderes Formgebilde dar. Auch bei Bach kommen periodisierte Bildungen vor, besonders in Kunstformen, die in Anlehnung an Volksmusik und Tanzformen gehalten sind. Aber bei ihm sind auch an solchen Stellen die periodenartigen Ebenmaße nur äußere, formale Rundungen, nicht tiefstes und erstes Formprinzip wie bei der liedmäßigen Melodik der Klassiker. Die melodische Linie bei Bach und seinen Vorgängern ist Bewegung, strömende Kraft, eine nicht in rhythmischer Periodizität eingeengte Bewegung sondern eine ungebundene Entwicklung über Steigerungen und Entspannungen, in wechselnden Wellungen und Bewegungsauswirkungen, in Kurven von mannigfaltigster Ausdehnung; in den ungemessenen Erstreckungen ihrer über alle äußerliche Symmetrie hinwegtragenden Formungskraft birgt sie einen Zug ins Unbegrenzte, Mystische. Die berühmte Stelle aus der Chromatischen Phantasie mit ihrer gleichmäßigen Zweiunddreißigstelbewegung, mit ihrer ungeheuren Spannungsentwicklung des aufwärtswirbelnden Schwungs, der einen Raum von 3 Oktaven durchmißt und gerade mit seinen Gipfelungen auf keine rhythmisch stark hervortretende Taktstelle fällt, ist ein typisches Beispiel der ältern, rhythmisch freiern melodischen Kunst. Diese Melodieform leitet sich historisch aus dem Gregorianischen Choral ab. In den Jubilationen, den frei melismatischen Bildungen von tief ekstatischem, ungehemmtem Ausdruck, die sich am Schluß der altkirchlichen hymnischen Gesänge auf der letzten Silbe des Textes auf vokaler Unterlage aufbauen, löst sich der Gesang vom Textmetrum und der Bindung an das Wort, um sich in der Ausdruckskraft des Melodischen zu verlieren. Im vokalen Satz ist die melodische Formung durch die Rücksicht auf die geringen Stimmumfangs und die Schwebbeweglichkeit der Singstimmen, im Vergleich zu den Instrumenten, in verhältnismäßig enge Grenzen verwiesen. Erst die Durchbildung des Instrumentalstils im 17. Jahrhundert ergibt die volle Blüte der Melodie des polyphonen Stils.

Dem scharfen Unterschied in der Melodik der ältern und der klassischen Musik entspricht eine ganz verschiedene Entwicklung der Mehrstimmigkeit.

Als man in der abendländischen Musik zum erstenmal daran ging die Grundzüge einer mehrstimmigen Schreibweise zu finden, lag diesen Versuchen das Streben zugrunde die in den Normen des Gregorianischen Gesangs gehaltenen Melodien gleichzeitig erklingen zu lassen und sie ohne Rücksicht auf die Zusammenklangwirkungen aufzufassen. Man nennt diese Art des Hörens der Mehrstimmigkeit das horizontale Hören, im Gegensatz zum vertikalen, das die in der Ebene des Notenpapiers übereinanderliegenden Stimmen zusammenzufassen sucht. Im 12. Jahrhundert beginnt man einer gegebenen Stimme, dem Cantus firmus, der im Tenor lag, mehrere, frei in Melismen improvisierende Stimmen entgegenzusetzen, wobei die melodische Entfaltung der zugesetzten Stimmen noch recht dürftig blieb. Die Niederländer des 14., 15. und 16. Jahrhunderts erfinden dann die imitatorische Schreibweise, in der die Stimmen sukzessive zum Cantus firmus hinzugesetzt werden, mit Imitationen, Verkleinerungen und Umkehrungen; die Ausspinnung der einzelnen Stimmen überwiegt zweifellos gegenüber den vertikalakkordlichen Eindrücken. Bei Orlandus Lassus und Palestrina ist die fugierte Führung der Stimmen fast nur beim sukzessiven Einsatz, und damit die Gleichberechtigung der Stimmen nur äußerlich gewahrt. Die melodische Führung der einzelnen Stimmen wird immer stärker durch das Harmonische bestimmt, der Schwung linearer melodischer Formung erlahmt, der Reiz der harmonischen Klangfolgen beeinflusst die Führung der Linienzüge, die akkordliche Farbenpracht, die in ihrer jungen ersten Frische aufleuchtet, wird vorangestellt. Die führende Stimme wird der Sopran, die Mittelstimmen werden durch harmonische Wirkungen aufgesogen, der Baß zeigt das Ausreifen harmonischer (vertikaler) Satzanlage, hat die charakteristischen Intervallsprünge des Harmoniebasses. Am schärfsten prägt sich diese Satzanlage im 17. Jahrhundert mit dem Aufkommen der Generalbaßnotation aus. Neben der melodieführenden Linie wird nur noch die fortlaufende Baßlinie notiert, und die darüber gedachten Harmonien werden durch Bezifferung angedeutet. Aber gleichzeitig gewinnt das alte Prinzip einer linear, das heißt horizontal gerichteten Satzstruktur neue Nahrung durch das Aufblühen der Instrumentalmusik, hervorgerufen durch die rein technischen Bedingungen der Instrumente, ihrer über Umfang und Elastizität der Singstimmen hinausgehenden Beweglichkeit in den melodischen Bildungen, und führt damit zu einer viel reicheren melodischen Struktur. Diese zweifache Entwicklung findet in Bach ihren Höhepunkt. In ihm gelangt, gleichzeitig mit der höchsten Kraft harmonischer Konzeption, die Linientechnik zu ihrer vollen Reife. Diese Kunst verschwindet mit Bachs Tod und wird von den Stilelementen der harmonisch-homophonen Satzweise des Klassizismus überflutet; die klassische Melodie mit ihrer periodischen Akzentuierung und ihrem harmonischen Unterbau schlägt die Linienpolyphonie aus dem Feld. Einem allgemeinen Verständnis für Wesen, Technik und Stil der polyphonen Linie wie der Polyphonie überhaupt steht unsere einseitige Schulung und Gewöhnung an den klassischen Stil in der Musik hemmend im Weg. Dem musikalischen Unterricht wird meist ein enger Abschnitt aus der Musikentwicklung zugrunde gelegt, der etwa mit Haydn beginnt und über die Anfänge der Romantik hinaufreicht, während die Pflege der polyphonen Musik Bachs meist recht äußerlich, und ohne seinem Stil gerecht zu werden, betrieben wird. Damit wird eine Vorstellung von Wesen und Kunst der Melodie und der Polyphonie eingepflegt, in der heute das Empfinden von Laien und Fachmusikern steckt.

Diese Ausführungen Kurths geben uns ein klares Bild über die Stellung, die Max Reger in der Musikgeschichte einnimmt, und beleuchten die Schwierigkeiten, die dem Verständnis seines Werks notwendig entgegenstehen. Es ist kein Zufall, daß die Notenbeispiele Kurths, mit denen die lineare Melodie belegt werden soll, aus der modernen Musik nur Regerschen Werken entnommen sind. Kurth schreibt selbst: »Die von Reger und seinem Wirken ausgehende durchgreifendere Rückwendung zu Bach ist eine Bewegung, die heute ihre schwersten Hemmnisse findet.« Nun muß man sich diese Rückwendung nicht als aus theoretischer Erkenntnis entstanden vorstellen. Sie liegt vielmehr in der musikalischen Persönlichkeit Regers tief begründet. In ihm ist wieder jene Fähigkeit erneuert linear polyphon zu schaffen; deshalb sind seine Fugen zum erstenmal seit Bachs Tod wieder keine Schulgebilde sondern persönlichster Ausdruck und natürliche Sprache. Bei ihm wird der mehrstimmige Satz wieder von der Kraft der Linienmelodie getragen, und was horizontal von ihm gedacht ist, müssen wir uns abgewöhnen in erster Reihe vertikal zu hören. Seine Linienzüge vermögen sich wieder in gleichzeitiger Entfaltung zu durchdringen und ungehindert durch Rücksichten auf Zusammenklangerscheinungen durchzusetzen. Reger war nach Bach der erste, der lebenskräftige Werke für ein Saiteninstrument, wie seine vielen Sonaten für 1 Violine oder 1 Bratsche oder 1 Cello, schreiben konnte, weil seine Linearmelodie nicht des harmonischen Unterbaus bedurfte sondern sich selbst trug, wie die Melodie Bachs. Oft ist seiner Musik der Vorwurf gemacht worden, daß sie der rhythmischen Schärfe entbehre, die wir von Beethoven oder Brahms her gewohnt sind; wir erinnern uns aus den Ausführungen Kurths, daß die scharfe periodische Akzentuierung eine Eigenart der klassischen Melodiebildung ist, im Gegensatz zur Melodie der polyphonen Periode. Auch die Melodiebildung in den Sätzen der Regerschen Kammermusikwerke, die nicht in alten Formen geschrieben sind, hat nicht die periodische Gliederung, die noch den Themen Brahms, des letzten großen Vertreters der klassischen Schreibweise, eigen ist. Solchen Themen Regers ist häufig die polyphone Linie immanent, die dann deutlich zum Vorschein kommt, wenn das Thema zum Fugato umgebogen wird; solche fugierten Stellen sind in seinen Kammermusik- und Orchesterwerken häufig und ganz anders mit dem Ganzen verwachsen als in der Kammermusik 1er klassischen Epoche. Gerade diese Art der Melodiebildung bei Reger, die in ihren Zäsuren keineswegs mit den Taktstrichen übereinstimmt, ohne dabei synkopisch zu sein, erschwert sein Verständnis bei den Hörern, die in klassischer Schulung aufgewachsen sind. Man höre einmal in einem Kammermusikkonzert ein Regersches Quartett mit seiner freien rhythmischen Melodiebildung und danach ein Mozartsches mit seiner straffen Periodizität, dann wird der Unterschied der Stilart besonders sinnfällig. Der Reiz, den heute für klassisch geschulte Hörer Reger ausübt, liegt einseitig auf dem Gebiet seiner blühenden Harmonik; seine Melodiebildung, seine horizontale Linie wird kaum erfaßt.

Die Melodik Wagners ist die Fortbildung der klassischen Melodik. Das Streben die klassische Gruppierungstechnik zu überwinden ist deutlich, aber besonders in älteren Werken zeigt sich eine mehr äußerliche Vermeidung der Technik der Gruppierung, die trotz Trugschlüssen und Verkettung der einzelnen Abschnitte unschwer die klassische Formgebung durchblicken läßt. Die Ausspinnungstechnik der Tristanmelodik, in der Wagner sich am meisten von klassischen Vorbildern frei gemacht hat, ist persönlich-leidenschaftliche

Ausdruckskunst und hat mit der Bachschen Melodielinie nichts zu tun. Auch die an Wagner anschließende Richtung, deren Hauptrepräsentant Richard Strauß ist, steigert im wesentlichen nur die klanglichen Wirkungen und den Reichtum der harmonischen Modulation in einem Satz, der trotz aller Komplikation doch im wesentlichen homophoner Natur ist.

So wie in Bach gleichzeitig die harmonische und die polyphone Kunst der Zeit vor ihm gipfelte, so ist auch der Glanz des klassischen harmonischen Satzes von den Anfängen jener Periode bis zu Wagner und Brahms in Reger zu wundervoller Klangsättigung und weitausgreifender Modulation gesteigert. Diese Seite Regers findet bei den Hörern Verständnis und Anerkennung. Seine polyphone Linie aber hat keinen Zusammenhang mit der jüngst verflorenen Kunstrichtung sondern knüpft an einen Faden an, der vor mehr als 150 Jahren, mit Bachs Tod, jäh abgerissen wurde. Daß bei aller Stilverwandtschaft ganz andere musikalische Gebilde zustande kommen als bei Bach, ist bei der ungeheuren Bereicherung, die die klassische Schule in der Harmonik geschaffen hat, natürlich. So ist in Reger eine Synthese zweier zeitlich weit auseinanderliegenden Stilformen entstanden, bei stärkerer Betonung der alten polyphonen Schreibweise. Diese Seite seiner Kunst trat auch in Regers Klavierspiel und in seiner Art zu dirigieren stark hervor, und Kurth meint, daß die vielfache Verkennung Regers als Dirigent zum größten Teil darauf zurückgeht, daß seine mehr auf polyphone Entwicklung ausgehende Art der Orchesterführung solche Momente vermissen ließ, die der heute den Konzertsaal beherrschenden, mehr dem klassischen Symphoniestil entsprechenden Direktionsweise angehören.

Bachs Zeit war religiös stark bewegt, die Kunst der vorklassischen Epoche war vorwiegend religiöse Kunst; das gab der Polyphonie einen Grundzug, der nach dem Übersinnlichen gerichtet ist. In der klassischen Kunst überwiegt die Freude am sinnlich Schönen in der symmetrischen Gruppierung der Melodik und den satten Farben der akkordlich-klanglichen Wirkungen. Daß in Reger wieder die alte Stilform entstand, liegt wohl in seiner stark religiös gerichteten Persönlichkeit begründet; seine Religiosität war nicht gläubige Frömmigkeit sondern ein Ringen mit dem, was er über sich fühlte. Ich habe nach seinem Tod eine Äußerung berichtet, die er über das Largo aus seinem Sextett zu mir getan hat: »Das ist mein Gespräch mit dem lieben Gott.« So spricht kein in gläubiger Eintracht Beruhigter zu seinem Gott, sondern ein innerlich Aufgewühlter, schwer Ringender. Und wieder aus dem Erleben des Unendlichen fließt Regers polyphone Linie, wie damals um die Wende des 18. Jahrhunderts. Liegt es wirklich so, daß in unserer Zeit nach dem Abklingen des Rationalismus und Materialismus, wie manche Anzeichen es zu deuten gestatten, wieder ein Zug nach dem Übersinnlichen anhebt, dann wird Regers Werk in unserm Zeitalter seinen vollen Wiederhall finden, und auf dem Weg, den er eingeschlagen hat, wird dann die musikalische Kunst der Zukunft gehen.

Nach Regers Tod ist in der modernen Musik eine Richtung aufgetaucht, die mit dem Wort atonal bezeichnet wird. Zweifellos sind die stärksten modernen Talente Vertreter dieser Richtung. Für sie ist charakteristisch das Aufgeben der Klangfülle des modernen Orchesters; das alte Kammerorchester mit einfacher Besetzung der Blasinstrumente wird wieder belebt, die individuelle Wirkung des Einzelinstruments wird stärker betont. Die harmo-

nische, klangliche Wirkung wird beinahe ängstlich vermieden, die einzelnen Stimmen bewegen sich gleichzeitig scharf dissonierend in verschiedenen Tonarten; so steht in Hindemiths Nachtstück für Klavier die Melodie im Diskant in F-Dur, während die begleitende Stimme sich in Fis-Dur bewegt. Dadurch wird das horizontale Hören der einzelnen Stimmen natürlich verstärkt, und man muß dabei vom vertikalen Zusammenklang eigentlich absehen, der ungewohnt und für den klassisch Geschulten störend ist. Hier ist also in gewissem Sinn in der Richtung weitergegangen, die Reger eingeschlagen hat. Aber gegen die Atonalität hätte er sich entschieden gewehrt. In orientalischer Musik finden sich der Atonalität verwandte Bildungen, und Reger wurde einmal aufgefordert sich die im Berliner Psychologischen Institut gesammelten Phonogramme derartiger Musik anzuhören. Das lehnte er ab; er sei mit seinem ganzen musikalischen Denken so stark im Dreiklang (dem Urbild der Tonalität) verwurzelt, daß er solche Musik nicht hören wolle. Dabei ist der Umkreis des tonalen Gefüges bei Reger gewaltig erweitert, und gerade das bedingt seinen harmonischen Reichtum. Was uns zuerst neu und fremdartig in seiner Modulation berührte, war für Reger immer fest im Tonalen gegründet; er hatte dafür den merkwürdigen Ausdruck, daß seine Modulation »streng logisch« sei.

Die atonale Musikrichtung ist wohl noch in ihren Anfängen und übertreibt vielleicht ihre Prinzipien, wie es bei neuen Anläufen natürlich ist. Verwandte Züge, die auf Reger zurückweisen, sind vorhanden, doch sehe ich in ihr noch keine Persönlichkeit von ähnlicher Bedeutung und keine Andeutung einer dem Übersinnlichen zugewandten Richtung. Damit soll über die Möglichkeiten der atonalen Musik nichts ausgesagt sein. Denn was wir bis jetzt in ihr vermissen, kann die Folge in überraschender Weise bringen, und man soll immer an das Neue glauben, in dem ein Schaffenswille sich ausdrückt. Einstweilen aber ist es so, daß die Kunst Regers mehr der Zukunft angehört als die seiner Nachfolger.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Julius Kaliski

Beamtenabbau Notwendigkeiten müssen erfüllt werden. Erfüllungen lassen sich höchstens vertagen, aber nicht aufheben. Bei der Vertagung wachsen die Schwierigkeiten, wie jetzt wieder der nicht mehr länger zu vertagende Beamtenabbau in Deutschland erweist. Endlich hat die deutsche Regierung sich entschlossen durch die Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reiches vom 27. Oktober 1923 die längst fällige Aufgabe in Angriff zu nehmen. Der Personalkörper der gesamten Reichsverwaltung soll um ein Viertel vermindert werden. Zunächst ist die sofort zu erfolgende Verabschiedung aller über 65 Jahre alten Beamten in Aussicht genommen; darüber hinaus soll mit der Verabschie-

dung der Beamten bis zu 58 Jahren begonnen werden. Um den älteren Beamten den Abgang zu erleichtern, wird ihnen zugestanden, daß sie ihre Veretzung in den Ruhestand beantragen können, ohne ihre Dienstunfähigkeit nachzuweisen, wenn sie 10 Jahre im Dienst gewesen sind. Lebenslänglich angestellte Beamte, die freiwillig vorzeitig ausscheiden, können einen freien Beruf ergreifen, ohne daß dadurch ihre Pensionsberechtigung beeinträchtigt wird. Sie können auch eine Abfindungssumme verlangen. Jeder andere Beamte, der freiwillig geht, kann sich die Pensionierung bei späterer Invalidität vorbehalten. Er erhält zunächst eine Abfindung, doch fällt die Pension fort. Die Beamtenanwärter sollen alle grundsätzlich entlassen werden, ebenso die gesamten Staatsangestellten. Zugleich wurde die Neueinstellung von Beamten verboten.

Das sind im großen und ganzen die Grundzüge der Verordnung über den Beamtenabbau im Reich, gegen die sich sofort ein Proteststurm der Beamten und Angestellten erhoben hat. Das war nicht anders zu erwarten, legt aber die Frage nahe, warum die Beamten und Staatsangestellten nicht mit annähernd dem gleichen Eifer ihrerseits an Vorschlägen für eine Um- und Neugestaltung der Verwaltung gearbeitet haben. Hätten sie dies getan, so wären die jetzt unumgänglich erforderlichen Eingriffe zu vermeiden gewesen. Die Hauptschuld und Verantwortung ruht natürlich auf den Regierungen, die ungeheure Beamtenheere aufstellten, in dem Wahn, sie könnten mit Hilfe der Notenpresse unterhalten werden. Unter den vielen Stimmen lauten Protestes gegen den vorgeschienen Beamtenabbau finden sich leider nur sehr vereinzelt auch solche, die für eine sachliche Änderung der Beamtenzustände eintreten, deren Unerträglichkeit wohl kein denkender Mensch zu bestreiten vermag. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß zu beantragen: »1. Die Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reiches (Personalabbauverordnung) vom 27. Oktober 1923 ist sofort aufzuheben. 2. Die Reichsregierung ist zu ersuchen dem Reichstag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes betreffend Herabminderung der Ausgaben des Reiches vorzulegen.« Die Fraktion ist der Ansicht, daß Ersparnisse in den Ausgaben des Reichs wohl notwendig seien, jedoch nicht nur auf personellem sondern auch auf sachlichem Gebiet. Sie erwartet weiter eine wirtschaftlichere Gestaltung des Reichsapparats von einer durchgreifenden Reorganisierung der Behörden. Der Personalabbau könne nur als ein Teil eines allgemeinen Sanierungsplans unserer Finanzen durchgeführt werden, über den ebenfalls bisher nichts bekannt geworden sei.

Gewiß ist mit der Verordnung über den Beamtenabbau auch für den Fall, daß mit ihrer Durchführung voller Ernst gemacht wird, noch keineswegs die Frage vollständig gelöst. Es bleibt übrig den Reichsapparat wirtschaftlich zu gestalten. Aber es geht nicht an jetzt den Beamtenabbau vertagen zu wollen, bis man mit der vollständigen Lösung im reinen ist. Das liefe auf Unterbindung der an sich unbedingt notwendigen Verminderung der Beamtenzahl hinaus. In ähnlichen Gedankengängen wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ergeht sich auch der Reichsverkehrs-

minister Oeser, der bei zahlreichen Gelegenheiten, und auch jetzt wieder, erklärt hat, die Einschränkung des Personals der Reichseisenbahn sei von sekundärer Bedeutung; erst komme die Rationalisierung des Betriebs. Nach allen Erfahrungen darf man sagen, daß sich hinter dieser Wendung nichts weiter als die Angst vor dem Abbau verbirgt; die Rationalisierung kann eben nur mit der Verringerung des Personals beginnen, ganz besonders, wenn man die starken Einschränkungen im Personenverkehr und den Rückgang des Güterverkehrs um rund die Hälfte gegen das vorige Jahr berücksichtigt. Die Linke sollte sich bewußt sein, daß ein Versagen in der Durchführung des Beamtenabbaus der sicherste Weg ist der Rechten die Herrschaft im Reich zu übertragen, da man ihr allein die nötige Autorität zu traut (die sie wohl auch besäße) die Beamteninteressen grundsätzlich dem Staatswohl unterzuordnen; die Deutschenationalen würden aus Selbsterhaltungstrieb mit aller gebotenen Rücksichtslosigkeit zu den Maßnahmen schreiten, auf die die Linke nicht verzichten darf, wenn sie nicht absoluten Notwendigkeiten ausweichen will. Ein Beamtenabbau in großem Maßstab, die unbedingte Voraussetzung jeder Balancierung des Etats und damit der Stabilisierung der deutschen Währung, wird nicht nur unmittelbar eine erhebliche Verminderung der Unkosten bringen, die Einschränkung des Beamten- und Angestelltenkörpers wird auch die Leistung der gesamten Verwaltung produktiver gestalten. Und dessen bedarf unsere gesamte staatliche und kommunale Verwaltung, die jetzt zu einem großen Teil leerläuft, vor allem. Die vom Reich, von den Ländern und von den Gemeinden Beschäftigten, gleichviel, ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter, bekunden eine sehr geringe ökonomische Einsicht in ihre eigene Klassenlage, wenn sie sich gegen die Verminderung ihrer Zahl sträuben. Ist diese Verminderung doch die einzige Möglichkeit denjenigen, die dann noch im Dienst verbleiben, eine wirkliche Lebensbasis zu geben, während sonst alle zusammen mit dem ganzen Staatswesen dem Untergang verfallen. Die Beamten sollten also, statt nutzlose Proteste in die Welt zu setzen, lieber selber ein System einer durchgreifenden und schnellen Reduktion des gesamten Angestelltenkörpers entwerfen und durchführen. Auch die Ausscheidenden werden es besser haben, wenn sie zu einer neuen, produktiven Beschäftigung übergehen.

Welcher Art diese sein könnte, ist hier mehrfach dargelegt worden, und man braucht bloß an den Plan Le Trocquer zu erinnern, der bis jetzt in Deutschland konsequent ignoriert wurde, um zu erkennen, wie sehr die jetzt überzähligen Kräfte im Interesse des Deutschen Reichs und seines Wiederaufstiegs zu arbeiten vermöchten.

Rußland Mit der zunehmenden Auflösung des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens

in Deutschland tritt bei den russischen Bolschewisten lebhafter das Bestreben hervor zur Stärkung ihres Prestiges die Leistungen des bolschewistischen Regimes in günstigem Licht erscheinen zu lassen. Dabei kommt ihnen zugute, daß weite deutsche Kreise geneigt sind ihnen zu glauben, im wesentlichen aus den selben Gefühlen heraus, die die deutsche Politik einst in Brest Litowsk bestimmte. Diese bolschewistische Propaganda wird vielfach auch durch Berichte deutscher Besucher Rußlands gefördert; doch muß daran erinnert werden, daß diese Urteile von Ausflüglern zumeist auf Wahrnehmungen beruhen, die in einer gewissen Umgebung Moskaus oder Petersburgs gemacht wurden, und daß diesen Besuchern in der Regel jede Voraussetzung für eine ernsthafte Bewertung wirtschaftlicher Zusammenhänge und technischer Vorgänge, meistens sogar schon die Kenntnis der Sprache fehlt. Bestimmend für die Eindrücke, die deutsche Reisende in den russischen Zentren der bolschewistischen Herrschaft gewinnen, ist die relative Besserung der Ernährungsverhältnisse, ganz besonders im Vergleich zu den deutschen Zuständen. Diese Besserung der Nahrungsmittelversorgung in den Städten ist die Folge des Fortfalls der als "kommunistisch" deklarierten Zwangspolitik, die nach den Aufrührerbewegungen im Winter 1920-1921 der "neuen ökonomischen Politik" (in der jetzt modischen Abkürzungsmanie Nep genannt) weichen mußte. Noch im Dezember 1920 bestand Lenin auf dem 8. Rätekongreß unbedingt auf Beibehaltung der Zwangspolitik: Die Gesamtindustrie sollte nationalisiert, der Privathandel verboten bleiben. Die Bauernschaft war verpflichtet, mit Ausnahme des von der Regierung festgesetzten und für die Ernährung der Bauern notwendigen Quantums, die ganze Ernte dem Staat abzuliefern. Nach den schon erwähnten Aufständen in vielen Gebieten Rußlands, vor allem im Südosten, und der Erhebung in Kronstadt Anfang 1921

kam der Übergang zum Nepweg, den Lenin am 15. März 1921 auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei mit der selben Entschiedenheit begründete, mit der er wenige Wochen vorher das Gegenteil als Grundlage des kommunistischen Aufbaus gefordert hatte. Für die *Landwirtschaft* brachte die Nepmethode insofern eine grundlegende Änderung, als nun nur bestimmte Abgaben in Naturalien zu entrichten waren, der Rest also dem Bauern zu freier Verfügung blieb. Im Verein mit der Ernte von 1922, die besser ausfiel als die der Vorjahre, ergab sich dadurch ein verstärktes Angebot von Nahrungsmitteln, sowohl von den bäuerlichen Produzenten selbst als auch von den staatlichen Verwaltungen, die das als Abgabe erhobene Getreide besonders in den wenigen Großstädten verkauften. So wurde ein recht beträchtlicher Preisdruck herbeigeführt. Für den Bauern wurde und wird der Antrieb zum Verkauf durch den Umstand verschärft, daß die Preise für alle von ihm gebrauchten Industrieprodukte sich in ungeheuerlichen Höhen bewegen. Indes, trotz jener Änderung in der Behandlung der Landwirtschaft hat der Umfang des in landwirtschaftliche Bearbeitung genommenen Arealis in den Jahren 1921 und 1922 nicht zu- sondern weiter abgenommen. Nach dem Bericht des Volkskommissariats für Landwirtschaft wurden im Jahr 1913 87,4 Millionen Deßjatinen bebaut, im Jahr 1916 79,2, im Jahr 1920 62,3, im Jahr 1921 54,9, im Jahr 1922 49,2 Millionen Deßjatinen. Durch die neue Politik wurde nach der eben skizzierten Stellung der Landwirtschaft der innere *Handel* in Rußland freigegeben, ebenso wurden die handwerksmäßigen Betriebe freigestellt, während der Außenhandel und die Großindustrie monopolisiert blieben. Die Führung der Geschäfte der monopolisierten Unternehmungen kam in die Hand der Trusts oder ausnahmsweise gemischter Gesellschaften, in denen neben der neuen Bourgeoisie Vertreter der bolschewistischen Oligarchie sitzen. Mit der Monopolisierung des Außenhandels und der Großindustrie gewann die bolschewistische Regierung die Möglichkeit die Preise der Industrieprodukte auf dem innern Markt zu beeinflussen; sie macht von dieser Möglichkeit einen sehr ausgedehnten Gebrauch, denn die Produktionskosten übersteigen vielfach die geforderten Preise, und diese Preise sind häufig um ein Mehrfaches höher als die der entsprechenden ausländischen Produkte. Die *Industrie* im bolsche-

wistischen Rußland erhält bis heute finanzielle Unterstützungen aus der Staatskasse, außerdem verzehrt sie immer noch die einst riesigen Bestände der alten russischen Industrie, die die bolschewistische Verwaltung aus der Nationalisierung erhalten hat. Bei alledem sind Umfang und Wert der Produktion, die unter bolschewistischer Diktatur bis nahe an den Nullpunkt gekommen waren, kaum erhöht worden. Nach den Angaben des Chefs der Zentralen Statistischen Verwaltung Popow stellte sich der Wert der Gesamtproduktion der ganzen russischen Industrie in den territorialen Grenzen des heutigen "Sowjetrußlands" im Jahr 1912 auf 6059,2 Millionen Goldrubel (100,0 %), im Jahr 1920 auf 835,8 (13,8 %), im Jahr 1921 auf 870,0 (14,4 %), im Jahr 1922 auf 969,5 Millionen Goldrubel (16,0 %). Die Industriearbeiterschaft ist dezimiert worden. Ihre Zahl betrug Anfang 1922 nur noch 46 % ihrer Zahl von Ende 1918; wobei zu berücksichtigen ist, daß schon seit Ende 1917 die Industriearbeiterschaft so erheblich zusammengeschnitten war, daß schon damals massenhaft Betriebe stillgelegt waren. Auch nach der Durchführung des Nepsystems ist die russische Industrie in Wirklichkeit mit jedem Monat ärmer geworden; die Substanz wird aufgezehrt, die Maschinen werden nicht erneuert, die Rohstoffe schwinden. Unter der Etikettierung der Rationalisierung erfolgen immer wieder Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen, ohne daß in den weiter in Betrieb befindlichen Werken eine Leistungssteigerung eintritt. Die hohen Preise gehen, wie bereits erwähnt, sehr wesentlich über die Forderungen der ausländischen Konkurrenz hinaus, aber die Selbstkosten dürften sich noch viel höher stellen. Im Innern herrscht die Wirtschaftskrise in Permanenz, die fortdauernden und wachsenden Defizite aus der industriellen Wirtschaft werden durch Steuern gedeckt, die in der Hauptsache von der Bauernschaft aufgebracht werden müssen. Die neue Politik hat teilweise die privatwirtschaftliche Initiative wiederhergestellt, ohne damit erhebliche Erfolge zu erzielen. Die Landwirtschaft wird gezwungen billig zu verkaufen; gleichzeitig aber hat sie für die Waren, die sie beziehen muß, unvergleichlich höhere Preise zu zahlen. Dieses Mißverhältnis legt der Bauernschaft je länger je mehr die Kosten der bolschewistischen Herrschaft auf. Die *Verkehrsinstitute* stehen im gleichen Zeichen wie die Industrie. Die Eisen-

bahnen verkehren in der Hauptsache nur auf den wichtigsten Linien, und auch dort nur in bescheidenstem Maß. Sie sowohl wie die Post werden durch die Zuschüsse erhalten, die wiederum aus der Landwirtschaft fließen. Von einem wirklichen *Schulwesen* kann in Rußland heute nicht gesprochen werden; die paar Schulen oder schulartigen Einrichtungen, die bestehen, sind überwiegend Objekte der Propaganda.

Die Bolschewisten rühmen sich gern, daß sie fähig seien ihre Systeme den jeweiligen Erfordernissen anzupassen. In Wirklichkeit schaffen sie nur neue Namen für Entwicklungen, die sich vollziehen, sehr gegen ihren Willen und ihre Absichten. Was sie in Rußland getrieben haben, hatte mit Sozialismus oder Kommunismus nie das geringste zu tun. Wenn sie jetzt durch ihre "neue" ökonomische Politik auch auf die von ihnen früher aus Propagandarücksichten so krampfhaft festgehaltene kommunistische Etikettierung verzichten, so geschieht dies, um durch die Beseitigung störender formaler Hindernisse die Wirtschaft Rußlands, soweit sie überhaupt noch schaffensfähig war, wieder etwas zu heben, damit die Lebensdauer des bolschewistischen Regimes verlängert werde. Daß man, um dies zu erreichen, nicht davor zurückschreckt die wichtigsten Werte des Landes dem ausländischen Kapital auszuliefern, versteht sich bei dem parasitären Charakter des ganzen bolschewistischen Systems von selbst. Aber eben dieser Charakter ist es, der die zuweilen in Westeuropa und namentlich in Deutschland geäußerte Hoffnung, es könnte sich aus dem bolschewistischen System nach Preisgabe aller "kommunistischen" Methoden ein lebensfähiges Wirtschaftssystem herausentwickeln, zuschanden macht. Der parasitäre Organismus ist zu eigenem Schaffen nicht fähig, er ist gezwungen alle Keime einer produktiven Politik zur eigenen Lebensfristung immer wieder sofort aufzuzehren. Wollte man aber einen ernsthaften Versuch machen dieses Parasitentum selber zu beseitigen, so schwände eben dadurch die Machtgrundlage für die Herrschaft der bolschewistischen Gewalthaber, womit sie dann zusammenstürzte. Diese Unmöglichkeit einer Gesundung des bolschewistischen Regimes von innen heraus muß man in Deutschland begreifen, um zu erkennen, was man sich von einer deutsch-bolschewistischen Zusammenarbeit, wie sie der Vertrag von Rapallo im Auge hatte, versprechen kann.

Totenliste

Am 18. Januar starb der frühere tschechoslowakische Eisenbahnminister im Beamtenkabinett *Cerny Wenzel Burger* an einem Schlaganfall, den er auf der Straße erlitt. Er war zuletzt Leiter der Elbdampfschiffahrtsgesellschaft.

Am 9. April starb in Berlin, 64 Jahre alt, *Max Gary*, der lange Jahre hindurch im Staatlichen Materialprüfungsamt Preußens gewirkt hat. Wir verdanken ihm eine Reihe neuer Methoden zur Prüfung der Baumaterialien, deren Eigenschaften er sein Leben lang eingehend studiert hat. In letzter Zeit beschäftigte er sich vorwiegend mit der Untersuchung der Ersatzbaustoffe.

Am 24. September starb einer der vorzüglichsten deutschen Eisenbahntechniker, *Gustav Wittfeld*, im Alter von 68 Jahren. Im frühern Preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten hatte er die Stellung eines Ministerialdirigenten inne; 1920 schied er aus der Zentralverwaltung der ehemaligen preußischen Staatsbahnen aus. Seine Arbeiten galten in erster Linie der Wärmewirtschaft und dem Betrieb elektrischer Bahnen. So hat er die Vorarbeiten für Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn geleistet.

Am 21. November starb in Berlin plötzlich der Reichsbankpräsident *Rudolf Havenstein*, im Alter von 66 Jahren. Vor Errichtung der Rentenbank richtete sich gegen ihn der Kampf aller Parteien und Kreise, die glaubten die Wege zu einer neuen Goldwährung im wesentlichen durch rechnerische und verwaltungstechnische Maßnahmen ebnet zu können. Havenstein hat in seiner Stellung die Politik des Reichs nicht bestimmt und nicht bestimmen können; die gegen ihn erhobenen Vorwürfe waren, wie bei früherer Gelegenheit hier dargelegt wurde, entweder unbegründet oder kamen gerade daher, daß er die Politik seiner Angreifer unterstützte. Spät erkannte Havenstein, dessen Sachlichkeit auch seine heftigsten Gegner nicht anzweifeln, die Gefahren der üblichen Diskontierung privater Wechsel für die Reichsbank bei raschem Gang der Geldentwertung; aber auch seine Kritiker waren nicht zu früherer Erkenntnis gelangt. Besondere Verdienste erwarb er sich in der Vorkriegszeit durch seine Arbeit zur Solidierung der Kreditwirtschaft der deutschen Großbanken. Für die Finanzierung des Ruhrabenteuers ist er nicht verantwortlich zu machen; sie wurde der Reichsbank durch die Reichsregierung aufzugenommen.

Kurze Chronik Nach einem Dekret des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten wurden die *elsässisch-lothringischen Bahnen* rückwirkend vom 1. Januar 1923 ab der französischen Eisenbahnregie unterstellt. Ihre Verwaltung wird durch einen besondern Obersten Eisenbahnrat besorgt. **◇** Das polnische Eisenbahnministerium hat im August dieses Jahres mit einem Konsortium einen Vertrag geschlossen, der für 5 Jahre ein *polnisches Luftverkehrsmonopol* auf den Strecken Lemberg-Czernowitz, Warschau-Posen (in der Richtung nach Berlin) und Warschau-Krakau (in der Richtung nach Budapest) schafft. Auch die Luftlinie Danzig-Warschau-Lemberg soll jenem Konsortium, an dessen Spitze Rauchowski und Wygard stehen, übertragen werden. **◇** Zum Präsidenten der Deutschen Rentenbank, von der die Stabilisierung der deutschen Währung ausgehen soll, wurde der ehemalige deutsche Finanzminister *August Lentze* bestimmt. **◇** Der Chef der Verwaltungsabteilungen im deutschen Verkehrsministerium *Karl Stieler* ist aus Gesundheitsrücksichten im November von seinem Posten zurückgetreten. Stieler hat sich große Verdienste um das deutsche Eisenbahnwesen erworben: zuerst bei den württembergischen Staatsbahnen, dann bei der Reichsbahn. Gerade sein Werk war die Überführung der deutschen Landeseisenbahnen in Reichsbesitz. Im Oktober 1922 nahm er an der internationalen Eisenbahnkonferenz in Paris teil, die ihn mit schönsten Hoffnungen für die europäische Zusammenarbeit erfüllte. »Möge nun« schrieb er damals »der gute Stern, der über der Pariser Konferenz waltete, auch die sachliche Arbeit des neuen Europäischen Eisenbahnvereins begleiten: zur Förderung des internationalen Verkehrs, im Interesse des Friedens und der Wirtschaft!« Die Pariser Konferenz war von einem ganz sachlichen und darum friedlichen Geist getragen, und es wurde dort selbstverständlich der deutschen Reichsbahnverwaltung die ihr entsprechende Stellung in der Leitung des Eisenbahnvereins eingeräumt. Die gemeineuropäische, insbesondere deutsch-französische Kooperation, die sich dort anbahnte, wurde dann durch den Ruhrkrieg wieder ganz weit zurückgeworfen. Das nahm wohl auch Stieler, der jetzt 60 Jahre alt ist und noch lange hätte wirken können, die rechte Schaffensfreude. Es ist Zeit, daß man das wieder zusammenknüpft, was man so sinnlos zerrissen hat.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Tagungen Im Dezember 1922 tagte im Haag eine internationale Frauenkonferenz, einberufen von der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit* und besichtigt von 111 Friedensorganisationen. Sie beschäftigte sich mit den Friedensverträgen, vor allem mit dem Versailler Vertrag, an dessen Stelle ein neuer Friede, von einem Weltkongreß ausgearbeitet, gesetzt werden soll. Wenn auch solche, rein theoretisch, ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Machtverhältnisse aufgestellten, Forderungen nicht von praktischer Bedeutung sind, so zeigte der Kongreß immerhin das Vorhandensein einer Friedensgesinnung, eines in allen Ländern verbreiteten Willens zu einer Gestaltung der Völkerbeziehungen in neuem Geist. Es konnte bemerkt werden, daß die Vertreterinnen der Länder, die im Krieg selbst unter feindlicher Besetzung gelitten hatten, die französischen und die belgischen Delegierten, ein besonderes Verständnis für die Leiden der besetzten Gebiete Deutschlands zeigten.

Mit den Fragen des Weltfriedens und des Völkerbundes beschäftigte sich unter anderen auch die Tagung des *Weltbundes für Frauenstimmrecht* in Rom im Mai 1923, der, über sein ursprüngliches Ziel hinausgehend, verschiedene Ausschüsse zur Bearbeitung allgemeiner Frauenfragen, Staatsangehörigkeit der Ehefrau, Sittlichkeitsfragen, Stellung von Mutter und Kind, Entlohnung der Frauennarbeit, eingesetzt hat. Eine Resolution wurde gefaßt, die es als Pflicht der Frauen aller Nationen erklärte auf freundschaftliche internationale Beziehungen hinzuwirken. Eine besondere Erklärung zu dieser Frage gab die französische Delegation ab, die betonte, daß die erste Verpflichtung jedes Menschen seinem eigenen Lande gelte, gleichzeitig aber Verständnis für die Vaterlandsiebe der anderen forderte, neben dem nationalen Patriotismus das Ideal eines internationalen Patriotismus der Liebe und der Menschlichkeit aufstellte.

In der ersten Maiwoche tagte in Wien ein *Weltkongreß der jüdischen Frauen*. 75 Delegierte aus 18 Ländern nahmen an dieser Tagung teil, die trotz starker antisemitischer Gegenagitiation erfolgreich verlief. Unter den Gästen befanden sich der frühere Präsident der österreichischen Republik Hainisch und seine Mutter, die bekannte Frauenrechtlerin Marianne Hainisch, die in einer Begrüßungsansprache den ausländischen Frauen den Dank für

ihre Mitwirkung zur Linderung der österreichischen Not aussprach. Der Oberrabbiner Chajes wies auf die Aufgabe des jüdischen Volkes hin das alte Land, Palästina, durch Neukolonisation wiederzugewinnen. In der Diskussion wurde auf die Notwendigkeit der nationalen Erziehung und der vom Staat zu erhaltenden jüdischen Schule hingewiesen. In einer Aussprache über den Mädchenhandel wandte sich Berta Pappenheim dagegen, daß von Antisemiten der Mädchenhandel als "jüdisches Gewerbe" bezeichnet werde, sie schilderte die Leiden der jüdischen Opfer der Mädchenhändler und machte Vorschläge zum Schutz der Mädchen, besonders in den Auswanderungshäfen.

Am 20. Mai fand in Hamburg vor dem internationalen Sozialistenkongreß eine *internationale sozialistische Frauenkonferenz* statt. Ein Versuch der englischen Genossinnen eine selbständige internationale Frauenorganisation zu schaffen fand keine Zustimmung. Da der Kongreß einen Antrag der Frauenkonferenz, daß eine Frau in das Internationale Bureau gewählt werden möge, die die besonderen Aufgaben der internationalen Frauenbewegung im Einvernehmen mit dem Internationalen Bureau wahrnehmen solle, ablehnte, wurde das Präsidium der Konferenz ermächtigt die Beziehungen zwischen den Organisationen der einzelnen Länder aufrechtzuerhalten. Die Konferenz faßte verschiedene Resolutionen, die auf Er kämpfung des Frauenwahlrechts, Ausbau des Mutter- und Kinderschutzes und Erziehung zur Friedensgesinnung hinzielten. In dieser letzten Frage tauchten jedoch Meinungsverschiedenheiten auf. Die österreichischen Delegierten verlangten eine Erziehung zur Wehrhaftigkeit, um die Jugend zu rüsten für den Kampf gegen die Konterrevolution; die Konferenz wollte aber ebenso wenig wie für die Streitigkeiten zwischen den Völkern für die Abwehr der faschistischen Gefahr die Jugend auf bewaffneten Kampf einstellen. In der Gleichheit vom 15. Juli 1923 begründet Therese Schlesinger-Eckstein in einem Aufsatz Erziehung zur Friedensgesinnung den österreichischen Standpunkt; sie beruft sich auf die Erfahrungen in Ungarn, Italien und Teilen von Deutschland und weist hin auf den republikanischen Schutzbund, den die österreichische Arbeiterschaft, Männer und Frauen, gegründet hat. Diese Differenzen sind bemerkenswerte Symptome. Gewiß muß eine neue Menschheitsgesinnung in der Jugend geweckt werden, und sicher ist

es, wozu auch der Internationale Gewerkschaftskongreß vom Dezember 1922 besonders aufgerufen hat, in hervorragendem Maß Aufgabe der Frauen den neuen Geist zu pflegen. Aber es zeigt sich doch, daß den Problemen des gegenwärtigen politischen Lebens gegenüber, sowohl in den Beziehungen der Völker wie in denen der Klassen, allgemeine Grundsätze und Parolen wie Weltfrieden, Verzicht auf Gewalt nicht ausreichen, daß man den konkreten Fragen, den tatsächlichen Konflikten schon tiefer auf den Grund gehen muß, daß man fragen muß: was hat in diesem Fall zu geschehen, damit wir dem Ziel einer friedlich schaffenden Menschengemeinschaft innerhalb des einzelnen Volkes und innerhalb der Erde näher kommen? Daß unter Umständen der Gewalt mit Gewalt begegnet werden muß, ist selbstverständlich. Die Ursachen der Konflikte aus der Welt zu schaffen ist die Aufgabe; verschließt man, verschließen die Frauen vor der Tatsache und den Gründen ihres Bestehens die Augen, so werden sie, wenn der Ausbruch erfolgt, blind und willenlos in den Strudel mit hineingerissen, wie kürzlich wieder der Ruhrkampf gezeigt hat.

Kriegserleben Eine Spiegelung der Wirkungen, die das Kriegsgeschehen im Leben der Frauen ausgeübt hat, bieten 2 Bücher, in sehr gegensätzlicher Art: Die Frauen aus dem Alten Staden No. 17 von *Henni Lehmann* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ und Ein Frauenschicksal im Kriege, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen von *Maria Sonnenthal-Scherer* /Berlin, Ullstein & Co./. Henni Lehmann schildert, aus eigener Beobachtung, wie sie selbst sagt, das Leben von Proletarierfrauen während des Krieges. In ihrem Dasein, in seiner Enge und Gedrücktheit, bringt der Krieg nur Elend und Verzweiflung hervor; sie siechen dahin, sie verlieren den Halt, wenn die Dämme brechen, und wilde Instinkte geweckt werden; sie zerbrechen an den Schicksalen, die so plötzlich sich vor ihnen aufrichten. Der Tochter Wilhelm Scherers wird der Krieg zur Lebenserhöhung; von dem Drang zu neuem Erleben getrieben, verläßt sie Mann und Kind und stürzt sich in schwere gefährvolle Arbeit als Schwester auf den östlichen Kriegsschauplätzen, wo sie schließlich an der Cholera starb. Trotz allem Schweren und Widrigen genießt sie dies Leben in vollen Zügen, die nächtlichen Wüstenritte wiegen ihr alle Beschwer-

lichkeit der Arbeit auf. In der Arbeit, die alle ihre Kraft in Anspruch nimmt und bindet, fühlt sie sich frei und gehoben. Eine seltene Lebenskraft spricht aus ihren Aufzeichnungen, eine Art das Leben zu nehmen, wie man sie eigentlich gewöhnt ist männlich zu nennen.

Kurze Chronik Die Zahl der weiblichen *Gewerkschaftsmitglieder* betrug in Deutschland am Schluß des 2. Quartals 1923 1 653 869 gegenüber 1 660 621 am Schluß des 1., weist also im Verhältnis zu den Gesamtzahlen (7 721 290 am Schluß des 2., 7 724 386 am Schluß des 1. Quartals) einen stärkern Rückgang auf. ◊ Nach dem Krieg hat sich trotz der ungünstigen Aussichten für alle höheren Berufe die Zahl der *studierenden* Frauen in Deutschland bedeutend erhöht: von 2000 im Jahr 1912 auf 4000 im Jahr 1914, auf 7100 im Jahr 1918 und neuerdings auf 8179. Dabei richtet sich das Interesse der Studierenden nicht wie früher etwa einseitig nur auf Medizin und das Lehramt sondern nunmehr auch auf andere Studienfächer, besonders stark auf Nationalökonomie und damit auf wirtschaftliche und soziale Berufe. ◊ In *Holland* haben die Frauen zum erstenmal bei den Gemeindevahlen das aktive Wahlrecht ausgeübt. Die Zahl der weiblichen sozialdemokratischen Stadtverordneten ist von 50 auf 54 gestiegen. ◊ In *Britisch Indien*, dessen weibliche Bevölkerung ungefähr 165 Millionen Seelen zählt, gibt es bis jetzt etwa 150 Ärztinnen. Es besteht dort auch eine ärztliche Schule für Frauen. ◊ Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen hat *Helene Lange*, die Vorkämpferin einer selbständigen, von dem Dogma einer äußerlich festgesetzten weiblichen Eigenart emanzipierten Frauenbildung und -erziehung, zum Ehrendoktor der Staatswissenschaften ernannt. ◊ Am 12. November wurde *Gertrud Bäumer* 50 Jahre alt. Diese Führerin der 2. Generation der bürgerlichen Frauenbewegung hat, ausgehend von der gemeinsamen Arbeit mit Helene Lange an dem Ausbau der Mädchenbildung, für die Mitarbeit der Frau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ihren starken literarischen und persönlichen Einfluß eingesetzt. Der Bund deutscher Frauenvereine hat zur Ehrung seiner langjährigen Vorsitzenden eine Gertrud Bäumer-Stiftung für die Altershilfe der Frauenbewegung eingerichtet, die jüngeren Anhängerinnen der Frauenbewegung haben ihr eine Festschrift Dritte Generation gewidmet.

WISSENSCHAFT

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Atheismus

Nur Selbsttäuschung kann darüber hinweggleiten lassen, daß jede Historie an geschichtsphilosophische Voraussetzungen gebunden ist. Geschichtsschreibung ist ja selbst nicht mehr und nicht weniger als die Antwort auf die Frage nach dem Gehalt der geschichtlichen Entwicklungsformen wie nach den geschichtlichen Formen dieses Gehalts. Die Gefahr konstruktiver Vergewaltigung wird schon durch die Notwendigkeit einer Auswahl des Stoffs unvermeidlich; sie wird da akut, wo ein vorgefaßtes Geschichtsziel die Deutung des ganzen Verlaufs bestimmt, aber sie wird nicht damit überwunden, daß der unmögliche Versuch gemacht wird die Vergangenheit "einfach" zu beschreiben, "wie sie gewesen ist". Denn Beschreibung ist eben nur möglich durch Ausschaltung des "Zufälligen", "Nebensächlichen", das heißt aber eben positiv durch Herausföhlung des bestimmten Denk- und Lebensstypus. Der aber fordert entweder einen äußern Maßstab, an dem er zu messen ist, oder setzt einen immanenten Gehalt voraus, der, unter welchen Schwierigkeiten und Vorarbeiten auch immer, schließlich doch unmittelbar erfaßt werden kann. Die Geschichte einer Wissenschaft wird man vorzugsweise nach der ersten Methode, die Geschichte der Philosophie zugleich auf dem andern Weg behandeln; der Geschichte der Lebenshaltung, des religiösen Glaubens aber vorzugsweise auf diesem zweiten Weg näher zu kommen suchen. Erst dann wird der Gegenstand Eigenleben gewinnen, und so unmöglich eine einfache Herübernahme der Vergangenheit wird, so möglich bleibt das Wesentliche, daß am Bild fremden Lebens und zwar durchaus individuell gestalteten Lebens, neues heterogenes und doch verwandtes Leben sich entzündet.

Unter dieser Voraussetzung steht *Leopold Zieglers* großes Werk *Der Gestaltwandel der Götter* /Darmstadt, Otto Reichl/. Das Werk ist weder eine rein historische Darstellung, noch bietet es bloß die Geschichtsphilosophie des Verfassers; aber wenn dieser aus dem Schatz der Vergangenheit eine reiche Fülle durchgearbeiteten Materials hebt, um durch Bezugnahme wie durch Abstand die religiöse Frage der Gegenwart zu klären, so gelingt ihm dabei die seltene Kunst Historie und Stellungnahme in ein Ganzes zu verweben, in dem das eine das andere trägt und zu prägnanten Kon-

turen bringt. Ebenbürtig tritt das Werk neben die großen geschichtsphilosophischen Entwürfe zur Kultur des Abendlands, die in den letzten Jahren herausgekommen sind. Die Meisterschaft religionspsychologischer Typologie wie die systematische („tektonisch« würde Ziegler sagen) Energie, mit der die einzelnen Gestalten und Haltungen auf ihre letzten Motive, die logischen Widersprüche aber auf gegensätzliche axiologische Tendenz zurückgeführt werden, bändigen die Fülle des Gebotenen zu einem großzügigen Gefüge, bei dessen Gestaltung die Ehrfurcht der Leitstern, die Unabweislichkeit der religiösen Frage das zugleich beunruhigende und fördernde Motiv ist, das schwere Rüstzeug aber der historischen und philosophischen Kritik sich als bestes Werkzeug echter Ehrfurcht erweist. In 6 Betrachtungen schreitet das Werk von der Religion Homers und der griechischen Klassiker über Spätantike und Urchristentum zum christlichen Mittelalter und zur Reformation bis zum Mythos atheos der modernen Wissenschaft, um mit einem Bekenntnis zur Philosophie als Wertwissenschaft, die durch Aufweis der letzten Normen von der Reflexion über das, was ist, zur schöpferischen Tat weist, die historische Betrachtung zu schließen und das Ganze endlich mit einer Verkündigung der »Mysterien der Gottlosen« zu krönen. Was Ziegler über die Philosophen des klassischen Griechenlands wie über Tendenz und Gehalt der naturwissenschaftlich orientierten Epoche und ihrer Ausläufer und Überhöhungen zu sagen hat, braucht in dieser Rundschau nicht berücksichtigt zu werden. Nur auf die religionswissenschaftlichen Partien seines Werks sei eingegangen. Die erste Betrachtung gilt der homerischen Frömmigkeit. Ziegler schildert die Welt Homers als die Welt universaler Heiligkeit, die noch den Begriff des Profanen und die Not einer entheiligten Wirklichkeit nicht kennt. Ihr Geist der totalen religiösen Heiligung wird typisch durch den Begriff des göttlichen Sahuirten dokumentiert, der eben so göttlich ist wie der Sänger, der Seher, der Priester, wie die Quelle und der Wald, die Verschlagenheit des Odysseus und die Hexenkünste der Kirke. Aber die Indifferenz gegenüber den ethischen Werten führt zum Bruch und zur Entheiligung des Diesseits, wie sie in den Mysterien der Orphiker zum Ausdruck kommt. Entsühnung wird die Grundidee des Kunst- und Kultwerks der attischen Tragödie: Entsühnung der Menschen nicht nur son-

dern auch des in den Strudel selbst hingerissenen Gottes bei Aischylos, Läuterung des Menschen durch das Ja, das er zum vernichtenden Schicksal spricht, bei Sophokles, radikaler Pessimismus, der nirgends mehr einen Ausweg aus Schuld und Verstrickung sieht, bei Euripides. Die Sinnfremdheit der Wirklichkeit, die damit eingestanden ist, wird in der Antike nicht mehr überwunden, so sehr Aristoteles bemüht ist die Erscheinungswelt und die Ideenwelt Platons ineinanderzuschachteln.

Damit ist in der Seele der Spätantike die große Sehnsucht erwacht, die dem Christentum, dem Mythos vom Mittler- und Erlösergott als dem Richter, Heilbringer und Todesüberwinder den Weg bereitet. Glaube an den Christus ist nicht ein Meinen, Denken, sondern Teilnahme an seinem Leben, Tod und Auferstehung mit ihm und in ihm. Wenn dieser Glaube als freier Gedanke der göttlichen Gnade hingenommen wird, so bezeugen gerade seine prädestinatianischen Konsequenzen die tiefste Ehrfurcht vor der Unerzwingbarkeit des »unbekannten wunderlichen "Es"«, welches sich ausschließlich in ihm [im Glauben] und nirgends sonst mitteilt und vergegenwärtigt«. Der 3fache Heilsweg des Mittelalters durch Erkenntnis (Scholastik), Nachfolge (Franz von Assisi), Abgeschlossenheit (Eckehart) baut auf diesem Glauben auf, der zuletzt nichts weniger als eine Teilnahme des Menschen am Göttlichen, eine freilich durch gegensätzliche Motive verhüllte Vergöttlichung selbst sein oder schenken will. Diese Vergöttlichung wird dann zum Grundgedanken der atheistischen Religion, deren Gehalt Ziegler in dem letzten, dithyrambisch an seinen Meister Nietzsche anklingenden Teil seines Werks vorauszuahnen meint: »Nur keine Frömmigkeit aus Schwäche, nur kein Glaube aus Ekel, nur kein Gott aus dem horror vacui!... Von allen Wiederkünften der Geschichte wäre keine menschenwürdiger als diese, die Gottes Reich und Herrlichkeit zum zweitenmal auf der Schädelstätte der Vernunft aufzurichten sich unterfinge.« Daß Ziegler damit nicht einem die Religion unterhöhrenden Rationalismus das Wort reden will, ist deutlich. Aber gegen das sacrificium intellectus protestiert hier nicht der Verstand aus eigener Eitelkeit, sondern das religiöse Bewußtsein selbst, das gegen die dogmatische Verzerrung der Wirklichkeit ebenso unbeirrt wie gegen einen pomphaften Unglauben die Ehrfurcht vor dem unbekanntem wunderlichen "Es" festhält. Dar-

aufhin wird der Dreiklang von Verschuldung und Entsühnung, Opfer und Wiedergeburt, Schöpfung und Erlösung, in einer manchen Theologen beschämenden Klangfülle und Reinheit durchgeführt. Eine Religion der Tat, die nicht nur wie der Buddhist Indiens aller Leiden als eigenes Leiden sondern auch christlich aller Schuld als eigene Schuld auf sich nimmt und durch ein Ja zum Leben mit all seinen Dämonien es nicht in seinem Bestand heiligt sondern es umschafft, dies, wie bei Dostojewskij, unter Ausfall der geschichtlich-metaphysischen Tat des einen sühnenden Gottmenschen, zugleich aber unter Ausschaltung des Schöpfergottes.

Bei dieser Sachlage muß der Christus der Paulinischen Verkündigung durch den synoptischen Jesus verdrängt werden, dessen letzte Bedeutung Ziegler darin findet, daß er als erster inmitten einer durch Sitte und äußere Wertmerkmale schablonisierten Welt allein der Seele Wert zusprach und sie aus allen Banden der äußern Übereinkunft wie eines über sie hereinbrechenden Schicksals löste. Von einer doppelten Unzulänglichkeit freilich mag er ihn nicht freisprechen, von der des Lohn- und Strafgedankens und der mit ihm verbundenen apokalyptischen Erwartung, die das Diesseits, wie es ist, den diabolischen Mächten preisgibt und damit den Quietismus der christlichen Weltflucht begründete. An diesem Punkt räumt Ziegler religionspsychologische Gabe zu schnell der rationalen atheistischen Kritik das Feld, die sich hier der religiösen Kritik des vulgären Theismus unterzieht. Denn die Eschatologie der synoptischen Evangelien ist nicht Jenseitshoffnung, sondern ein Glaube, der in der Gegenwart des kommenden Gottesreiches lebt, aus dem heraus der Tempelsturm keine Entgleisung sondern bevollmächtigte Tat ist. Hier gilt es hinter der metaphysischen Vorstellung die eschatologische Haltung zu erspüren, die nicht das Ende erwartet sondern im Anbruch des Reiches lebt.

Damit wird ein letztes Wort über den Atheismus Zieglers nötig, der, wie schon angedeutet, 2 Köpfe hat: die rationale Kritik des Weltübels, der es unfaßbar scheint dieser Welt ein alltätiges Wesen zuzuordnen, und die Empörung, die diese Kritik zur Anklage aufflammen und zum Atheismus aus Not werden läßt. Aber das »wunderliche "Es"«, zu dem Ziegler den Schöpfergott degradiert, um dann dem Menschen die Selbsterlösung zu künden, ist auch für ihn die Kraft,

aus der dem Menschen Erlösung gnadenweise geschenkt wird. Damit mündet auch er wieder in die alten Geleise des theistischen Glaubens ein, mit dem Unterschied, daß dieses "Es" für ihn ein rätselhaft unheimliches Doppelantlitz behält. Aber gerade das hat der Gott der Gläubigen immer gehabt, der zugleich deus absconditus und deus revelatus ist. Wenn Ziegler beim Atheismus haltmacht und in der Selbstvernichtung des Menschen vor einem überweltlich Göttlichen nur eine Durchkreuzung der Religion sieht und gar eine auf Angst vor der Sinnlosigkeit der Welt beruhende Erschleichung eines Weltsinns zu finden meint, so richtet sich dieser Protest nur gegen eine fadenscheinige, die Fratzhaftigkeit der Welt übertüchende Theodizee. Den zweiten Grund aller Religion ignoriert Ziegler ganz und gar; die Kluft zwischen Mensch und Gott, die nicht durch gradweise Vergottung überbrückt wird sondern durch Teilhaberschaft am Göttlichen trotz und in aller Schuld.

Von ganz anderer Art ist das berühmte, hier schon in der Rundschau Geschichtliche besprochene Werk *Fritz Mauthners Der Atheismus und seine Geschichte im Abendlande* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, das gerade kurz vor dem Tod seines Verfassers mit seinem 4. Band abgeschlossen wurde. Mauthner fühlt sich mit Vorliebe als Atheist, im Gegensatz etwa zu dem von Humor sprühenden Bruno Bauer, der es ablehnt sich einen Atheisten zu nennen, weil noch, im Wort und im Begriff Atheismus zu viel von Gott die Rede sei. Als David Hume in Paris bei Holbach zu Tisch saß, bemerkte er: »Ich habe noch nie einen Atheisten gesehen.« »Sie sitzen hier unter einem Dutzend« bemerkte Holbach, in Gegenwart, glaube ich, des Erzbischofs von Paris. Und sicherlich hatten von ihrem Standpunkt beide Teile recht. Mauthner legt Wert darauf zu den Atheisten gerechnet zu werden; denn der Begriff Gott sei ein »Wortfetsch«, wie Seele und Freiheit auch. Was ist nun ein Wortfetsch? An welchem Merkmal erkenne ich, daß ich in einem bestimmten Begriff einen Wortfetsch vor mir habe? Will Mauthner mit Hume nur das gelten lassen, was sich durch naturwissenschaftliche Beobachtung und durch Experiment bestätigen oder widerlegen läßt, oder was gleich Masse, Kraft, Energie berechnet und nach Zentimeter, Gramm und Sekunden gemessen werden kann? Nicht nur fehlt jede Definition, sondern jede Spur einer Andeutung, wie man etwa zu einer wissenschaftlich berechtigten, zu

einer brauchbaren Anwendung des Hauptbegriffs kommen könnte, um mit diesem Sieb in der Hand unter den Begriffen die Spreu vom Weizen zu sondern. Mit einem Wort, es fehlt jede Methode. Methode (μέθοδος) ist ein Weg, den man mit jemand oder nach jemand gehen kann. Hier bei Mauthner ist alles weglos, unendlich breit und ausgedehnt wie die Wüste. Als Kunstgriff benutzt Mauthner die glottologische Betrachtungsweise: zum Beispiel deus, deva, devil, Teufel. Diese Art die Begriffe historisch zu zerlegen führt zu sprachwissenschaftlich immer interessanter und oft überraschenden Resultaten, aber sie nähert uns um keinen Schritt einem sachlichen Erkenntnisziel. Worauf Mauthner eigentlich hinaus will, ist eine Religion ohne Gott. Mauthner verneint die Gottheit: »Der große Plan ist tot.« Mauthner bejaht die Religion, eine Religion ohne Gott, ohne Seele, ohne Unsterblichkeit, ohne jedwede Lehre von Verantwortlichkeit oder Freiheit, geboren aus klar bewußtem, kulturgesättigtem, wissenschaftlich unermesslich bereicherter, schweigendem Anschauen des Alls in bewundernder Ehrfurcht und in reingungsloser Stille der Seele. Die Religion Mauthners ist eine Religion für Einsiedler. Aber lassen wir einmal dieser Religion, dieser gottlosen Religion, diesem "Atheismus" Mauthners Zeit sich in einer Gemeinschaft einzuleben, gönnen wir ihr einen blütenreichen Frühling und einen fruchtetestrotzenden Herbst: unausbleiblich und unmerklich bildet sich aus dem Geist jeder Gemeinschaft zuerst irgendein noch so primitiver Kult, und durch die stete Pflege des Staunens, der Bewunderung, der Ehrfurcht vor dem Universum wird absichtslos und von der Seele ungewollt im Versenken und Verehren über und hinter dem All und seinen Sternenzelten ein einheitliches Etwas, eine geheimnisvoll verschleierte, unvorstellbare, undefinierbare, in Worten nicht sagbare Kraft empfunden oder mehr dunkel geahnt, und der große Pan ist wieder auf dem Weg zu neuer Lebensbahnung.

Trotz der Unzulänglichkeit seiner methodologischen Hilfsmittel kann man das Werk nicht ohne tiefste Ergriffenheit lesen, nicht lesen, ohne warm, ja glühend zu werden, nicht durchblättern, ohne vom Sturm des Zorns, des Entsetzens, oft auch von echter, rechter Furcht durchschüttelt zu werden. Ob Rom, ob Wittenberg, ob Genf: hier werden alle Praktiken, Ränke und Kniffe in goldenen Urkunden aufgedeckt, die na-

menlosesten Grausamkeiten, begangen unter heuchlerischer Deckung durch weihevollere Bibelsprüche, nach vorhandenen Akten in nackter, grausiger Buchstäblichkeit vorgeführt. Es wird die Zeit kommen, in der gläubige Christen dem geborenen Juden und Atheisten dafür danken werden, daß er in jahrzehntelanger mühseliger emsiger Arbeit ein Werk mit vieltausend sorgsam gesammelten urkundlichen Belegen hinterließ, das in allerwirksamster Weise dazu beitragen kann einen neuen Geist und eine neue Zeit zu schaffen.

Pietismus

Wie in das religiöse Leben das Menschlich-Allzumenschliche sich unentwirrbar, so weit wir auch bohren und vorstoßen, hineindrängt, und wie doch die religiöse Sinngerichtetheit als solche fortbesteht, zeigt die Hauptstudie aus *Everard Gewins* pietistischen Bildnissen (Pietistische Portretten /Utrecht, H. de Vroede/). In ihr behandelt der Verfasser die lebenslustige exzentrische Weltkame und einflußreiche Hofpolitikerin, das kapriziöse und nervenleidende Schmerzenskind und im Augenblick der Entscheidung zum äußersten Opfer bereite pietistische Glaubenskind, die berühmte und berichtigte Juliana von Krüdeners. Die Schilderung, die der Verfasser von ihrem Lebensgang bringt, gibt ein lebendiges und eindrucksvolles Bild des unruhigen Dranges, der diese Frau aus einem Lebenskreis zum andern jagt, von der Seite eines kühlen, aber hochherzigen Gatten zu einem Leben des Vergnügens in der Schweiz und des gesellschaftlichen Trubels in Paris, dann zurück in die Einsamkeit auf ihr livländisches Gut, wo die Begegnung mit einem den Herrenhuthern zugehörigen Schuhmacher ihr Inneres erschüttert, so daß sie nun, wie sie vorher nur sich selber lebte, bald an dem Flüchtlingsleben visionärer Chiliasten teilnimmt, mit Jung Stilling und Pestalozzi in innere Berührung tritt, als geistige Urheberin der Heiligen Allianz ihren Namen in die Annalen der Geschichte schreibt, dann ihr Leben den Armen widmet, ohne den Vorwurf zu achten, daß sie weder religiöse noch moralische Bedingungen für Hilfeleistungen stellte, um schließlich in selbstgesuchter Armut den Strapazen eines eisigen russischen Winters, ein Lächeln auf den Lippen, zu erliegen. Durchgehender Rhythmus ihres Lebens bleibt die Ruhelosigkeit ihres Daseins und der sprunghafte Wechsel in ihren Zielen. Wenn diese Stetigkeit des Charakters

im psychologischen Interesse der Darstellung eine eingehende Analyse wünschenswert gemacht hätte, so entschädigt dafür die tiefdringende Darstellung, wie mit den Napoléonischen Kriegen die zunächst rein stimmungshafte Frömmigkeit Krüdeners sich zu politischem Gestaltungswillen auswächst, und der Aufweis, wie diese Wendung zur geschichtlichen Wirklichkeit durch eine stark eschatologische, die Geschehnisse auf das hereinbrechende Gottesreich beziehende Erregung der Frömmigkeit zustande kommt.

Kurze Chronik Zahlreiche namhafte Vertreter theologischer Wissenschaften an preußischen Universitäten, darunter Gunkel, Großmann, von Harnack, Kattenbusch, Otto, richteten zur Wahrung der durch die neue Kirchenverfassung in Preußen bedroht scheinenden *Lehrfreiheit* eine Eingabe an das preußische Kultusministerium mit dem Ersuchen »bei der im Gang befindlichen Neuordnung der Universitäts- und Fakultätsstatuten« unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, »daß die Professoren der evangelischen Theologie an Lehrfestsetzungen kirchlicher Körperschaften nicht gebunden sind«. ◊ Am 17. Oktober dieses Jahres wurde in Nijmegen die erste *katholische Universität Hollands* feierlich eröffnet. ◊ Es *habilitierten* sich Georg Wünsch für systematische Theologie in Marburg, Richard Erfurt für Innere Mission in Bonn, Hermann Dörries für Kirchengeschichte in Tübingen; endlich in Berlin Georg Bertram für neutestamentliche Wissenschaft, Wilhelm Michaelis, der in seiner Antrittsvorlesung über die neutestamentlichen Wurzeln des Katholizismus sprach, Hermann Vordenmann, der den Konfirmandenunterricht und den Arbeitsschuldgedanken, Johannes Heckel, der den brandenburgisch-preußischen Summepiskopat behandelte; ferner der frühere Hofprediger Bruno Doehring.

Literatur

Karl Seidenstücker bringt, als wichtige Literatur zum *Buddhismus*, einen über 350 Seiten umfassenden, nach systematischen Gesichtspunkten geordneten Auszug aus dem buddhistischen Palikanon, der ältesten authentischen Quelle (Pali-buddhismus, in Übersetzungen /München, Oskar Schloß/). Die systematische Anordnung, die meist die Gefahr stärkster Beeinträchtigung des Gesamteindrucks nicht meistert, gibt hier dem Ganzen Übersichtlichkeit und Eindringlichkeit,

während bei der Breite der zu Wort kommenden Quellen die monotone und in breiten Rhythmen sich wiederholende Diktion die psychologische, psychotherapeutische Seite des Buddhismus, der eben in seiner Lehre seelische Haltung ist, zu dem ihr von dem Europäer meist verkürzten Recht kommen läßt. Im gleichen Verlag erschien unter dem Titel *Das Wort des Buddha*, zusammengestellt, übersetzt und erläutert von Nyanatiloka eine kürzere Auswahl, die sich im großen und ganzen auf den 8teiligen Heilspfad des Buddhismus beschränkt. \diamond Wie sehr Delitzsch gerade im Hinblick auf das im Unrecht ist, was sich den im Richterbuch erzählten Begebenheiten jederzeit auch heute an wertvoller kulturgeschichtlicher Belehrung und Erziehung der Jugend zum Verständnis für die in Altisrael lebendigen religiösen Kräfte abgewinnen läßt, empfindet man deutlich, wenn man das von Pater *Vincenz Zapletal* als Ertrag einer Reise durchs Altjordanland und wissenschaftlicher Studien zum Richterbuch vorgelegte Buch Jephthas Tochter, Kulturbilder aus der Frühzeit des jüdischen Volkes /Paderborn, Ferdinand Schöningh/ liest, in dem in Form einer anspruchslosen Geschichte das erschütternde Schicksal des alten biblischen Helden und seiner opferfreudigen Tochter erzählt wird. \diamond Der *Heliand*, Monatsschrift zur Pflege religiösen Lebens, herausgegeben von J. Kühnel /Mainz, Matthias Grünewald-Verlag/ bietet feine und echt empfundene Aufsätze, die nicht bloß eine Umwertung der Tageswerte verkündigen sondern zu der ersehnten innern Umstellung durch Andacht, Aufweis der religiösen Wertwirklichkeit und Selbsterziehung anweisen sollen. Es ist immer der katholischen Ethik eigentümlich gewesen die Diätetik der Seele in den Vordergrund zu stellen. Aber was Thomas von Aquino von der Natur sagt: »Gratia non tollit naturam sed perficit«, gilt für den Ernst des Strebens auch, und über alle Konfession hinweg. \diamond Die in Gemeinschaft mit Karl Barth, Friedrich Gogarten und Eduard Thurneysen von Georg Merz herausgegebene Zeitschrift *Zwischen den Zeiten* /München, Chr. Kaiser/ bringt Aufsätze über die religiöse Ethik, die die "Selbstverständlichkeiten" der traditionellen Antworten scharf und grell beleuchten und dem fröhlichen ethischen Optimismus, vor allem aber einer Kulturrethik, die vergißt, daß Kultur immer nur die dünne Oberfläche brutaler und harter Daseinskämpfe ist, Fehde ansagen.

Rechtswissenschaft / Ernst Kantorowicz

Grundzüge Die Rechtswissenschaft ist so sehr in Gefahr in eine Anzahl lediglich technischer Disziplinen aufgelöst zu werden, daß uns jeder Versuch die über allen Einzeldisziplinen stehenden allgemeinen Fragen und Lehren zu behandeln zunächst willkommen ist. Daher konnte man auch vor 2 Jahren, als *Richard Schmidt*, Professor der Rechte in Leipzig, den 1. Teil einer äußerlich groß angelegten Einführung in die Rechtswissenschaft erscheinen ließ, das Unternehmen begrüßen. Schmidt plante nach einem Überblick über die Güter- und Personenkreise des Rechts, wie sie sich nach dem geltenden Recht darstellen, die grundlegenden rechtsphilosophischen Fragen zu erörtern. Nunmehr liegt schon die 2., vervollständigte Auflage der Einführung in die Rechtswissenschaft vor /Leipzig, Felix Meiner/, die sich selbst als Grundzüge des deutschen Rechts mit den Anfangsbegriffen der Rechtslehre und den Anfangsgründen der Rechtsphilosophie betonend bezeichnet. Schmidt hat seine ursprüngliche Absicht die Darstellung des geltenden deutschen Rechts durch einen der Rechtsphilosophie gewidmeten vollständigen Hauptteil zu ergänzen aufgegeben und statt dessen versucht die leitenden Ideen der Rechtsphilosophie in gedrängter Form dem grundlegenden Teil des Werks einzufügen und dadurch den kritischen Betrachtungen, die in die Darstellung der einzelnen Rechtsgebiete aufgenommen sind, eine methodische Stütze zu geben.

In der Tat sind die kritischen Bemerkungen, die Schmidt in die Darstellung der einzelnen Rechtsgebiete (Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Privatrecht, Arbeitsrecht, Rechtspflege, Kirchenrecht, Völkerrecht) aufgenommen hat, einer solchen Stütze sehr bedürftig. Schmidt beschäftigt sich nicht nur mit dem Recht sondern auch mit Politik und Geschichte. Einiges aus der Fülle des Gebotenen: Die Konflikte zwischen den Bevölkerungsklassen lähmten im Verlauf des Krieges die Aktion gegen den äußeren Feind. »Die Meuterei des Heimatheeres unter dem agitatorischen Einfluß der Extremen, dann die Auflösung und Abrüstung des Feldheeres und der Kriegsmarine ermöglichte der Unabhängigen Sozialdemokratie ein entscheidendes gewaltsames Handeln. Sein Ergebnis war die Beseitigung aller Monarchien.« Wirkung der Umwälzung sei im Staatsrecht »statt der seit Jahrhunderten gesetzmä-

Big unveränderlichen Autorität der Monarchie eine oberste Gewalt, die dem Wettbewerb unternehmender Geschäftspolitiker überlassen ist«. Die Arbeiter und Angestellten sind nach Schmidt »im System der Betriebsräte mit dem gesetzlichen Recht zur Beaufsichtigung des Arbeitgebers in der Geschäftsleitung ausgestattet«. Die Gedankengänge der Demokratie, des repräsentativen Parlamentarismus und des Unitarismus, mit denen sich die neue Reichsverfassung in ihren ersten Anfängen selbst einführt, haben »glücklicherweise« ein Gegengewicht durch das Eingreifen der Einzelstaaten und der Parteien der Rechten und der Mitte erhalten. Der wesentliche Unterschied zwischen dem republikanisch-demokratischen Regierungssystem und dem monarchischen liegt in der Art der Führerauslese. »Die Kandidatur . . . für die Erlangung einer parlamentarischen Ministerstellung wird wesentlich dadurch bestimmt, ob und inwieweit sich der Parlamentarier im Wettbewerb des politischen Lebens zur Geltung zu bringen imstande ist . . . Der Aufstieg wird in höherem Maß statt von der Prüfung der Geeignetheit von dem unternehmenden Zugreifen des Bewerbers bedingt.« Der Kompromiß in der Flaggenfrage ist von der Reichsverfassung »in abstoßend-subtiler Weise kompliziert«. »Das übliche Dogma, daß das Verhältniswahlprinzip das schlechthin gerechteste Wahlverfahren schafft, muß . . . mit großer Vorsicht verwendet werden . . . , wenn man erkannt hat, daß die "Gerechtigkeit eines Wahlsystems" nicht darin beruht jedem einzelnen Menschen im Staatsleben gleichen Einfluß zu verschaffen sondern darin den verschiedenen eigenartigen Gruppen und Interessenskreisen der bürgerlichen Gesellschaft . . . eine wenn auch nicht gleiche, doch selbständige Geltung zu ermöglichen.« Bei den maßgebenden Elementen des Verfassungswerks bestand die Absicht »in den Volksschulen unter der Flagge der "Bekennnisfreiheit" in Wahrheit den Geist der Religionsfeindseligkeit und die materialistische Weltanschauung der extremen Demokratie allgemein einzubürgern«. Die Simultanschule ist »die im Hinblick auf die Behandlung der Bekenntnisse gesündeste Form der Volksschule«. Zur Rechtfertigung des unbeschränkten Privateigentums: »Das Gemeinleben . . . ist daran interessiert, daß sich die Verwertung der . . . Sachgüter ungehemmt vollzieht. Nur die Tätigkeit [= Privateigentum] eines einzelnen kann aus der Sache die dem Güterbedarf der Gesamtheit un-

entbehrlichen Werte voll "herauswirtschaften".« »Die überstürzten Reformen unmittelbar nach der Revolution, die im weitem Verlauf alle bisherigen Organisationen, sowohl die privatrechtlichen wie die öffentlichrechtlichen, zu zersetzen drohten, sind . . . durch die Reichsverfassung und, wie zu hoffen ist, auf immer zum Stehen gekommen.« »In Zeiten der Erregung und Gärung wie der jetzigen, vor allem unter dem Einfluß parteipolitischer Begünstigungen und Gehässigkeiten . . . , ist ein . . . geschulter Berufsrichter das einzige Bollwerk gegen die Korruption der Gerichtspflege. Bleibt er in seinem Beruf der Erfüllung seiner Pflichten überlassen, so wird sich in seiner gesunden Natur ganz von selbst eine Gesinnung ausbilden, die ihn gegen hetzerische und fanatische Einflüsse immun macht. Freilich kann eine parteifanatische Regierung auch diese natürliche Entwicklung . . . stören . . . , wenn sie bei der Besetzung der Richterämter nicht den Maßstab der . . . Tüchtigkeit sondern den der parteipolitischen Gesinnung anlegt. Eine nach diesen Erwägungen justizverwaltende Regierung, gleichviel welcher Staatsform und welchen Parteigepräges, macht sich . . . einer vollendeten Ruchlosigkeit schuldig, eine Erscheinung, die heute leider in manchen deutschen Ländern keineswegs außerhalb des Wirklichen liegt« (in der 1. Auflage nicht enthalten). »Aus dem spezifisch modernen, richtiger: zur Mode gewordenen, Rechtsgedanken der revolutionären Übergangszeit hat sich . . . bereits Eingang verschafft die Aufnahme der Frauen in die Rechtsämter Noch ehe, was für eine vernünftige Rechtspolitik überaus nahe gelegen hätte, mit ihrer Funktion in den Laienrichterämtern praktische Erfahrungen abgewartet worden wären, hat das sozialistische Justizministerium Radbruch durch Reichsgesetz . . . die Frauen ohne jede Kautelen auch zum Erwerb der juristischen Berufsrichterqualifikation und damit zugleich zum Erwerb der Rechtsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft ermächtigt. Diese Maßnahme steht jedoch in ihrem Radikalismus zunächst allein.« Zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit: »Es ist . . . anzunehmen, daß ebenso wie das bewährte alte deutsche Heer selbst auch die eigene Justizordnung innerhalb des Heers früher oder später zurückkehren wird.« Mit den auf gesteigerte Härte der Strafverfolgung und Strafurteilung gestimmten Maßregeln (Ausnahmegesetze) »kontrastiert in peinlicher Weise die lange Reihe der "Amnestiegesetze"«.

Weiter ist die Rede von dem »schwung- und pflichtleeren Ichglauben des proletarischen Materialismus«, von der »nationalgesinnungslosen, gehässigen und im Verhältnis zum Ausland liebdienernden Kritik, die die Oppositionsparteien an der deutschen Auslandspolitik übten«. Die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik folgt nach Richard Schmidt »anderen Erwägungen als die des Reichsgerichts und liegt in der Hand anderer Gewalten: nicht . . . des Präsidiums des Gerichtshofs selbst . . ., nicht des Reichsjustizministers, sondern in der Hand eines rein politischen Gewaltträgers, des Reichspräsidenten«. In welcher andern Hand liegt denn die Zusammensetzung des Reichsgerichts? Und in welcher Hand lag sie früher? Schmidt sagt, daß für die Wahl zum Reichspräsidenten nicht »die Absolvierung einer anderweitigen Amtslaufbahn oder eines bestimmten Bildungsganges« Bedingung ist. Er sagt aber nicht, daß in der Monarchie die Krone doch auch nicht an die Erfüllung solcher Bedingungen geknüpft ist.

Welchen Standpunkt Richard Schmidt als Politiker einnimmt, kann und muß in der Rechtswissenschaft gleichgültig sein. Auf keinen Fall entspricht es aber der Idee wissenschaftlicher Arbeit eine Einführung in die Rechtswissenschaft mit politischen Werturteilen und Gefühlsausdrücken zu verknüpfen. Hat uns Max Weber so ganz vergeblich die unterschiedliche Handhabung des auf Werte Beziehens und des Werturteile Fällens gelehrt? Die Wirklichkeit auf Werte beziehen kann und soll die Wissenschaft, politische Werturteile fällen kann die Wissenschaft nicht. Der Politiker Schmidt trübt allzusehr die Arbeit des Wissenschaftlers Schmidt. Wie fruchtbar wäre es gewesen eine im Sinn Kants kritische Übersicht über den Rechtszustand der gegenwärtigen Übergangszeit zu geben, eine Übersicht, die die verschiedenen Rechtserscheinungen und Umbildungstendenzen sine ira vertiefend auf ihre rechtspolitischen Voraussetzungen zurückführt. Für eine solche Arbeit reicht allerdings die philosophische Grundlegung, die Schmidt bietet, nicht aus. Das System der politischen Parteien und Formen, das er zeichnet, ist nicht vollständig. Eine klare Einordnung des Konservativismus beispielsweise sucht man vergeblich. Unklar bleibt auch, welchen Begriff Schmidt mit dem Wort Materialismus verbindet.

Nach Schmidt hat alles Recht »seinen natürlichen Maßstab in den im Volk

lebendigen, von den Menschen im freien gesellschaftlichen Zusammenleben bereits erprobten oder geforderten Regeln. "Gerecht" ist nur das Recht, das den Volksanschauungen vom Erlaubten oder Verbotenen "gemäß" ist.« Dieser Standpunkt schließt den Verzicht auf eine Kritik der Volksanschauungen und schließlich den Verzicht auf Rechtsphilosophie überhaupt ein. Gar nicht berührt Schmidt in seinen Anfangsbegriffen der Rechtslehre und Anfangsgründen der Rechtsphilosophie die Probleme, die im Zentrum dieser Gebiete stehen: die Apriorität der Rechtsbegriffe und die Methode der Rechtswissenschaft, insbesondere die Methode der Gesetzesauslegung. Es wäre mindestens der Ort dieser Probleme zu zeigen gewesen. Lediglich nebenbei erwähnt Schmidt einmal die sogenannte freirechtliche Richtung, die sich die Stärkung der selbständigen Initiative der rechtsanwendenden Behörden, ihre gesteigerte "Befreiung" vom bindenden Gesetzesinhalt zum Ziele setzt«. Wie wenig erschöpfend wird hier das Wesen der Freirechtsschule dargestellt!

Weder bietet das Buch eine wissenschaftlich einwandfreie enzyklopädische Übersicht über das geltende Recht (dazu sind die politischen Trübungen und Beleuchtungen zu stark), noch führt es in die Rechtswissenschaft als allgemeine Rechtslehre und Rechtsphilosophie wahrhaft hinein. Es wäre zu beklagen, wenn wir dieses Werk als typisch für den gegenwärtigen Universitätsunterricht in der Rechtswissenschaft ansehen müßten.

**Staatsbürger-
erziehung.** Die gelegentlich des Falles Jung in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 446 f.) angeführten Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutz der Republik, die in einer Zusammenkunft der Unterrichtsminister der Länder Mitte Juli 1922 vereinbart wurden, weisen mit Recht darauf hin, daß auch der Hochschullehrer die Jugend zur Mitarbeit im Volksstaat heranzubilden, sie zur Mitverantwortung für das Wohl des Staats zu erziehen, Staatsgesinnung zu wecken und zu pflegen hat. Diese Aufgabe liegt abseits aller wissenschaftlichen Arbeit. Aber im Leben der Hochschule gibt es manche Gelegenheiten für den akademischen Lehrer dieser Aufgabe zu dienen. Es sei nur an die öffentlichen Reden bei den verschiedenen akademischen Feiern erinnert. Bei der Jahresfeier der Universität Heidelberg am 22. November 1922 hat der Professor des öffentlichen Rechts

Gerhard Anschütz als Rektor eine Rede 3 Leitgedanken der Weimarer Verfassung gehalten, die im besten Sinn staatsbürgerlichen Geist atmet /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Ausgehend von der Krisis des Staatsgedankens, in der wir uns befinden, weist Anschütz auf das letzte Gut hin, das uns noch geblieben ist: das Reich als Organisation unserer nationalen Einheit. Er verurteilt jene reichsverderberischen Gesinnungen, die den Reichsgedanken herabwürdigen, weil ihnen die jetzige Reichsverfassung nicht gefällt, und entwickelt als die 3 Leitgedanken dieser Verfassung die Staatlichkeit des Reichs, den Unitarismus und die Demokratie. Klar spricht er aus, daß das Gebot der Stunde nicht ist unsere Verfassung zu revidieren sondern uns unter ihr zu vertragen, sie als die von allen für alle beschlossene oberste Ordnung der deutschen Dinge anzuerkennen. Nach den Darbietungen Richard Schmidts in seiner Einführung in die Rechtswissenschaft berührt die Art, in der Anschütz das Wesen der Demokratie darlegt, wie eine Wohltat. Anschütz schließt mit dem Aufruf an die jungen Akademiker: »Ihr sollt in euch nicht nur den Menschen bilden sondern vornehmlich auch den Bürger, den Staatsbürger.«

Der badische Unterrichtsminister Willy Hellpach hat, »eingedenk der Pflicht, daß es unter die vornehmsten Aufgaben unseres nationalen Daseins zählt die heranwachsende Generation in selbsttätiger Erkenntnis und schöpferischem Wirken auf den Boden der neuen Staatsordnung zu führen«, eine akademische Preisstiftung ins Leben gerufen, die im Geist dieser Aufgabe und im Geist der Anschützchen Rede den Doppelnamen Deutscher Freiheitspreis an der Universität Heidelberg Gerhard Anschütz-Preis führen soll. Alle 3 Jahre am Stiftungstag der Universität Heidelberg soll eine Frage aus dem Kreis der verfassungspolitischen, wirtschaftspolitischen oder kulturpolitischen Beziehungen zwischen Volkstum und Freiheit zur Bearbeitung ausgeschrieben, und den beiden besten Lösungen soll an einem der darauf folgenden Stiftungstage je ein Preis zuerkannt werden. In der ersten Ausschreibung, Mitte Mai dieses Jahres, werden als Preisaufgaben zur Wahl gestellt: 1. Macht und Freiheit als Ziele der deutschen nationalen Bewegung von 1848, 2. Listenwahlsystem und Führerauslese. Das letzte Thema bezweckt die »Herbeiführung einer Untersuchung vor allem über den Einfluß, den das heute

in Deutschland eingeführte Listenwahlsystem auf die Auslese der Gewählten hat. Es soll den Bedenken nachgegangen werden, ob nicht durch das gegenwärtige deutsche System eine Verdrängung der prominenten Intelligenz und eine Bevorzugung des versorgungsbedürftigen Parteibeamtentums sowie der nach Berücksichtigung verlangenden Interessenvertreter in stärkerem Maß als durch andere Formen herbeigeführt wird.« Den Erläuterungen zu dem ersten zur Wahl gestellten Thema entnehmen wir: »Innerhalb der Gesamtbewegung von 1848 lassen sich 2 politische Entwicklungsreihen unterscheiden. Das eine Ziel ist die Einheit der Nation, die Bildung eines geschlossenen Nationalstaats von größerem oder geringerem Umfang, aber von achtungsgebietender Stellung innerhalb der europäischen Staatengesellschaft. Wie das Ziel, so gehören auch die Instinkte, die dahinter stehen, und die Argumente, deren sie sich bedienen, der machtpolitischen Sphäre an. Das andere Ziel besteht darin innerhalb des zu schaffenden Nationalstaats die individuellen Freiheitsrechte und die politische Mitwirkung des deutschen Staatsbürgers an den Aufgaben der Gesamtheit zu erkämpfen und in weiterem oder engerem Ausmaß sicherzustellen: in diesen Bestrebungen überwiegen die verfassungs- und rechtspolitischen Antriebe und Gesichtspunkte. Das Neben- und Ineinander der beiden Strömungen zur Anschauung zu bringen, die eng zusammengehören, aber auch sich kreuzen und gelegentlich widersprechen: das ist die Aufgabe, die gestellt ist.«

Kurze Chronik Ende Juni fand in Bamberg eine Vertreterversammlung des *Deutschen Richterbundes* statt. Er erließ dort eine Art Hirtenbrief an die Mitglieder des Republikanischen Richterbundes: »Bei dem grundlegenden Gegensatz der Anschauungen über die Stellung und Aufgabe des Richtertums muß befürchtet werden, daß ein gemeinsames ersprießliches Arbeiten in den Landesvereinen des Deutschen Richterbundes auf das allerschwerste gefährdet ist, wenn die Mitglieder des Republikanischen Richterbundes sich nicht entschließen können von dem Irrwege abzulassen, der sie von dem Boden des Deutschen Richterbundes wegführt.« Zur Frage der Verfassung der Arbeitsgerichte forderte der Richter tag erneut, »daß die Arbeitsgerichte ohne Einschränkung den ordentlichen Gerichten einzugliedern sind. Die deut-

sehen Richter haben oft genug vor aller Welt erklärt, daß ihnen nichts mehr am Herzen liegt als eine unparteiische volkstümliche Rechtspflege, vor allem in sozialen Dingen.« (Gut. Aber wie ist es mit dem Erfolg dieser Bemühung um eine unparteiische volkstümliche Rechtspflege, in sozialen Dingen und in Strafsachen?) Schließlich verlangte man eine Höhergruppierung der Richter innerhalb der Besoldungsordnung. ◊ Der Lehrstuhl für deutsches und bürgerliches Recht in Rostock wurde dem Bonner Privatdozenten *Paul Gieseke* übergeben. ◊ Dieser wurde dort der Nachfolger *Walther Schmidt-Rimplers*, der den Platz *Paul Rehmes* in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau einnahm. ◊ Er war frei geworden, weil *Paul Rehme* den Leipziger Lehrstuhl für Handels- und Versicherungsrecht übernommen hatte. ◊ Als Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht wurde *Edgar Tatarin*, der sich gerade erst in Marburg mit einer Vorlesung über die staatsrechtliche Entwicklung des Rätegedankens habilitiert hatte, nach Rostock berufen. ◊ Der Ordinarius für Strafrecht, Strafprozeß- und Zivilprozeßrecht in Köln *Arthur Baumgarten* ist zum ordentlichen Professor für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Basel gewählt worden. Baumgarten hat nach einer Studie Notstand und Notwehr /1911/ und einer Untersuchung über den Aufbau der Verbrechenlehre /1913/ ein breit angelegtes Werk Die Wissenschaft vom Recht und ihre Methode veröffentlicht /1920 bis 1922/. ◊ Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete *Siegfried Rosenfeld* ist als Referent in das preußische Justizministerium eingetreten. ◊ Zum Senatspräsidenten am Kammergericht ist der bisherige Kammergerichtsrat *Arnold Freymuth* ernannt worden. Freymuth (den die Leser der Sozialistischen Monatshefte aus seiner hier veröffentlichten feinen Studie *Die constructio scholastica*, 1922 I Seite 281 ff., kennen) hat sich dadurch ein besonderes Verdienst erworben, daß er im Auftrag des Republikanischen Richterbundes eine Untersuchung über das Fechenbachurteil veröffentlicht hat /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/. (Fechenbach sitzt freilich immer noch im Zuchthaus, ohne daß die deutsche Öffentlichkeit sich darum beunruhigt. Dem deutschen Rechtsgefühl scheint es zu genügen, daß eine "Dreyfusaffäre" angekündigt wird; sie auch durchzuführen, wie in Frankreich, scheint hier nicht notwendig.)

KUNST

Musik / Erwin Lendvai

Deutsche Neuausgaben Die Laute, so wie wir sie heute kennen, und der ihr angepaßten Literatur zufolge, gehört in die Reihe der Dilettanteninstrumente. In ein günstigeres Licht rücken sie die Laufenkompositionen der Biedermeierzeit (Soor, Garulli usw.). Doch die eigentliche Rechtfertigung dieses dünnzupfigen Instruments liefert der 1. Band der Denkmäler alter Lautenkunst /Wolfenbüttel, Julius Zwißler/. Denn kein geringerer als der heilige Johann Sebastian plädiert in einer stattlichen Reihe von Originallautensuiten, Präludien und Fugen für die Berechtigung der Laute als vornehmstes Hausinstrument. Der Herausgeber H. D. Brugger scheute keine Mühe, um *Bachs Originallautenwerke*, das erstmalig auf ihren Ursprung streng untersucht, systematisch gesammelt und in Tonarten, die unserer Laute entsprechen, transponiert, mit einer wertvollen Einleitung versehen, einer gewiß großen Zahl von Lautenisten als edelstes Material zu enthüllen. Wir treffen in diesem 1. Band so manchen alten Bekannten, so das C-Moll-Präludium, das 3. der 12 kleinen Präludien (für Klavier herausgegeben von Griepenkerl), das leider irrtümlich in die Klaviersammlung geraten war. Nun steht diese kleine melancholische Nachtmusik in ihrer Urgestalt vor uns. Natürlich weht in Bachs Lautenwerken eine andere Luft als die Lautenisten es gewöhnt sind. Eine saubere Spieltechnik wird verlangt, sonst kommt die meisterhafte Polyphonie nicht zu ihrem Recht. Man kann sich langsam, vom Leichtern zum Schwerern übergehend, durcharbeiten. Über den Gewinn ist jedes fernere Wort zwecklos. Erwähnt sei auch eine Auswahl aus Bachs Notenbüchlein der Anna Magdalena Bach für Laute, Violine und Cello von Richard Möller /Wolfenbüttel, Julius Zwißler/. Das Notenbüchlein, das eigentlich aus 2 Büchlein aus den Jahren 1722 und 1725 besteht, hütet die Staatsbibliothek in Berlin. Es war lange unbekannt gewesen. Eine erste Ausgabe hat dann Richard Batka besorgt /München, G. D. W. Callwey/. Hoffentlich gelingt es Möller durch sein Arrangement jenen, die über keinen Flügel, aber wohl über eine tonstarke 2chörige Laute verfügen, Bachs liebevolle Unterweisung seiner Ehefrau, die eine Reihe über das Didaktische hinausgehender Klavierstücke, genialste Kleinkunst, enthält, als Wegweiser zum großen Vermächtnis mitzugeben.

Die große Denkmälerausgabe hat es bislang nicht verstanden auch dem prächtigen *Vincent Lübeck* /1654 bis 1740/ ein ihm gebührendes Monument zu schaffen. Erst eine Gruppe begeisterter junger Menschen, die Glaubensgemeinde Ugrino, die sich in Klecken zusammengeschlossen hat, mußte kommen, um diese Pflicht zu erfüllen. Über Lübeck sind uns nur wenige biographische Dokumente überliefert worden. Man weiß, daß er seit 1674 in Stade und von 1702 bis zu seinem Tod in Hamburg als Organist wirkte. Der in seiner Art mustergültig von Gottlieb Harms herausgegebene Band seiner Musikalischen Werke /Klecken, Ugrino Abteu-Verlag/ fördert den ganzen Schatz zutage. Betrachtet man nur Lübecks Klavierwerke, so erhält man ein erschreckend dürftiges Bild von seiner Erfindungsgabe für das damals klanglich nicht besonders mannigfaltige Instrument. Andererseits finden wir in dem Folioband Orgelwerke von strahlender Größe, einer Gewalt, die uns bei Bach erzittern macht. Die geistige Bruderschaft mit Bach und Buxtehude versetzt den Zuhörer in eine Hochspannung des Aufnehmens. Riesendombauten in Tönen. Die 3 Kantaten weisen hie und da "Stockflecke" auf. Lübeck, der Mann der Tonobjektivität, stößt hin und wieder das Wort um. Doch nicht in einer imposanten Weihnachtskantate und in der Chorkantate *Hilf Deinem Volk*, die nach gläubigen Herzen rufen, die sie verstehend, miterlebend, liebend aufnehmen wollen. Eine Matthäuspension, eine kleine, eine recht steif bürgerliche. Für den Komponisten *Joh. Theodor Roemhildt* /1684 bis 1756/ legt sich der Herausgeber Karl Saulke ins Zeug. Im Verein mit dem Verleger /Leipzig, C. F. Siegel/ hofft er durch leichte Aufführbarkeit auf Erfolg. Ich bin nicht ihrer Meinung. Es hat eben auch in der Vergangenheit an schwachen Kräften nicht gefehlt. Solche Kantorenarbeiten müßten in Schloß- oder Kirchenbibliotheken im Manuskript zur Verfügung bleiben. Erfreulich ist hingegen die Neuausgabe von 10 geistlichen Duetten des Bachvorgängers *Heinrich Schütz* /1585 bis 1672/, besorgt von Johannes Dittberner /Leipzig, C. F. Kahnt/. Die Werke des Altmeisters wurden in 17 voluminösen Bänden von Philipp Spitta herausgegeben, doch taugt jene Edition nicht für den praktischen Gebrauch; unsere Musiker sind, leider, im Generalbass nicht mehr bewandert und stehen trotz der peinlich genau besorgten Arbeit Spittas vor versperrten Toren. Dittberner hat 8 Duette den Klei-

nen geistlichen Konzerten /1636/ und 2 den *Symphoniae sacrae* /1626 und 1647/ entnommen. Bei der Ausgestaltung des Begleitparts wurde die Beibehaltung der Schützschen Bässe sowie die Realisierung der Bezifferung selbst in den Fällen streng durchgeführt, wo sich harmonische Härten ergaben. Die Dynamik scheint von derlei harmonischen Wiederhaarigkeiten keine Kenntnis nehmen zu wollen und verharrt bei ihrem Stärkegrad. Gewiß ist dies im Sinn Schützens. Unser Ohr will es nicht recht glauben. Nummer 9 bringt viel Chroma, das Schütz aus Italien (man denke an Luca Marenzio) mitgebracht hat. Der Rhythmus erinnert an Madrigale, vielmehr an den mit Tanz verbundenen Gesang. So gleich Nummer 1, das Dittberner, richtig erkennend, »etwas lebhaft« im Tempo nimmt. Die hier der musikalischen Praxis zugeführten Duette sind für Solostimmen mit Orgel geschrieben. Da die kirchenmusikalische Literatur nicht allzu reich an wertvollen Zweigesängen ist, werden diese stark gefühlt, in ihrer Art wesentlichen Stücke unserer Haus- und Kirchenmusik, auch in dieser ruhelosen Zeit, vielleicht erst recht in ihr, äußerst willkommen sein. Man bedenke, daß Schütz diese Gesänge während einer an Entbehrungen und Erniedrigungen nicht ärmern Zeit, während des Dreißigjährigen Krieges, niederschrieb.

Italienische Neuausgaben

Von *Giovanni Battista Pergolesi* /1710 bis 1736/ liegt eine Sonate in Saitenform in D-Dur für Klavier in neuer Revision durch G. Azzoni vor /Mailand, A. & G. Carisch & Co./ Dem Werk, namentlich dem 1. Satz (Allemande), ist Bachscher Stempel aufgedrückt, doch verfolgen wir freudig die mannigfache Ausdruckskraft des beweglichen Italieners, der aus einer Gavotte Variationen schafft, die sich wahrlich hören lassen können. Den Pianisten sei auch Azzonis andere Revisionsarbeit: *Leonardo Leo* /1694 bis 1744/ *Arietta per clavicembalo o pianoforte* /Mailand, A. & G. Carisch & Co./, wärmstens empfohlen. Von Leo, den wir fast nur als Komponisten von a cappella-Chören kennen, bringt auch der Verlag Ricordi in Mailand ein Concerto für 4 obligate Geigen mit Klavierbegleitung. Der Wettstreit der 4 Geigen gibt dem ganzen Werk ein ungemein lebendiges Gepräge. Sonnenmusik. Wogegen ein Cellokonzert in D-Dur, das in einen sonoren Ton gekleidet ist, aus der Seele dieses tonlich vornehmen Instruments spricht. Beide Konzerte bieten echte, aus inneren Zentren quellende Musik, die mit

dem uns geläufigen Virtuosenflitterwerk nichts gemein hat.

Von Antonio Vivaldi /1680 bis 1743/ lernen wir eine Sonate in D-dur für Violine und Baß /Mailand, G. Ricordi & Co./ kennen. Der berühmte römische Komponist Respighi hat den bezifferten Baßpart dechiffriert und die Sonate mit Klavierbegleitung neu realisiert. Klarheit, scharf geprägter Rhythmus, architektonische Kraft leben in dieser Sonate. Schon Bach hat die Vorzüge dieses Komponisten (er lebte längere Zeit am Darmstädter Hof, und seine lebendig eigenartigen Violinkonzerte haben ihn bei allen deutschen Höfen beliebt gemacht) erkannt; also verstehen wir, daß er es der Mühe wert fand sich Vivaldis Werke abzuschreiben oder sie in arrangierter Form neu herauszubringen: ein Vorgehen, das heute als schlimmes Plagiat angesehen werden dürfte.

Die 6. und 8. Violinsonate (mit Klavier) von Francesco Maria Veracini, herausgegeben von Respighi /Mailand, G. Ricordi & Co./, bereichern in hohem Maß unsere einschlägige alte Literatur. Veracini ist mit Bach im gleichen Jahr geboren und spricht auch eine der Bachschen gleiche Sprache. Etwas Rustikales, ein Ton, den Bach nur selten anstimmt, bewirkt jedoch, daß er fast noch nordischer als Bach (etwa im Stil Ostades, Steen, Brueghels) erscheint. Die Kenntnis des gegenseitigen Schaffens dürfte gleichwohl ausgeschlossen sein. Tagliacosso und Bogen haben 16 Sonatenteile des selben Meisters in neue Sonateneinheiten gruppiert /Mailand, G. Ricordi & Co./, darunter eine über alles Lob erhabene Passacaglia von wuchtigen Avanti. Kennen die Geiger sie, nähmen sie sie gern in ihr Pensum auf. Veracinis Akademische Sonaten liefern das Material. Zwar haben die Autoren, eklektisch ans Werk gehend, uns nur das Beste bieten wollen, bei »16 Stücken« blieb diese Anthologie, die uns eben nur »Stücke«, und nicht vollständige authentische Sonaten bringt. Dessen unbeschadet finden die Geiger eine solche Fülle an Kostlichkeiten vor, daß ich nicht umhin kann ihnen gerade diese Anthologie ganz besonders ans Herz und an die Cordae ihrer Instrumente zu binden.

Die Cellosonten Luigi Boccherinis /1743 bis 1805/ waren uns nicht mehr unbekannt; die 3 Sonaten, 2 in C-Dur, die mittlere in Es-Dur, sind in der Revision Gilbert Crepas und Maffeo Zanons erschienen /Mailand, G. Ricordi & Co./ Die Zeit der Virtuosen beginnt. Brillanz der Lauftechnik, Eleganz der Bogenfüh-

rung gewinnen an Boden. Die vielen Ritardandi und Accelerandi sind neue Zutaten; sie sind nicht übel angebracht, also verwertbar.

Clavicembalisti italiani heißt eine 2bändige Ausgabe, die Mario Vitali redigiert /Mailand, G. Ricordi & Co./. Von Frescobaldi an bis Paradisi, also von 1583 bis 1792, steigt chronologisch die Sammlung, deren Krone ein Andantesatz Domenico Scarlattis /1685 bis 1757/ bildet. Aus der großen Longoausgabe (14 starke Bände) ist mir seinerzeit dieses Andante als kompositorisch einzig große Leistung aufgefallen, ein Stück Musik, das die polyphone Richtung in ihrer reifsten Form vertritt. Mit besonderer Genugtuung nahm ich den durch Aufnahme betonten Abdruck dieser Kostlichkeit wahr. (Es dürfte keinen Pianisten geben, der jene 2 Seiten nicht in- und auswendig konnte.)

Liedersammlungen

Eine wahre Fundgrube deutscher Volkspoesie ist die 5-teilige Volksliedersammlung des im 16. Jahrhundert in Amberg und Nürnberg tätigen Mediziners und Musikers Georg Forster, Forsters frische Liedlein genannt. Die 5 Teile sind seinerzeit in Stimmen gedruckt worden, von denen ein einheitlich vollständiges Exemplar nicht mehr vorhanden ist. Eine vollständige, doch nicht in gleicher Auflage publizierte Sammlung findet sich auf der Gymnasialbibliothek zu Heilbronn. Von den 380 Liedern bringt Felix Schwab 50 Lieder mit Klavierbegleitung /Wien, Universaledition/; dem Klavierpart ist auch die führende Melodie einverleibt worden, so daß die hübsche Auswahl auch als Lieder ohne Worte am Klavier spielbar ist. Faksimiledrucke, Frontispizabdrucke, Vignetten usw. schmücken die jedem zu empfehlende Sammlung. Natürlich ist sie den weiteren Kreisen zu liebe gegeben worden. Meiner Auffassung nach hätte der große, verdienstvolle und rührige Verlag, der jahraus jahrein mit modernen Eintagsfliegen aufwartet, uns lieber eine Chorausgabe im Sinn Forsters schenken sollen. Und nicht nur Forsters. Da haben wir die Liederbücher Peter Schöffers, Arat von Aichs, Johann Otts, Heinrich Fincks. Warum singen unsere Chöre nicht »Schöne, außerlesene Lieder des hochberühmten Henrici Finckens, sampt anderen neuen Liedern von den fürnemsten diser Kunst gesetzt, lustig zu singen, vor auff die Instrument dienstlich, vor nie im Druck außgangen MDXXXVI Nurenperge? Unser Kaiserliederbuch ist ein erbärmlich zusammen-

gestoppeltes Flickwerk, ein Sammelsurium von viel Gutem, aber auch von viel Mittelmäßigem, und dies zumeist in arrangierter Form. Und Rhaws 3stimmige Liedersammlung /1542/, die Rotenbacher Bergkreigen /1551/, Melchior Franks Liederwerke /1602 bis 1623/, ach, ein unendlich reicher Schatz bleibt in den Bibliotheken wohlverwahrt.

Fritz Jöde, der Führer der musikalischen Jugendbewegung in Deutschland, versteht es den jungen Leuten den alten *polyphonen Gesang* näherzubringen. Ein kürzlich in 2 Heften herausgegebenes Altdeutsches Liederbuch /Wolfenbüttel, Julius Zwißler/ gibt alte Lieder in 2stimmiger Form wieder. Sie können von Frauen, Kindern, Männern oder gemischten Stimmgattungen gesungen werden. Auch geht es an, daß die Hauptmelodie gesungen, die imitierende 2. Stimme auf einem tonkräftigern Instrument gespielt wird. Die Lieder sind aus David Wolters New Katechismus Gesangbüchlein /1589/, aus dem Paderborner Gesangbuch /1617/, aus Voglers Katechismus in auserlesenen Exempeln /1627/, aus dem Dresdener /1593/ und aus dem Straßburger /1697/, aus Beutners /1602/, aus dem Bamberger Gesangbuch /1670/ usw. entnommen. Ein wahrer Schatz wurde in denkbar bester Form ans Licht gebracht. Es wäre für die musikalische Erziehung unserer Schuljugend von größtem Nutzen, wenn die Schulbehörden sich entschlossen Jödes in ihrer Art einzig dastehende Sammlung in den Lehrplan aufzunehmen; dann haben wir den Weg zu Bach, Händel, Mozart und zum mißverstandenen Reger geebnet.

Deutsche Lieder vergangener Jahrhunderte /Wolfenbüttel, Julius Zwißler/ in 3stimmigem polyphonen Satz, bearbeitet von einem jungen Musiker namens Walter Rein, von dem wir auch Eigenes und Wertvolles erhoffen, ergänzen Jödes Sammlung. Das Werk ist als kunstreiche Arbeit im Geistig-Handwerklichen mit besonderer Freude zu begrüßen.

Alte deutsche *Kirchenlieder* zur *Laute* von Karl Gofferje /Wolfenbüttel, Julius Zwißler/ sollen den Choral, losgelöst von seiner Rolle in der Kirche, wo er hauptsächlich als Text mit einer unentbehrlichen Musikbeilage sein kümmerliches Dasein fristet, als Tondichtung aufleben lassen. Gofferje baut einen polyphonen gehaltenen Lautensatz unter die Lieder und versteht es vorzüglich mit seiner Bearbeitung nicht nur im Rahmen zu bleiben sondern die Schönheit der alten, wahr empfundenen Lieder besonders zu betonen. Der Lautensatz mag wohl für

die Laute stimmen, der reine Satz untersteht anderen Gesetzen.

Mit besonderer Freude begrüßt man einen Wach auf! betitelten stattlichen Band von *Festlichen Weisen* »in alten und neuen Tonsätzen vom Turm zu blasen oder in Gemeinschaft zu singen, dem deutschen Volke dargebracht von Walther Hensel« /Eger, Böhmerlandverlag/. Der altertümliche Titel schmeckt etwas nach verkappter Romantik, doch das effektiv Gebotene erfreut uns in jeder Hinsicht. Hier haben wir eine leichtfaßlich dargestellte praktische Musikgeschichte. Kein philologisches Elaborat für Feinschmecker, sondern den gangbaren Weg durch verschüttete unterirdische Gänge in alte Zeiten für unsere suchend tastende Zeit. Hensel eröffnet die Sammlung mit einem Wächterlied aus dem 16. Jahrhundert, Choräle, Volkslieder folgen, teils in ihren Originalchorfassungen teils vom Herausgeber mit großem Können meisterhaft neu gesetzt. Palestrina und Bertalotti folgen. (Jeder Chordirigent sei auf Bertalottis Chorsollelegien, die bei C. F. Peters, mit deutschem Text bei Breitkopf & Härtel erschienen sind, mit Nachdruck verwiesen: der einzige Weg die verlorene a cappella-Kultur wiederzugewinnen.) Dann wiederum prächtige Trompeten- und Posaunenensembles von Bach, Staden und von unbekanntem Autoren. Der Freuden kein Ende beim Singen und Spielen dieser alten Herrlichkeiten, die allesamt von Kraft und Echtheit strotzen. Da die Bläuersätze, so wie sie notiert sind, auch am Klavier spielbar sind, darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß das gut ausgestattete Buch bald in jedem musikliebenden Haus den "Sang und Klang"-Unfug beseitige.

Händel

Auch Händel gehört zu jenen Größen, die man mehr vom Hörensagen als vom Hören kennt. Als Bachs Zeitgenosse im Großbetrieb Londoner Lebens wirkend, hat der Hallenser Meister ein an Erfolgen und Enttäuschungen reiches Dasein mit einer schier unfaßbaren Menge großer Werke ausgefüllt. Seine Nachfolger widmeten sich den graziöseren Formen der Musik, und die Romantiker trachteten das Ich in tönende Form zu bringen. Also wurde Händel dem Biedermeier und der Romantik fremd, und nur das Largo, ein Marsch aus Judas Makabäus und eine Arie aus Rinaldo kündeten noch von seinem Erdenwallen. Sein grandioses Oratorium vom *Messias* und das noch gewaltigere von Israel in Ägypten hörte man hie und da. Jedoch

daß er in einiger Zeit eine Renaissance, eine Wiedererweckung ohne gleichen erleben würde, ahnten nur wenige. Unter diesen aber der Leipziger Musikhistoriker Adolf Aber, der des öftern darauf hingewiesen hat, daß Händels Kraft unserer zermürbten Welt wieder Halt geben würde (bis er in merkwürdiger Wendung in dem, zu Händel antipodisch stehenden Franz Schreker das Heil der Welt erblickte). Der Verfasser dieser Rundschau hat wiederholt während seiner Lehrtätigkeit in Hellerau (das wohl geeignet gewesen wäre den Werken zu neuem Leben zu verhelfen) auf Händels Opern hingewiesen, von denen nun in den letzten Jahren in Göttingen, dann in Halle, Hannover und Berlin die ersten, von innerm Erfolg begleiteten Aufführungen stattgefunden haben. Die in Hannovers großer Kuppelhalle stilistisch neu gestaltete, halb konzertante, halb theatrale Aufführung des Sauls unter der feurig begeisternden Leitung Rudolf Schulz-Dornburgs bewies, daß wir eine faktische Regeneration unseres gesamten Musiklebens durch Händels Auferstehung zu erhoffen haben.

Händel ist der Mann der lapidaren Kraft, seine Musik strömt in breitem Zug dahin und trifft in angedeuteter Detailschilderung das Charakteristische. Seine Farbe ist Purpur oder Rembrandtbraun. Heldenhaft oder in mystisches Dunkel verhüllt ist seine Sprache. So oder so, er hat immer die Clairvoyance, die keinen Zweifel über das Gewollte übrigläßt. Und gerade das klar Ausgesprochene, das bezeichnet Händels Musik und stempelt ihn zum Erlöser unserer in amorphen Nervennuancierungen dahinsiechenden richtungslosen Welt. Es ist durchaus nötig sich Händel vorerst in seiner abstrakten Kammermusik mit gläubigem Herzen zu nähern. Seine Klavier- und Violinsonaten, die die großen deutschen Editionsände zu verbreiten suchten, dürften willkommene Führer zum Monumentalstil Händels sein. Seine Oboensonaten und seine Trios, seine kleineren Kantaten, die Concerti grossi sind weitere solche Stationen. Ob das konzertante Oratorium oder seine szenische Darstellung uns jenen Händel bringt, den wir schon seit Jahrzehnten herbeisehen, wird die Zukunft entscheiden. Die von seiner Zeit vielfach mißverstandenen Allegorien, die den Zugang zu seinen 45 Opern erschweren, müssen durch angemessene Retuscharbeiten eliminiert werden. Daß solche mit feinem Takt vollzogenen, sich in den Geist Händels versenkenden Restaurierungen zum erwünschten Ziel führen können,

beweisen die Göttinger Opernfestspiele. Sie veranstaltet und nun schon mehrere Jahre durchgeführt zu haben ist ein nicht genug zu preisendes Verdienst des Göttinger Universitätsdozenten Oskar Hagen. Die Aufführungen standen auf ungewöhnlicher Höhe. Es war eine Liebe zur Sache am Werk, die alle einzelnen Mitwirkenden und namentlich auch den (nichtprofessionellen) Chor beseele. Das eigentliche Wesen der Händelschen Opernmusik: der starke (und, im Gegensatz etwa zu Wagner, unpersönliche, weil rein auf die Dinge gerichtete) Ausdruck, wirkte dort ungebrochen auf den Hörer. Diese Werke, die eine nun vergehende intellektuelle Zeit als "Arienbündel" von oben herab abtun zu können glaubte, ergriff hier in jedem einzelnen Stück durch das zwingend Allgemeingültige (und darum Gemeinschaftsbildende). Es berührten einen die ewigen Empfindungen des Menschen, die die Gesetze des Daseins formten. Das in seiner Einfachheit bis ins letzte erschütternde Recitativ Caesars an die »Manen des großen Pompejus«, durch alle Tonarten sich hindurchziehend, ließ uns das »jammervolle Dasein«, das wir immer tragen, von dem wir manchmal sprechen, und das wir doch nicht erfassen, im Innersten fühlen: »Wir sind wie Spreu, und uns verweht ein Windhauch.« Und dann nun wieder, in eben diesem Caesar, der schaffende, handelnde Mensch, der seine Aufgabe auf dieser Erde kennt, in der Arie »Da seh ich einen Jägersmann«, in der das Horn beständig hinter der Singstimme einherläuft, Verfolger und Verfolgter zu einem werden, »bis er sein Ziel erreicht«. Und wie wühlt uns die Arie Grimwalds (in der Rodelinde) auf: »Diese Zweifel! Die Liebe! Das Bangen! Wohin treiben die wilden Gedanken?« Dieser Mensch, von der Schwäche hin und her geworfen, zum Guten mächtig hingezogen, dem Schlimmen sich weggebend: das ist nicht irgendeine Person, das ist der Mensch. Man könnte so jede Arie, jedes Recitativ anführen (auch die wenigen Stellen, die nicht Einzelgesang sind: so das unendliche Weh des hoffnungslosen Endes, das uns im Duett Cornelia-Sextus umfängt, oder den Jubel der Vereinigung von Caesar und Kleopatra in der Schlußszene, der doch schon die Melancholie der Vergänglichkeit in sich trägt), um den immer sich erneuernden Reichtum dieser Musik darzulegen. Wie wuchsen die Sänger an ihrer Aufgabe, mit welcher Hingabe gestalteten Wilhelm Guttman, Eleanor Reynolds, Thyra Hagen, Georg Walter, Bruno Bergmann, wie intensiv war der Tanz der Wigmannschüle-

rinnen, wie enthusiastisch vereinigten die Studenten und Studentinnen Göttingens ihre Stimmen im Chor! Diese Festspiele bedeuten eine große Tat, deren Einwirkung wohl auch auf die musikalische Produktion in der Folge fühlbar sein wird. Die Berliner Große Volksoper, dieses wagemutige Institut, das stets Neues und in neuer Weise schaffen will und in der kurzen Zeit seines Bestehens so viel geleistet und das Alte, Anerkannte überholt hat, bringt diese Händelschen Opern auch nach Berlin. Fürs erste ist da der Caesar aufgeführt worden. Es war allerdings eine unglückliche Idee der sonst so treffsicheren Leitung die Oper im Stil der Barockzeit zu geben, wodurch im Prinzip aus dem lebensprühenden Werk eine historische Reminiszenz gemacht wurde. Doch der musikalische Gehalt der Aufführungen, namentlich unter dem jetzigen Dirigenten Fritz Zweig, war so groß, daß man diese mise en scène vollständig übersah, besser überhörte. Man darf sich daher auf die Aufführungen von Otto und Theophano und Rodelinde freuen, die von der Großen Volksoper für die nächste Zeit angekündigt sind.

Von dem 200 Jahre alten Händel wird in dieser, dem neuen Schaffen gewidmeten Rundschau noch weiter als von einem Neuen berichtet werden müssen.

Kammermusik Zu den vorhandenen Tierlautkompositionen, beispielsweise Haydns Lerchen- und Froschquartetten, gesellen sich Amselrufe. So benennt der Schweizer Komponist *Hermann Suter* sein Opus 20, das sein 3. Streichquartett /Zürich, Hug & Co./ bildet. Suter steht an der Spitze seiner Schweizer Tongenossen. Wir kennen in ihm einen Mann von Kultur und Geschmack. Nie verläßt er einer vagen Problematik zuliebe die heiligen Grundlagen der Musik, noch dazu die zum Stilbekenntnis zwingenden Grenzen der Kammermusik. Sein Quartett wie auch sein Streichsextett Opus 18 /Zürich, Hug & Co./ zeugen von nobler Erfindung; Ausdruck und Form stehen gleichbetont unter einer meisterhaften Technik. Die leidige Frage, ob diese Musik auch neu sei, ist den positiven musikalischen Qualitäten gegenüber belanglos. Sie ist echt und wesentlich.

Dieses Urteil kann man über ein Streichquartett des Wieners *Carl Prohaska* Opus 16 /Zürich, Hüni & Co./ nicht fällen. Das einzig Bemerkenswerte an dem Werk ist seine Besetzung: 2 Violinen, Bratsche, Cello und Kontrabaß.

Thematisch, kontrapunktisch arm, formal disproportioniert atmet es Langeweile, die der Autor nicht einmal im lebhaften letzten Satz abzustreifen imstande ist. Steigerungen in schrittweisen Höberschraubungen, wie wir dies in der Tristanpartitur wohl motiviert und scharf profiliert vorfinden, stehen bei Prohaska auf Seite 81 seines Werks kraftlos da.

Kurze Chronik Um der wachsenden Verschlechterung unserer Orchester zu steuern, beschlossen die Kultusministerien der Einzelländer gemeinsam mit den Berufsorganisationen der Musiker überall in Deutschland *Orchesterschulen* zur Ausbildung von Orchestermitgliedern zu errichten. Eine Vereinigung, die sich Freunde der Orchesterschulen nennt, hat sich gebildet, vor allem um die Mittel für die Gründung der neuen Schulen zu beschaffen. ◊ In *Wien* beschloß man die Errichtung einer Staatlichen Musikhochschule, die nach dem Muster der Berliner Musikhochschule den jungen Musikstudierenden die höchste musikalische Ausbildung bei den Meistern der Kompositionslehre gewährleisten soll.

Literatur Von der Einheit der Musik betitelt *Ferruccio Busoni* den Sammelband seiner in Zeitschriften und Schubfächern verstreuten Aufzeichnungen /Berlin, Max Hesse/. Einem an Eindrücken, Erlebnissen, Plänen und Idealen reichen Leben tasten wir nach. In diesem Buch spricht der Verfasser über seine Art des Komponierens, beleuchtet pianistische Fragen, übersetzt ein Sonett Petrarcas, polemisiert, kritisiert, des öfters sich selbst, entwirft eine szenische Skizze zur Matthäuspassion. Vom Jahr 1906 stammen seine Mozartaphorismen, die, tief erschaut, uns aus der Seele sprechen. Nachdem er sich für das nur relativ Neue eingesetzt hat, wird in Busoni doch noch die Sendung Mozarts wach. Im Januar 1920 richtet er einen, in der Frankfurter Zeitung abgedruckten Brief an Paul Bekker. Busoni an der Spitze der "jungen Klassizität". Er wird ohne Gefolge bleiben. Denn das, was er gefördert wissen will, gründet sich auf exaktes Können, gegen das, was manche vermeintlich Jungen leisten: Manierismus, der leicht abguckbare Willkürlichkeiten des Verkrampten in unabsehbaren Varianten wiederholen möchte. Nun findet man zahlreiche Hinweise auf Bach, Liszt und Chopin. Am schönsten dünkt mich ein in seiner Art revolutionärer Aufsatz

Was gab uns Beethoven? Hier finden wir Busoni auf dem Weg zu einem wirklichen Neuland. Leider kommt er aber auch nachher vom Ich, vom großen Ich nicht los. Und deshalb läßt er Aufzeichnungen auferstehen, die längst in Vergessenheit liegen müßten. Ich möchte seine Aufzeichnungen nach der Entichung lesen, die ihm zweifellos bevorsteht. ◊ Wiener Musikschriftsteller haben Musik in ihrer Prosa. Ihre Sätze fließen angenehm dahin, sie lesen sich bequem und amüsant. Wenn der bekannte Wiener Musikschriftsteller *Paul Stefan* über Neue Musik und Wien /Wien, E. P. Tal & Co./ auf 75 Seiten berichtet, so versteht er es virtuos über Vergangenes und Gegenwärtiges in der graziösesten Form zu plaudern. Ein scharfes Nein gibt es nicht. Das Buch ist in Wiens schweren Tagen entstanden; heute, wo Österreich "Edelvaluta" besitzt, sind einige resignierte Randbemerkungen Stefans hinfällig geworden. ◊ Das hörende Publikum verlangt nach *Musikführern*. Als solche erschienen ein Erläuterungsbuch Alfred Heuß' Kammermusikabende /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, das aus dem praktischen Konzertleben hervorgegangen ist, und ein in die Opernliteratur einführendes Werk Das große Opernbuch von Alexander Eisenmann/ Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Heuß stellt sich die Aufgabe einer Generation, die von Kammermusik unberührt blieb, charakteristische Meisterwerke näherzubringen. Selbstverständlich vorwiegend die großen Klassiker. Unter den neueren Komponisten finden wir auch Grieg, dessen übles Quartettmachwerk der sonst fulminante Kritiker schonend verstehend behandelt. Bei Dvoraks F-Dur-Quartett verschweigt er die Abstammung; von den darin angewandten Rag-Times und anderen Originalmelodien erwähnt er kein Wort. Unbeschadet dieser Mängel stellt das Buch einen verlässlichen Cicerone für das Eindringen in einige Meisterwerke kammermusikalischer Kunst dar. Alexander Eisenmann beschreibt in seinem Opernbuch alle Opern, die in den letzten 20 Jahren in Stuttgart in Szene gingen. Da sind denn freilich auch viele Erscheinungen vorübergehender Art, tote Opern oder solche, die nie lebten, darunter. Das ist bedauerlich. Ein Führer durch die wirklich bedeutenden Opern, der sie aus dem Wesen ihrer Musik erfaßt, könnte gute Wirkung haben. Vielleicht denkt die verdienstvolle Deutsche Verlagsanstalt daran bei einer Neuedition mit größerer Strenge vorzugehen.

KULTUR

Landwirtschaft / Fritz Baade

Allgemeines Nach fast anderthalbjähriger Pause, die dem Tod des vorigen Bearbeiters Franz Fest folgte, wird nunmehr die landwirtschaftliche Rundschau der Sozialistischen Monatshefte wieder aufgenommen. Wer es unternehmen will über das gesamte, ungeheuer mannigfaltige Gebiet der Landwirtschaft fortdauernd Bericht zu erstatten, der sollte gleich zu Anfang sich und seinen Lesern darüber Rechenschaft ablegen, inwieweit er dies auf Grund eigener praktischer Anschauung und Erfahrung tun kann, was er ferner auf Grund selbständiger theoretischer Studien hinzuzufügen imstande ist, und inwieweit er schließlich darauf angewiesen ist die Lücken der Anschauung durch Berichte aus der Fachliteratur zu ergänzen. Was zunächst die landwirtschaftliche Praxis betrifft, so verdanke ich darin alles dem eigenen Betrieb, einem Grundbesitz von etwa 150 Morgen, und dem wirtschaftlichen Umkreis dieses Betriebs, einem südhannoverschen Bauerndorf. Unser Boden hier ist Bergland, trockener, steiniger Muschelkalkboden. Das Rückgrat unserer Betriebe ist (oder sollte wenigstens allgemein sein) der Futterbau, insbesondere der Luzernebau. Die Praxis alles dessen, was mit Sandboden, Wiesen und Weidewirtschaft im Tiefland zu tun hat, kenne ich nicht aus persönlicher Anschauung, ebensowenig die Betriebsform des nord- und ostdeutschen Großgutsbetriebs. Hier bin ich also fürs erste, bis ich den Kreis der praktischen Erfahrungen erweitert habe, auf die wissenschaftliche Literatur und auf die Veröffentlichungen der Behörden und Organisationen angewiesen. Vieles Aneinandervorbeireden in landwirtschaftlichen Fragen könnte vermieden werden, wenn man sich nur immer der großen Relativität der praktischen Erfahrung bewußt wäre, die eine ganz andere ist bei einem Großgrundbesitzer oder Administrator des Ostens als bei einem bayrischen Bauern oder Landwirtschaftslehrer, und eine wieder ganz andere bei einem Hofbesitzer aus Oldenburg oder Holstein. In umfassender Weise hoffe ich über volkswirtschaftliche Fragen auf Grund eigener Untersuchungen etwas sagen zu können, ganz besonders über die Probleme, die sich infolge der Geldentwertung und des Währungsverfalls für die Landwirtschaft ergeben haben. In diese Rundschau, die der Landwirtschaft als

solcher, ihrer Entwicklung und ihren Methoden gewidmet ist, gehört die Erörterung jener Probleme freilich nur so weit hinein, als die allgemeinen volkswirtschaftlichen Prozesse die agrarische Technik, die Behandlung des Bodens, die Art der Viehzucht usw. direkt beeinflussen und bestimmen. Der Zustand unseres Wirtschaftslebens seit dem Krieg hat aber überall die rein wirtschaftlichen Fragen, vor allem die Fragen der Preise und Preisveränderungen, in einer Weise in den Vordergrund gerückt, daß es nötig erscheint, gerade um über die technischen Fortschritte und Probleme berichten zu können, zunächst auch diese Dinge ausführlich darzustellen. Aus diesem Grund wird hier in meinem Artikel Die deutsche Landwirtschaft nach dem Krieg (in diesem Band Seite 657 ff.) versucht eine Übersicht zu geben, die als Grundlage für eine fortlaufende weitere Berichterstattung dienen soll.

Zur Methode der Rundschau sei nur noch bemerkt: Der Bearbeiter hat es sich zum Ziel gesetzt überall, wo in ihr volkswirtschaftliche Bewegungen und Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden, sich nicht mit der bloßen allgemeinen Erwähnung von Kräften und Richtungen zu begnügen sondern, soweit es möglich ist, bis zu wenigstens annähernden Vorstellungen von der zahlen- und mengenmäßigen Bedeutung der Vorgänge zu gelangen. Auch wird er bemüht sein überall dort, wo eine Zahl gegeben wird, dieser Zahl, die alleinstehend wenig besagt, lebendige Bedeutung durch Vergleichung mit anderen bekannten Zahlen und Größen zu verleihen. Volkswirtschaftliches Denken muß stets quantitativ und relativ sein: Der einzelne Vorgang wird nach seiner Bedeutung in der Bilanz der gesamten Volkswirtschaft gewertet.

Bockharaklee Wenn man die landwirtschaftliche Literatur der letzten 100 Jahre verfolgt, so liest man alle paar Jahre oder Jahrzehnte immer wieder von der angeblich soeben gemachten Entdeckung einer Wunderpflanze, die mit den verschiedensten Namen wie Riesenklee, Wunderklee, Riesensteinklee bezeichnet wird. Diese Wunderpflanze begnüge sich mit den allerschlechtesten Böden, wachse sogar auf Geröllhalden und steinigem Böschungen mit größter Üppigkeit und habe einen wundervollen, an den besten Heugeruch erinnernden Duft. Bei all diesen Neuentdeckungen handelt es sich immer um den *Melilotus albus variatio altissimus*, den Stein- oder Bockharaklee.

In der Tat hat der Steinklee, den man in den meisten Gegenden wildwachsend findet, und zwar besonders an unfruchtbaren und wüsten Orten, Eigenschaften, die geradezu zwingend den Gedanken herausfordern, daß es sich hier um eine besonders kulturwürdige Pflanze handeln muß. Keine andere Kleeart vereinigt in gleicher Weise äußerste Anspruchslosigkeit hinsichtlich des Bodens mit üppigem Wuchs. Leider bezieht sich diese Wachstumsfreudigkeit mehr auf den Stengel und die Blütenstände als auf die Blätter; auch ist die Reproduktionsfähigkeit erheblich geringer als bei anderen Kleearten. Viel schlimmer aber ist etwas anderes: Der ganze Riesenertrag an Grünmasse ist wirtschaftlich wertlos, denn der Steinklee wird vom Vieh nicht gefressen. Es ist gerade der den Menschen so angenehme Duft, der die Pflanze dem Vieh widerwärtig macht. Der Bockharaklee hat einen außerordentlich hohen Kumaringehalt, und dieses Kumarin, der wirksame Bestandteil im Aroma des Waldmeisters, der Vanille und vieler starkduftender Gräser, ist dem Vieh unsympathisch.

Nun teilt der Administrator Breithaupt in der Illustrierten Landwirtschaftlichen Zeitung mit, daß er Bockharaklee ensiliert habe. Der Bockharaklee habe eine sehr gute Silage von durchaus befriedigendem Futterwert ergeben. Und, was das Wichtigste ist, das Vieh habe dieses ensilierte Futter vom ersten Augenblick an gern gefressen. Anscheinend ist also durch den Gärungsprozess die aromatische Substanz zerstört oder wenigstens unwirksam gemacht worden. Dieser Vorgang hat an und für sich nichts Unwahrscheinliches; es sollen ja auch die unangenehmen Eigenschaften des Duwok (*Wiesenschachtelhalm*) durch die Gärung beseitigt werden.

Sollten sich die Beobachtungen Breithaupts bestätigen, so dürfte der Bockharaklee sich vielleicht doch noch als eine brauchbare Pflanze erweisen, mit der man von sonst völlig nutzlosem Ödland einen Futterertrag gewinnen kann.

Sojabohne Ebenfalls eine Wunderpflanze, allerdings in sehr viel positiverem Sinn, ist die Sojabohne, deren Früchte einen Fettgehalt bis über 25 % und einen Eiweißgehalt bis über 40 % haben (siehe auch diese Rundschau, 1921 II Seite 634). Man hat, und nicht mit Unrecht, gesagt, daß es die größte Revolution der europäischen Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse bedeuten würde.

wenn es gelänge eine Sorte der Sojabohne zu züchten, die in mitteleuropäischem Klima lohnende Erträge liefert. Leider sind wir trotz manchen optimistischen Hoffnungen von diesem Ziel noch weit entfernt. So berichtete im Mai dieses Jahres der Professor Fruwirt über Versuche mit mehreren amerikanischen Sorten von Sojabohnen. Keine dieser Sorten, die eine ganz besonders kurze Vegetationsdauer haben sollten, brachte es im niederösterreichischen Klima zu nennenswerten Erträgen, während verschiedene deutsche und österreichische Sorten doch immerhin zur Reife kommen und, wenn auch bescheidene, Erträge liefern. Fruwirt nimmt diesen erneuten Mißerfolg zum Anlaß, um das Urteil zu wiederholen, das er 1915 nach vieljähriger Beschäftigung mit der Sojabohne gefällt hat. Er sagt, daß die wirklich ertragreichen Sorten der Sojabohne nur in den Gegenden gedeihen, wo der Weinstock ein Getränk von guter Qualität ergibt, und der Körnermais (nicht der Pferdezahnmais) zur Reife kommt. Die minder ertragreichen, kurzlebigen Sorten der Sojabohne gedeihen auch noch unter ungünstigeren klimatischen Bedingungen. Der Ertrag dieser Sorten steht aber hinter dem der anspruchsvolleren so weit zurück, daß im mittlern und nördlichen Mitteleuropa andere Pflanzen der Sojabohne überlegen sind. In der Fettproduktion ist dies der Raps, in der Eiweißproduktion die Pferdebohne.

Dieses Resultat dürfte auch durch weitere züchterische Erfolge nur eine mehr oder weniger beträchtliche graduelle Verbesserung erfahren. Eine völlige Revolution der mitteleuropäischen Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung, ein Wunder also, wird von der Sojabohne kaum zu erwarten sein. Für wichtiger als die europäische Eigenproduktion der Sojabohne hält Fruwirt einen vermehrten Verbrauch dieses hochwertigen und beim Import überaus preiswerten Futtermittels.

Kurze Chronik Das Amt des *deutschen Ernährungsministers* hat am 23. Oktober der Reichstagsabgeordnete Gerhard Graf von Kanitz übernommen, dem man die Eignung hierfür zutrauen konnte. Einen Monat später, am 23. November, trat das Kabinett Stresemann zurück, bevor Kanitz noch zu einer eigentlichen Wirksamkeit gekommen war. Ob er in der neuen Regierung sein Amt fortführen wird, steht noch dahin. ◊ Der Verein zur För-

derung der Moorkultur im Deutschen Reich veranstaltete im vorigen Jahr eine *Silagestudienfahrt* in der Umgegend von Leipzig. Die Siloanlage auf dem Versuchsgut Oberholz gehört dem Landwirtschaftlichen Institut der Universität Leipzig. Sie besteht aus 1 Herbareformsilo und 3 Elektrosilos. Das in den Elektrosilos gewonnene Futter war ein Sauerfutter und enthielt neben Essig- und Milchsäure auch mehrere Tausendstel Buttersäure. Die Anlagen des Versuchsguts Möckern umfassen 1 amerikanischen Turmsilo, 1 Süßpreßfuttersilo und 2 kleine Elektrosilos. ◊ Am 28. September 1923 fand im preußischen Landwirtschaftsministerium die 65. Sitzung betreffend allgemeine *Düngerangelegenheiten* statt. Nach dem Bericht des Ministerialrats Mücke wurden im Düngejahr 1921-1922 300 000 Tonnen Stickstoff, 312 000 Tonnen Phosphorsäure, 775 000 Tonnen Kali abgesetzt, im Düngejahr 1922-1923 nur noch 228 000 Tonnen Stickstoff, 295 000 Tonnen Phosphorsäure, 695 000 Tonnen Kali. Seit dem 1. Mai 1923 ist der Absatz noch weiter verringert worden; er betrug in der Zeit vom 1. Mai 1923 bis zum 31. Juli 1923 für Stickstoff 50 %, für Phosphorsäure 68 %, für Kali 8 %.

Literatur

Die Schrift *Ludwig Niggls* Das Grünland in der neuzeitlichen Landwirtschaft /Berlin, Paul Parey/ gibt eine ausgezeichnete Übersicht über die betriebswissenschaftlichen und organisatorischen Grundlagen der Grünlandsbewegung. Sie teilt mit der Bewegung, die sie schildert, auch deren Schwächen; die einseitige Berücksichtigung süddeutscher Verhältnisse. Niggel weist selbst auf diese Einseitigkeit hin, indem er seine Abhandlung eine »praktische Anleitung zur Bewirtschaftung von Wiesen und Weiden auf Grund der Erfahrungen in Steirern« nennt. ◊ Über die Frage der Grünfütterkonservierung in Silos berichtet die Deutsche Landwirtschaftliche Gesellschaft im 23. Heft ihrer Arbeiten. Der Bericht stammt aus einer umfangreichen kritischen Prüfung der verschiedenen Verfahren und bietet ein ausgezeichnetes Bild des augenblicklichen Standes des *Siloproblems*. Wer sich über diese Frage näher unterrichten will, kann außerdem noch die Arbeiten H. von Wencksterns Das neue Süßpreßfütterverfahren in Silos sowie F. F. Matenaers Moderne Futtersilos (auf Grund der amerikanischen Erfahrungen) heranziehen; beide erschienen bei Parey in Berlin.

Kolonisation / Herman Kranold

Baumwollpflücken Vor mehr als einem Jahrzehnt berichtete Gerhard Hildebrand in dieser Rundschau über Versuche die Baumwolle von der Baumwollpflanze mit Hilfe von Maschinen zu pflücken. Mit diesen Versuchen ist es nur langsam vorwärtsgegangen, obwohl der Mangel an Arbeitern in den baumwollebauenden Staaten Nordamerikas einen starken Antrieb zu ihrer Fortsetzung bieten mußte. Hemmend für die Einführung von Maschinen ist die Tatsache, daß die Baumwollkultur während der ganzen Vegetationsperiode die Aufwendung menschlicher Arbeitskraft erfordert. Das Aufwerfen der Furchen, das Aussäen, die Pflege des Bodens und der Baumwollpflanze werden bis zur Ernte ohne längere Unterbrechung fortgeführt. Deshalb bliebe das Problem der Beschaffung ausreichender menschlicher Arbeitskräfte für die Baumwollkultur bestehen, selbst wenn in der Ernte durch Anwendung von Maschinenarbeit eine nennenswerte Arbeitersparnis zu erzielen wäre. In den letzten Jahren machte der Kampf gegen die Baumwollspinnerraupe sogar eine verstärkte Anwendung menschlicher Arbeit während der Vegetationsperiode nötig; die Baumwollpflanze muß, ähnlich wie in Europa der Weinstock zum Schutz gegen die Parasiten mit Kupfervitriol besprengt wird, mit einer Gifflösung (Kalium arsenicosum) besprengt werden, die den Spinner vernichtet. Der Mangel an Arbeitern für die Baumwollkultur im Süden der Vereinigten Staaten hat sich zudem erst seit 1914 in nennenswertem Maß bemerkbar gemacht. Es besteht also eine Wechselwirkung zwischen dem Bedarf an Arbeitskräften für die Ernte und für die Kultur. Frank Nasmith, der im Manchester Guardian Commercial vom 23. August 1923 einen ausführlichen Aufsatz über diese Fragen veröffentlichte, weist mit Recht auf die verzwickte Lage hin, die durch diesen Stand der Dinge geschaffen ist. Solange die Arbeitskräfte an sich nicht knapp waren und mangels einer brauchbaren Pflückmaschine während der Ernteperiode in großer Zahl gebraucht wurden, war es nicht nur zwecklos in den anderen Phasen der Baumwollkultur nach Möglichkeit Maschinenarbeit einzuführen, sondern es war geradezu gefährlich, weil dadurch eine Verringerung der Arbeiter hervorgerufen worden wäre, die sich in der Ernteperiode nicht hätten entbehren und durch Wanderarbeiter auch nicht er-

setzen lassen. Als aber, infolge der Wirkungen des Krieges, die menschliche Arbeit knapp wurde, war wiederum die Maschinenteknik nicht weit genug entwickelt, um eine Verringerung der Arbeitskräfte während der Vegetationsperiode zu erlauben, wie sie für die Ernteperiode durch Förderung des maschinellen Pflückens erzielbar gewesen wäre. Seit 1914 ist nun eine Massenabwanderung von Negern aus dem Baumwollgebiet der Vereinigten Staaten zu beobachten. Allein im Staat Georgia fehlten, wie der New Yorker Nation vom 12. September 1923 zu entnehmen ist, infolge der Negerabwanderung in diesem Jahr 70 843 Arbeiter; 46 674 Farmen wurden einfach verlassen, und das in einem Staat, der 1910 2,6 Millionen Einwohner hatte, davon 2 Millionen landwirtschaftliche Bevölkerung. Die Besitzer von Baumwollfarmen stecken deshalb in allerlei Nöten, die Löhne sind erheblich gestiegen. Im Verein mit der Verwüstung der Baumwollkulturen durch die Raupenplage sind durch die Verhältnisse auf den weniger guten Böden die Produktionskosten derartig angewachsen, daß sie selbst durch die stark erhöhten Weltmarktpreise für Baumwolle nicht mehr gedeckt werden. Dabei haben die Weltmarktpreise längst eine solche Höhe erreicht, daß der Baumwollverbrauch der Welt einen erheblichen Rückgang wird erfahren müssen. Abgesehen von dem bis auf weiteres wenig aussichtsreichen Kampf gegen den Baumwollspinner besteht also die Lebensfrage für einen großen Teil der Baumwollfarmer in dem Problem der Herunterdrückung der Lohnkosten, das heißt bei der Lage des landwirtschaftlichen Arbeitsmarkts in den Vereinigten Staaten der im Produkt investierten Arbeitsmenge. Die Folge mußte sein, daß man bestrebt war in allen Phasen der Kultur und Ernte die Anwendung der Maschine zu verstärken. Das hat tatsächlich zu technischen Fortschritten im Maschinenwesen geführt. Ein weiterer Anreiz dazu lag in dem beständigen Sinken der menschlichen Arbeitsleistung bei der Pflückarbeit. Während vor der Abschaffung der Sklaverei ein Arbeiter ungefähr 400 englische Pfund Baumwolle täglich pflückte, ist die Leistung bis zur Gegenwart allmählich bis auf 75 englische Pfund täglich gesunken. Dazu kommt, daß man das Pflücken der Baumwolle möglichst erst bei voller Reife der ganzen Kultur beginnen und dann so rasch wie tunlich beenden soll, weil

sonst viel gute Baumwolle verloren geht. Allerdings kommen die Baumwollkapseln an der selben Pflanze nicht alle genau zu gleicher Zeit zur Reife; vielmehr beginnt die Reife am Boden und tritt an der Spitze der Pflanze am spätesten ein. Deshalb muß man jede einzelne Pflanze mehrmals hinter einander (gewöhnlich 3mal) in Abständen von mehreren Tagen durchernten, und eine Pflückmaschine muß technisch so eingerichtet sein, daß sie nur reife Kapseln aberntet und im übrigen die Pflanze einschließlich der noch unreifen Früchte unbeschädigt läßt. Dem entspricht am besten eine Maschine, die prinzipiell nach der Art unserer Vakuumsauger gebaut ist. Das Mundstück des Saugeschlauchs wird an die einzelnen Kapseln geführt, und bei entsprechender Stärke des Saugens wird dann die reife Kapsel in den Schlauch hineingesogen, während die unreife fest genug auf der Pflanze sitzt, um der Saugwirkung zu widerstehen. Ein Nachteil bei diesen Maschinen ist es, daß Mundstück und Schlauch einen ziemlich großen Durchmesser haben müssen, damit sie eine voll aufgesprungene reife Kapsel passieren lassen können. Dadurch wird die Maschine außerordentlich unhandlich, so daß ihre Pflückleistung sich nicht wesentlich über die des Handpflückers erhebt, die Arbeit also unwirtschaftlich wird. Andere Maschinentypen haben sich ebenfalls nicht bewährt. Jetzt ist ein Typ gebaut worden, der eine sehr gute Leistung vollbringt. Die Maschine besteht im wesentlichen in rotierenden Spindeln, auf denen fein abgestimmte Sägeblätter montiert sind. Mit diesen Spindeln wird die ganze Baumwollpflanze durchgekämmt. Die Sägeblätter sind so eingerichtet, daß unreife Baumwolle, Blätter und Rinde der Baumwollpflanze ihnen widerstehen, während die reifen Baumwollfasern auf die Spindeln aufgewickelt werden. Bei der Vorwärtsbewegung der Maschine selbst werden die Baumwollfasern dann wieder von ihr abgestreift und in einem Korb gesammelt. Der Betrieb ist nicht billig, aber die Maschine leistet eine außerordentlich große Pflückarbeit.

Diese Pflückmaschine ist nun der Ausgangspunkt für die Konstruktion einer kombinierten Maschine geworden, die zunächst die Baumwolle pflückt, sie dann reinigt und entkörnt, von den Samenkörnern befreit, an denen die eigentliche Baumwollfaser angewachsen sitzt, und sie schließlich in Ballen preßt und verpackt: dies alles, während die Maschine mit

Hilfe eines Explosionsmotors selbst durch das Baumwollfeld fortbewegt wird. Diese Maschine liefert täglich 6000 englische Pfund (12 Ballen) fertig verpackte Baumwolle. Sie kann also in der Saison bei 100 Arbeitstagen 1200 Ballen liefern. Pro Ballen ergibt sich dabei eine Ersparnis von 15 Dollars, so daß der Nutzen, den eine solche Maschine bringt, nach den bisherigen Erfahrungen ungefähr 18 000 Dollars jährlich beträgt. Damit ist jedenfalls technisch und im Sinn der Rentabilität des Arbeitsprozesses das Problem der maschinellen Erntung, Reinigung, Entkörnung, Pressung und Verpackung der Baumwolle gelöst, so daß eine weitere Arbeitersparnis nun in der Hauptsache nur noch durch das Eindringen der Maschinenarbeit in die Behandlung der Baumwollpflanze zwischen Saat und Ernte erzielt werden kann. Auch das ist technisch schon heute möglich. Pflügen, Säen, Reinhalten des Bodens von Unkraut: dies alles kann man, wie in anderen Kulturen, so bei der Baumwolle schon jetzt maschinell besorgen.

Niederländisch Indien Die Bevölkerung Niederländisch Indiens, die 1905 37,7 und 1917 47,2 Millionen umfaßte, betrug nach der Zählung von 1920 49 161 000. Darunter waren 169 000 Europäer, 48 113 000 Eingeborene und 879 000 fremde Asiaten. Den Hauptteil der Bevölkerung stellt Java (einschließlich der Nachbarinseln) mit 35 Millionen Einwohnern. Als nächstes Gebiet folgt der Volkszahl nach in weitem Abstand Sumatra mit 6,3 Millionen, dann Celebes mit 3,1 Millionen, die Kleinen Sunda-inseln mit 6,7 Millionen, Borneo mit 1,6 Millionen und schließlich die Molukken mit 420 000.

In der Landwirtschaft Niederländisch Ostindiens treten bäuerliche Eingeborenenbetriebe hinter den Plantagenbetrieben zurück. Von der Ausfuhr entstammen 92 % der Gütermasse dem Acker- und Plantagenbau; davon stellt Java zwei Drittel. An erster Stelle steht der Kaffee. Ungefähr 250 Millionen Kaffeebäume waren 1919 in 420 Kaffeeplantagen mit ungefähr 120 000 Hektar Fläche allein auf Java vorhanden. Die Kaffeeproduktion betrug 1920 45 500 Tonnen. Seit Anfang dieses Jahrhunderts hat der Anbau von Zuckerrohr den Kaffeeanbau überholt; er bedeckt in Niederländisch Indien jetzt mehr als 180 000 Hektar Fläche. Durch Einführung besserer Kultur- und Verarbeitungsmethoden sowie infolge der Zuckerknappheit im Weltkrieg wurde der Zuckeranbau stark ge-

fördert, 1920 wurden 1,6 Millionen Tonnen ausgeführt. Das 3. plantagenmäßig angebaute Exportprodukt ist der Tabak. Zwei Drittel davon kommen auf Java (Vorstenlanden). Der Ernteertrag betrug 1921 66 000 Tonnen. Im Tabakbau ist die Bildung großer Konzerne im Gang. Die Teeproduktion ist durch Einführung der Kultur des Assamtees, der in Höhenlagen bis zu 1000 Meter gedeiht, wesentlich gestiegen; 1920 wurden 54 400 Tonnen produziert. Auch Kautschuk wird in den Plantagen angebaut. Die Anbaufläche betrug 1918 224 000 Hektar, die vorwiegend mit Hevea Brasiliensis bepflanzt sind. Die Produktion ergab 1921 63 000 Tonnen. Der Kakaobaum gedeiht dort aus klimatischen Gründen schlecht. Vom Gewürzbanbau, der ursprünglich das Hauptausführprodukt der Kolonie lieferte, hat sich nur der Pfefferanbau gehalten; die Produktion von Muskatnüssen, Zimmt, Gewürznelken und Gambir ist in beständiger Rückentwicklung begriffen. Staatsmonopol sind Mohnpflanzungen für die Gewinnung von Opium. Sie haben beträchtlich zugenommen; außerdem wird eine Menge Rohopium aus Britisch Indien eingeführt. Der größere Teil des raffinierten Opiums wird nach China ausgeführt. Eine der Hauptproduktionen ist auch die der Chinarine zur Gewinnung von Chinin und die Herstellung von Chinin daraus. Der Chinchonaanbau wurde 1851 auf Java eingeführt. Die Kultur ist jetzt so ausgedehnt, daß Niederländisch Indien nahezu ein Chininmonopol hat. 90 % der Gesamtproduktion der Welt stammen daher. 1921 führte Java 10,1 Millionen Pfund Chinarine und 622 000 Pfund fertiges Chinin aus. Die Verarbeitung erfolgt fabrikmäßig, und in großem Stil, in Bandoeng.

Der Abbau nutzbarer Mineralien und die Gewinnung von Kochsalz ist Staatsmonopol. Es wird zum Teil vom Staat selbst ausgeübt, zum Teil sind Konzessionen an Privatleute vergeben worden. Der Bergbau liefert Zinn, hauptsächlich auf der Insel Banka (1918 Ausfuhrwert 68 Millionen Gulden). An verschiedenen Stellen werden Kohlen abgebaut, die in der Kolonie verbraucht werden. 1916 betrug die Förderung 757 000 Tonnen. Gold wird in kleinen Mengen auf Westsumatra und Nordcelebes gewonnen. Die wichtigste mineralische Produktion ist die von Petroleum. Sie erreichte 1918 schon fast 2 Millionen Tonnen Rohöl. Die Ausbeutung der Ölquellen liegt in der Hand staatlich kontrollierter Gesellschaften, deren wichtigste die sogenannte Royal

Dutch ist, die unter Einfluß englischen Kapitals steht und das Petroleum in der Kolonie selbst raffiniert.

Die Eingeborenen haben in der Verwaltung der Kolonie sehr geringe Rechte, in der Hauptsache herrschen die holländischen Beamten. Eine neue Verfassung für Niederländisch Indien trat dieses Jahr in Kraft. Sie verleiht dem gewählten Volksraad Gesetzgebungsbefugnisse.

Kurze Chronik Aus Anlaß einiger unliebsamer Vorkommnisse, in denen Amerikaner eine

Rolle spielten, veröffentlichte das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten am 31. Juli eine Note (abgedruckt in der New Yorker Nation vom 15. August 1923), in der es heißt: »Ausländische Reisende, vergessend, daß sie unsere Gäste und also verpflichtet sind unsere Gewohnheiten und unsere Gesetze zu achten, haben bei verschiedenen Gelegenheiten in letzter Zeit durch Gewalttaten ihre Abneigung dagegen bekundet farbige Männer, in französischen Kolonien geboren, an öffentlichen Orten neben sich sitzen zu sehen. Sie sind sogar so weit gegangen in beleidigenden Ausdrücken ihren Hinauswurf zu verlangen. Wenn solche Vorfälle sich wiederholen, werden Strafen verhängt werden.« Man täte bei uns in Deutschland gut daran sich in dem Verhalten gegenüber den Andersfarbigen diese Menschheitsgesinnung gegenüber allen Menschenrassen zu Herzen zu nehmen und nicht, dem amerikanisch-angelsächsischen Beispiel folgend, eine "schwarze Schmach"-Hetze zu veranstalten oder auch nur zu dulden.

◇ Über die Bestrebungen nichtgeronnenen Kautschukmilchsafte an Stelle des Leims als Bindemittel bei der Papierfabrikation zu verwenden wurde in dieser Rundschau (1922 I Seite 382 f.) bereits berichtet. Für den Druckprozeß hat sich das Papier, das mit Latex behandelt ist, auch bewährt. Doch scheint es wenig haltbar zu sein; unter dem Einfluß des Tageslichts oxydiert die Kautschuksubstanz im Papier schnell, so daß das Papier brüchig wird. Infolgedessen kommt man von dieser Verwendung des Kautschuks wieder ab. Dagegen werden neuerdings namentlich in Manchester energische Versuche gemacht Kautschukplatten als Straßenpflaster zu verwenden. Die unverminderte Fortdauer der Weltmarktkrise für Kautschuk bietet natürlich einen starken Anreiz neue Möglichkeiten zu dessen Anwendung in Massen zu suchen. Das Ergebnis der Versuche muß abgewartet werden.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Film Hugo Zehder (Der Film von morgen, mit 6 Zeichnungen von Marc Kallin (Dresden, Rudolf Kaemmerer/) stellt alles das zusammen, was einige bekannte *Fachleute* vom Film erwarten, und es ist sehr komisch, wie sehr diese Erwartungen auseinandergehen. Der Film schließt ja in den verschiedensten Richtungen eine ganz neue Welt auf, für den Filmdichter, den Schauspieler, den Regisseur und Operateur und nicht zu wenigsten für das Publikum überall ganz neue Aufgaben, zu denen ihnen die bisherige Kunst bestenfalls nur Analogieen geben konnte, und die fast die Herausbildung neuer Organe verlangen. Der Dichter muß sichtbare Handlung konzipieren können, der Schauspieler mit Maske und Geste sprechen, die aber nicht ohne weiteres aus der Pantomime zu entnehmen sind, und gar der Regisseur steht vor ganz neuen Problemen, vor neuen Raum-, Gruppen- und vor allem Tempikompositionen, und das Publikum muß eben neu zu sehen lernen. Jede Kunst verlangt doch irgendwelche Übertragung, und diese Übertragungen, die eine Art von Gegenproduzieren bedeuten, scheinen mir einen sehr wesentlichen Teil der Kunst auszumachen. Was mich immer wieder an dem Film als Kunst zweifeln läßt, ist, daß er eben durch seine technische Vollkommenheit so wenig Übertragung zuläßt. Es müßte denn die Fülle von Wirklichkeiten, die ihm zu Gebote steht, sehr durch Vereinfachung verkürzt werden, was aber wieder sein Wesentlichstes aufhobe. Wirklich ihm immanent könnte es nur durch eine starke Kontraktion der Handlung geschehen, wie wir sie schon im Sketch, vor allem aber im Chaplinfilm kennen, und die wohl auch in den ernstesten Filmen viel weiter geführt werden könnte. Beyer sagt in dem Buch sehr richtig, daß die Phantastik im Film nur in einer Übersteigerung der Wirklichkeit bestehen könnte, denn wirklich verlassen könne man den Boden der Wirklichkeit im Film gar nicht, alle Geistererscheinungen und Visionen, die im Lesen gruseln machen, seien im Film noch immer viel zu real und erregen nur allerhand Assoziationen über den dahinter steckenden Trick. Balthasar warnt vor historischen Filmen, die doch immer nur als Maske wirkten, und macht darauf aufmerksam, daß bei Naturaufnahmen eigentlich

nur die Menschen hineinpaßten, die in Haltung, Bewegung und Kleidung mit ihr von Anfang an verwachsen seien, und daß man bei Schauspielern die Verpflanzung oft recht peinlich empfinde. Es ist überhaupt eine Menge außerordentlich wichtiger Gesichtspunkte hier zusammengetragen, und es ist ein gutes Zeichen für die lebendige Fülle, die im Film steckt, wie vielseitig, ja wie auseinandergehend und dabei richtig sie sind. Nur täte es mir leid, wenn die ganz besonders starke populäre Kraft des Kinos durch eine Entwicklung zur eigentlichen Kunst hin abgeschwächt würde. Denn das ist mir je länger je klarer, daß ganz miserable Kunst auch ihren sehr guten Sinn hat, und daß es sie wohl auch immer geben haben wird. Die Geistigkeit, die zu wirklicher Kunst gehört, ihre Konzentriertheit und die Fülle und immer neue Ursprünglichkeit, die sie von den Sinnen verlangt, können die nicht aufbringen, wenige ausgenommen, die vorerst noch mit den Inhalten der für sie neuen Kultur zu tun haben. Wenn für sie die Kunst nicht ein Fremdkörper bleiben soll, dann müssen sie ein volles Anrecht auf "Kitsch" haben. Die Volkskunst von früher kann für die Massen der Großstadt heute keinen Sinn haben. Für die Großstädter ist die Welt nicht mehr die ihrer 4 Wände (die Laubkolonisten sind hier auszunehmen), sondern die der Straße; danach haben sich Technik und Inhalt gewandelt. Tausendfältig muß diese Kunst gesehen werden können, an jeder Ecke die selben Abenteuer, die selben Sünden und Sühnen und die selben Ausblicke in die große Welt. Aber in der Seele dieses unausgereiften Großstadtpublikums sitzt auch eine ganze Reihe von Forderungen absolut fest. Ich hörte in einem Kino ein Mädchen immer und immer wieder fragen: »Wer ist denn nun aber der Gute?« Der Film ist gerichtet, ist schlecht und unmoralisch, wenn die Antwort darauf nicht klar ist. Die moralische Anteilnahme sitzt so zentral in den Massen, viel zentraler als in den Gebildeten, daß man unrecht täte, wollte ihre Kunst sie davon losreißen. Früher prägte ihnen die Kirche ihre Ehrbegriffe, die noch eine Rolle spielten, als sie schon innerlich leer waren; jetzt sind es die Kinos oder Courths-Mahler. Stücke, in denen es dem Guten fortgesetzt schlecht ging, wären ihnen durchaus schlecht und häßlich, davor soll man Respekt haben. Sie wollen sich in die Helden hineinträumen, wollen sich in allen großen Versuchungen

bewahren, wollen unschuldig gepeinigt sein, um nach dem Tod vor der Welt rein dazustehen und denen Verzeihung zu geben, die an ihnen sündigten, und schließlich wollen sie nicht zum mindesten schön sein. Alles also Kriterien des Kitsches. Was soll den Massen aber unsere junge Kunst, die doch tausendfältig sexuelle Abstrusitäten schildert? Selbst wenn sie sie kennen, sie würden sie nicht lesen oder öffentlich sehen wollen. Die Buchwelt ist für sie immer noch die bessere Welt, in der nicht Zufälligkeiten oder Roheiten das Bestimmende sind. Gewiß gibt es auch gute Kunst, die das alles erfüllt, wie vielleicht Stifter. Aber mir scheint es gar nicht darauf anzukommen. Denke man doch, wie der alte Luka im Gorkij mit so viel Ehrfurcht von dem Grafen mit den Lackstiefeln spricht.

Lisbeth Stern

Illustrierte Geschichten

In einer ganz besonders schönen und sehr wertvollen Ausstattung sind die reizenden Geschichten *Anton Tschschows* Der persische Orden und andere Grotesken mit 8 Holzschnitten von *W. N. Massjutin* /Berlin, Weltverlag/ erschienen. Die Holzschnitte haben sehr starken künstlerischen Wert und würden auch ohne die Rahmung der Geschichten volle Beachtung finden müssen. Sie haben ausgesprochene Physiognomie, die vielleicht großzügiger ist als die Tschschows, und auch technisch eine Selbstständigkeit, die weit über bloße Buchillustration hinausgeht.

Lisbeth Stern

Märchen

In der überaus wertvollen Sammlung *Atlantis* /Jena, Eugen Diederichs/ hat Leo Frobenius einen Band Märchen aus *Kordofan* gebracht. Vielleicht ist Frobenius zu sehr Enthusiast, der dies und jenes finden will. Aber die Geschichten selbst sind wunderschön. Sie erinnern stark an die aus 1001 Nacht, daher auch ein direkter Zusammenhang mit ihnen vermutet wird. Oft ist es überhaupt die gleiche Fabel, aber sie haben nicht die arabischen Abgeschliffenheit und auch nicht die Süße und Liebeskultur wie jene. Sie sind viel volkshafter und kräftiger, fast alle nach einem arabischen Märchenzähler aufgeschrieben. Die meisten Geschichten sind mit dem Mohammedanismus eng verwachsen. Nur die erste geht auf noch frühere Zeiten zurück. Sie hat das große Format der Sage und dabei doch die Buntfarbigkeit von Märchen. Ihre oft wiederkehrenden Wiederholungen in Handlung und Stil

haben noch Feierlichkeit und Zeremonie. Diese erste Geschichte erzählt von einem Volk, dessen Priester den König zu ernennen hatten, der dann, ohne Pflichten, in allen Vergünstigungen seines Standes leben durfte, bis er zu einer von den Priestern festgesetzten Stunde geopfert wurde. Dann erst war er der Wissende und gab sein Wissen durch die Sterne den Priestern kund. Dies ging, bis Formulas kam und durch den Zauber seines Erzählens die Priester die Opferstunde vergessen ließ. Von da ab blühte das Land in friedlicher und glücklicher Entwicklung. Frobenius denkt sich diese Kultur, die in der Kunst des Erzählens zu gipfeln scheint, von Südarabien übers Meer zum Oberril und seinen Seitländern gekommen.

Lisbeth Stern

Lebens- geschichte

Die Lebensgeschichte ihrer Mutter, *Juliane Rehbinder*, erzählt Julie Schlosser (Aus dem Leben meiner Mutter /Berlin, Furcher-Verlag/). Diese stammt aus einer verarmten baltischen Adelsfamilie. In Livland und Estland verlebte sie ihre ziemlich freudlose Jugend unter dem starken Eindruck der politischen Spannung, die zwischen der deutschen Oberschicht und der eigentlichen Bevölkerung bestand. Zwischen 1870 und 1880 gründete sie in Mannheim und Karlsruhe Erziehungsanstalten für Mädchen; sie muß auf Grund einer ungewöhnlichen pädagogischen Begabung auf ihre Zöglinge starke und segensreiche Einwirkung gehabt haben. Ihre Erziehungsprinzipien, die nicht aus einem System sondern ganz aus ihrer eigenen starken Persönlichkeit geflossen sind, müssen in der damaligen Zeit seltsam erschienen sein, sie entsprechen viel mehr den tragenden Gedanken der modernen Pädagogik. Stärkstes Erziehungsmittel ist das Vertrauen, das Juliane selber den Kindern schenkt; Strafen und Scheltworte werden völlig ausgeschaltet, ebenso wird darauf verzichtet den Ehrgeiz der Kinder zu wecken. Um das Religiöse in der Erziehung in den Vordergrund zu stellen, wirkte doch die eigene starke Religiosität Juliane Rehbinders auf ihre Zöglinge, ihre heitere Ruhe, hinter der das gebändigte Feuer eines starken Temperaments lag, und nicht zuletzt das Stück naive Kindhaftigkeit, das sie sich bis in das Alter bewahrt zu haben scheint. Sie heiratet spät den Pfarrer Schlosser, der mit Bodelschwingh zusammengearbeitet hat. Ihre Stieftochter Julie hat mit Wärme und Liebe das Buch verfaßt, das seinen Lesern viel gibt.

Lisbeth Stern